



**CONSIGLIO REGIONALE
TRENTINO-ALTO ADIGE**

Ufficio resoconti consiliari

**REGIONALRAT
TRENTINO-SÜDTIROL**

Amt für Sitzungsberichte

**ATTI
CONSILIARI**

XIV Legislatura
2008 - 2013

**SITZUNGSBERICHTE
DES REGIONALRATES**

XIV Gesetzgebungsperiode
2008 - 2013

36

20.09.2011

RESOCONTO STENOGRAFICO - SITZUNGSBERICHT

Ore 10.03

VORSITZ: PRÄSIDENTIN ZELGER THALER
PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE ZELGER THALER

PRÄSIDENTIN: Ich wünsche allen einen guten Morgen. Ich eröffne die Sitzung und ersuche um den Namensaufruf.

CIVICO: *(segretario):(fa l'appello nominale)*
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRÄSIDENTIN: Entschuldigt haben sich für die heutige Sitzung die Abgeordneten Delladio, Widmann, Dominici und Präsident Dellai.

Ich ersuche um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

MUNTER: *(Sekretär):(verliest das Protokoll)*
(segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENTIN: Gibt es Einwände zum Protokoll. Keine. Somit gilt es als genehmigt.

Ich ersuche die Abgeordneten sich von den Stühlen zu erheben.

Am 17. August 2011 ist Herr Dr. Rinaldo Morelli verstorben, der in der zehnten Legislaturperiode in den Reihen der D.C. zum Regionalratsabgeordneten gewählt worden ist und das Amt vom 13. Dezember 1988 bis zum 12. Dezember 1993 bekleidet hat.

Ab 13. April 1989 war Dr. Morelli Mitglied des Regionalratspräsidiums in der Funktion eines Präsidialsekretärs. Außerdem war er Schriftführer der 2. Gesetzgebungskommission (Finanzen, Abgaben und Steuern, Ordnung der Körperschaften des Gesundheits- und des Krankenhauswesens, Ordnung der öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen, Ordnung der Kreditanstalten, Grundbuch).

Im Namen des Regionalrates möchte ich der Familie des Verstorbenen mein aufrichtiges Beileid ausdrücken und ersuche die Abgeordneten, im Gedenken an den Verstorbenen eine Minute inne zu halten. Danke.

Il 17 agosto 2011 è deceduto il dott. Rinaldo Morelli, eletto Consigliere regionale nella lista D.C. nella Legislatura decima ed in carica dal 13 dicembre 1988 al 12 dicembre 1993.

In Consiglio regionale, dal 13 aprile 1989, ha ricoperto la carica di membro dell'Ufficio di Presidenza, in qualità di Segretario questore.

È stato inoltre Segretario della II Commissione legislativa (finanze, tributi, patrimonio, ordinamento enti sanitari ed ospedalieri, ordinamento Istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza, ordinamento enti di credito, Libro fondiario).

Nel rivolgere alla famiglia i sentimenti di vivo cordoglio dell'intera Assemblea, invito i Signori Consiglieri ad un minuto di raccoglimento.

Grazie

Danke! Ich verlese die Mitteilungen:

Am 6. Juli 2011 haben die Regionalratsabgeordneten Dello Sbarba, Heiss und Bombarda den Gesetzentwurf Nr. 36: Volksabstimmung in den Gemeinden - Reform des Artikels 50 des Regionalgesetzes Nr. 1 vom 4. Jänner 1993 „Neue Gemeindeordnung der Autonomen Region Trentino-Südtirol“ eingereicht.

Am 27. Juli 2011 hat der Regionalratsabgeordnete Mauro Minniti den Gesetzentwurf Nr. 37: Änderungen zum Regionalgesetz Nr. 2 vom 26. Februar 1995 „Bestimmungen über die Aufwandsentschädigung und Vorsorge der Regionalratsabgeordneten der Autonomen Region Trentino-Südtirol“ - Bezüge der Abgeordneten der Autonomen Region Trentino-Südtirol eingereicht.

Am 2. August 2011 hat der Regionalausschuss den Gesetzentwurf Nr. 38: „Änderungen zum Regionalgesetz vom 21. September 2005, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen betreffend „Neuordnung der öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen - öffentliche Betriebe für Pflege- und Betreuungsdienste“ eingebracht.

Am 11. August 2011 hat der Regionalratsabgeordnete Mauro Minniti den Gesetzentwurf Nr. 37 zurückgezogen.

Am 30. August 2011 hat der Regionalratsabgeordnete Mario Magnani den Gesetzentwurf Nr. 39: Änderungen zum Regionalgesetz Nr. 8 vom 16. November 2009 (Änderungen zum Regionalgesetz Nr. 2 vom 26. Februar 1995 „Bestimmungen über die Aufwandsentschädigung und die Vorsorge der Regionalratsabgeordneten der autonomen Region Trentino-Südtirol“, abgeändert durch das Regionalgesetz Nr. 4 vom 28. Oktober 2004, seinerseits abgeändert durch das Regionalgesetz Nr. 4 vom 30. Juni 2008, und zum Regionalgesetz Nr. 5 vom 23. November 1979 „Festsetzung der Bezüge für die Mitglieder des Regionalausschusses“) eingebracht.

Am 16. September 2011 haben die Regionalratsabgeordneten Dominici, Ottobre, Cogo, Ferrari und Zanon den Begehrensantrag Nr. 16 eingebracht, um die Regierung aufzufordern, ein Gesetzesdekret zur Anerkennung der Kindererziehungs- und Pflegezeiten im Ausmaß von mindestens 2 Jahren für jedes Kind als Entschädigung für die von den Frauen geleistete Erziehungs- und Pfl egetätigkeit und ihren Verzicht auf eine Erwerbstätigkeit zu erlassen.

Es wurde folgende Anfragen mit der Bitte um schriftliche Beantwortung eingereicht:

Nr. 92, eingebracht am 12. Juli 2011 vom Abg. Vezzali, um die Präsidentin des Regionalrates zu ersuchen, ihm eine Kopie des Urteils, mit welchem der ehemalige Regionalratsabgeordnete Ferretti für unwählbar erklärt wird, zuzusenden.

Nr. 93, eingebracht am 18. Juli 2011 vom Abg. Tinkhauser, um zu erfahren, welche Summe die Region bisher für das sog.

- Antikrisenpaket an arbeitslose Arbeitnehmer ausgezahlt hat, welche Summe Südtiroler und Ausländer erhalten haben und um Informationen über die für Arbeitslosen organisierten Schulungen in Südtirol zu erhalten;
- Nr. 94, eingebracht am 18. Juli 2011 vom Abg. Urzì, um zu erfahren, was die Region vom Projekt der Autobahngesellschaft A22 hält, die den Parkplatz am Sadobre-Gelände in Sterzing als LKW-Raststätte ausbauen möchte und um zu erfahren, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Leitung der A22 anzuregen, die Bürger der betroffenen Gemeinden transparent und umfassend zu informieren;
- Nr. 95, eingebracht am 18. Juli 2011 vom Abg. Urzì, um zu erfahren, ob der Regionalausschuss es nicht als zweckmäßig erachtet, populistische und demagogische Umtriebe hinsichtlich der Bedeutung eines EVTZ zwischen den Autonomen Provinzen von Bozen und Trient, Südtirol und Tirol von Anfang an zu unterbinden, um sich an die institutionellen Vorgaben zu halten, die von der Regierung für das ermächtigte EVTZ vorgeschrieben wurden;
- Nr. 96, eingebracht am 9. August 2011 vom Abg. Leonardi, um zu erfahren, wie viel die Brennerautobahn AG seit 2008 bis dato für Werbung ausgegeben hat;
- Nr. 97, eingebracht am 9. August 2011 vom Abg. Leonardi, um Informationen über eine Reise in die USA zu erhalten, die zu Therapiezwecken und zwecks Überwindung der „Vorurteile gegenüber Geisteskranken“ vom Primar der Abteilung für geistige Gesundheit des Krankenhauses Santa Chiara von Trient, Herr Dr. Renzo De Stefani organisiert und im Laufe des Jahres 2011 durchgeführt werden soll;
- Nr. 98, eingebracht am 9. August 2011 vom Abg. Leonardi, um zu erfahren, welche Kosten für die Seiten, die dem Regionalausschuss und seinen Ämtern im Telefonbuch „PagineQui.it/TelefonBuch.it Trento e Valle dell’Adige gewidmet sind, bestritten worden sind;
- Nr. 99, eingebracht am 10. August 2011 vom Abg. Leonardi, um zu erfahren, welche Kosten für die Werbung der Brennerautobahn im Telefonbuch PagineQui.it/TelefonBuch.it – Trento e Valle dell’Adige“ bestritten worden sind;
- Nr. 100, eingebracht am 11. August 2011 von den Regionalratsabgeordneten Penasa, Civettini, Savoi, Paternoster, Casna, Filippin und Artioli, um zu erfahren, wie viele Beratungsaufträge oder Aufträge Herrn Prof. C. in den letzten 10 Jahren von der Autonomen Region Trentino-Südtirol, ihren Zweckkörperschaften und den Gesellschaften, in denen die Region beteiligt ist, zuerkannt bzw. erteilt worden sind, wobei darum ersucht wird, die Gründe anzuführen, die zur Erteilung der Aufträge an Herrn Prof. C. geführt haben;
- Nr. 101, eingebracht am 11. August 2011 von den Regionalratsabgeordneten Savoi, Penasa, Civettini, Filippin, Artioli, Casna und Paternoster, um zu erfahren, aufgrund welcher

- Kriterien der Regionalausschuss die Beiträge für die Veröffentlichung von Monographien, Studien und Werken von regionalem Belang gewährt;
- Nr. 102, eingebracht am 11. August 2011 vom Abg. Vezzali, um von der Präsidentin die Liste der Empfänger der Leibrenten mit Angabe der jeweiligen Beträge zu erhalten;
- Nr. 103, eingebracht am 23. August 2011 von den Regionalratsabgeordneten Dello Sbarba und Heiss, um von der Präsidentin die Aufstellung der im Jahre 2010 zu Gunsten der ehemaligen Regionalratsabgeordneten ausbezahlten Leibrenten, einschließlich der übertragbaren Leibrenten, mit Angabe der jeweiligen Nutznießer, des monatlich jedem Nutznießer ausbezahlten Betrages sowie der Anzahl der von jedem Bezieher einer Leibrenten abgewickelten Legislaturperioden zu erhalten, da der Datenschutzbeauftragte diesbezüglich seine Zustimmung gegeben hat sowie um zu erfahren, welche Gesamtsumme von 2000 bis 2011 alljährlich für genannte Renten bestritten worden ist;
- Nr. 104, eingebracht am 26. August 2011 von den Regionalratsabgeordneten Klotz und Knoll betreffend die Einhaltung der Bestimmungen über den Proporz in der Gemeinde Leifers;
- Nr. 105 eingebracht am 29. August 2011 vom Regionalratsabgeordneten Leitner, um von der Präsidentin des Regionalrates zu erfahren, wie viele direkte und übertragbare Leibrenten im Jahr 2010 ausbezahlt worden sind, sowie auf welchen Betrag sich diese ausgehend von den geleisteten Mandatsjahren belaufen, wobei um die Aushändigung der Liste der Nutznießer ersucht wird, für die das Datenschutzgesetz keine Anwendung findet;
- Nr. 106 eingebracht am 30. August 2011 vom Regionalratsabgeordneten Seppi, der die Präsidentin des Regionalrates um Auskunft darüber ersucht, wie viele übertragbare Leibrenten ausbezahlt werden, an wen und seit wann diese ausbezahlt werden, und zwar auch in Anbetracht dessen, dass der Datenschutzbeauftragte die Ansicht geäußert hat, dass einer Veröffentlichung genannter Daten nichts im Wege steht;
- Nr. 107 eingebracht am 2. September 2011 vom Regionalratsabgeordneten Urzì um Auskunft über die externe Mitarbeit und die Beratungsaufträge zu erhalten, die der öffentliche Betrieb für Pflege- und Betreuungsdienste „Zum Heiligen Geist“ aus Brixen vergeben hat;
- Nr. 108 eingebracht am 2. September 2011 vom Regionalratsabgeordneten Urzì um Auskunft über die für die Aufnahme von Bediensteten in den Strukturen des öffentlichen Betriebes für Pflege- und Betreuungsdienste „Zum Heiligen Geist“ aus Brixen angewandten Modalitäten zu erhalten;
- Nr. 109 eingebracht am 2. September 2011 vom Regionalratsabgeordneten Urzì, um zu erfahren, aufgrund welcher Bestimmungen die Gemeinden verpflichtet sind, die Protokollierung bei den Sitzungen der Stadtviertelräte durch

- entsprechendes von der Gemeinde beauftragtes Personal zu gewährleisten;
- Nr. 110 eingebracht am 8. September 2011 von den Regionalratsabgeordneten Penasa, Civettini, Savoio, Paternoster, Casna und Artioli, um zu erfahren, zu welchen Bedingungen die privaten Gesellschafter von PensPlan Centrum AG ausgestiegen sind, welche alternative Investition in Betracht gezogen wurde und welche Zielsetzungen PensPlan Service und PensPlan Invest haben;
- Nr. 111 eingebracht am 8. September 2011 von den Regionalratsabgeordneten Penasa, Civettini, Savoio, Paternoster, Casna und Artioli, um zu erfahren, ob die Region in den letzten fünf Jahren Aufträge an die ANSA oder an anderen Presseagenturen vergeben hat, welche Dienstleistungen diese erbringen müssen, welche Dauer die Verträge haben und zu welchem Preis die Dienstleistungen erbracht werden;
- Nr. 112 eingebracht am 9. September 2011 vom Regionalratsabgeordneten Vezzali, um in Ergänzung zur Antwort auf die Anfrage Nr. 102 die Namen derjenigen zu erfahren, die in den letzten 10 Jahren am 30. Dezember sowie 30. Juni eine direkte oder übertragbare Leibrente bezogen haben, für jeden Leibrentenbezieher das Ablaufdatum und die entsprechende Höhe der Rente sowie um eine Kopie der mit Präsidiumsbeschluss Nr. 125/98 in geltender Fassung genehmigten Durchführungsverordnung betreffend die Leibrenten und eine Kopie der Durchführungsverordnung zum Regionalgesetz Nr. 2/1995 mit den entsprechenden Änderungen zu erhalten, da die Garantiebehörde und eine umfassende Rechtsprechung festgelegt haben, dass es kein Hindernis zur Bekanntmachung dieser Daten gibt.

Es ist eine Anfrage mit mündlicher Antwort eingegangen:

- Nr. 113, eingebracht am 19. September 2011 von der Regionalratsabgeordneten Penasa, um zu erfahren, welche Verhandlungen mit der Regierung hinsichtlich der Brennerautobahn aufgenommen wurden, welches Ergebnis erzielt wurde, was die Region zu tun beabsichtigt und auf welchen Betrag sich die "Querfinanzierung für den BTB" beläuft.

Die Anfragen Nr. 84, 87, 88, 89, 90, 92, 93, 98, 102, 103, 105 und 106 sind beantwortet worden. Die Anfragen und die entsprechende Antwort bilden integrierten Bestandteil des stenographischen Berichts über diese Sitzung.

COMUNICAZIONI:

In data 6 luglio 2011 i Consiglieri regionali Dello Sbarba, Heiss e Bombarda hanno presentato il disegno di legge n. 36: Referendum popolare nei comuni - Riforma dell'articolo 50 della legge regionale n. 1 del 4 gennaio 1993 "Nuovo ordinamento dei comuni della Regione Trentino-Alto Adige".

In data 27 luglio 2011 il Consigliere regionale Mauro Minniti ha presentato il disegno di legge n. 37: Modifiche alla legge regionale 26 febbraio 1995, n. 2

“Interventi in materia di indennità e previdenza ai Consiglieri della Regione autonoma Trentino-Alto Adige” - Trattamento economico dei Consiglieri della Regione autonoma Trentino-Alto Adige.

In data 2 agosto 2011 la Giunta regionale ha presentato il disegno di legge n. 38: Modifiche alla legge regionale 21 settembre 2005, n. 7 e successive modifiche concernente “Nuovo ordinamento delle Istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza - Aziende pubbliche di servizi alla persona”.

In data 11 agosto 2011 il Consigliere regionale Mauro Minniti ha ritirato il disegno di legge n. 37.

In data 30 agosto 2011 il Consigliere regionale Mario Magnani ha presentato il disegno di legge n. 39: Modifiche alla legge regionale 16 novembre 2009, n. 8 (Modifiche alla legge regionale 26 febbraio 1995, n. 2 “Interventi in materia di indennità e previdenza ai Consiglieri della Regione autonoma Trentino-Alto Adige”, come modificata dalla legge regionale 28 ottobre 2004, n. 4, a sua volta modificata dalla legge regionale 30 giugno 2008, n. 4, e alla legge regionale 23 novembre 1979, n. 5 “Determinazione delle indennità spettanti ai membri della Giunta regionale”).

In data 16 settembre 2011 i Consiglieri regionali Dominici, Ottobre, Cogo, Ferrari e Zanon hanno presentato il voto n. 16, per sollecitare il Governo, affinché venga presentato un decreto-legge per il riconoscimento di almeno due anni di copertura previdenziale figurativa per ogni figlio, di compensazione per il lavoro di educazione e di cura svolto e per aver abbandonato il proprio posto di lavoro.

Sono pervenute le seguenti interrogazioni a risposta scritta:

- n. 92, presentata in data 12 luglio 2011 dal Consigliere regionale Vezzali, per chiedere alla Presidente del Consiglio regionale copia della sentenza dichiarativa della ineleggibilità dell'ex Consigliere Mauro Ferretti;
- n. 93, presentata in data 18 luglio 2011 dal Consigliere regionale Tinkhauser, per sapere quanto è stato speso dalla Regione attraverso il cosiddetto “Pacchetto anticrisi” a favore di coloro che hanno perso il lavoro, quanto in percentuale per gli altoatesini e quanto per gli stranieri e per avere informazioni sui corsi di riqualificazione effettuati in tale senso in Alto Adige;
- n. 94, presentata in data 18 luglio 2011 dal Consigliere regionale Urzì, per sapere quale sia il giudizio della Regione in relazione alla trasformazione del parcheggio Sadobre in Vipiteno in un'area attrezzata stabile per il posteggio di mezzi pesanti e per sapere se la Regione intende sollecitare i vertici dell'A22 per garantire un'informazione trasparente nei riguardi delle popolazioni e dei Comuni interessati;
- n. 95, presentata in data 18 luglio 2011 dal Consigliere regionale Urzì, per sapere se la Giunta regionale non ritenga di dover arginare derive populiste e demagogiche circa il significato da attribuire al gruppo europeo per la cooperazione territoriale (GECT) tra le Province autonome di Trento e di Bolzano-Alto Adige e il Land Tirolo e di doverne definire i limiti e gli ambiti istituzionali entro i quali lo stesso dovrà operare;

- n. 96, presentata in data 9 agosto 2011 dal Consigliere regionale Leonardi, per sapere quanto ha speso analiticamente dal 2008 ad oggi l'Autostrada del Brennero S.p.A. per la pubblicità;
- n. 97, presentata in data 9 agosto 2011 dal Consigliere regionale Leonardi, per avere informazioni sul viaggio negli Stati Uniti, organizzato, a scopo terapeutico e al fine di "superare i pregiudizi nei confronti delle malattie mentali", dal Primario del Reparto di psichiatria, dott. Renzo De Stefani, in programma nel corso del 2011;
- n. 98, presentata in data 9 agosto 2011 dal Consigliere regionale Leonardi, per sapere quanto sono costate le pagine a carattere pubblicitario, dedicate alla Giunta regionale e ai suoi uffici, dell'elenco telefonico "PagineQui.it - Trento e Valle dell'Adige";
- n. 99, presentata in data 10 agosto 2011 dal Consigliere regionale Leonardi, per sapere quanto sono costate le pagine a carattere pubblicitario, dedicate alle informazioni sull'Autostrada del Brennero S.p.A., dell'elenco telefonico "PagineQui.it - Trento e Valle dell'Adige" e per avere copia della fattura;
- n. 100, presentata in data 11 agosto 2011 dai Consiglieri regionali Penasa, Civettini, Savoio, Paternoster, Casna, Filippin e Artioli, per avere informazioni circa le consulenze o incarichi affidati negli ultimi dieci anni dalla Regione o da propri enti funzionali e società partecipate, al prof. G. C. e per conoscere le relative motivazioni e contenuti;
- n. 101, presentata in data 11 agosto 2011 dai Consiglieri regionali Savoio, Penasa, Civettini, Filippin, Artioli, Casna e Paternoster, per conoscere i criteri usati dalla Regione nell'attribuzione di contributi per la pubblicazione di monografie, studi ed opere di interesse per la popolazione;
- n. 102, presentata in data 11 agosto 2011 dal Consigliere regionale Vezzali, al Presidente del Consiglio regionale, per avere l'elenco nominativo delle persone che, già Consiglieri regionali, percepiscono assegni vitalizi e i relativi importi;
- n. 103, presentata in data 23 agosto 2011 dai Consiglieri regionali Dello Sbarba e Heiss, al Presidente del Consiglio regionale, per avere l'elenco dei beneficiari degli assegni vitalizi diretti e di reversibilità con i relativi importi e numero di legislature svolte, avendo il Garante della privacy affermato che nulla osta alla pubblicazione dei dati sui vitalizi, nonché per conoscere l'ammontare della spesa annua riconducibile a tali assegni dal 2000 al 2011;
- n. 104, presentata in data 26 agosto 2011 dai Consiglieri regionali Klotz e Knoll, circa l'osservanza delle norme sulla proporzionale etnica al Comune di Laives;
- n. 105, presentata in data 29 agosto 2011 dal Consigliere regionale Leitner, al Presidente del Consiglio regionale, per conoscere il numero degli assegni vitalizi diretti e di reversibilità erogati nel 2010, nonché la loro entità sulla base degli anni di carica e per chiedere un elenco degli aventi diritto per i quali non trova applicazione la legge sulla privacy;

- n. 106, presentata in data 30 agosto 2011 dal Consigliere regionale Seppi, al Presidente del Consiglio regionale, per sapere, vista anche l'opinione espressa dal Garante della privacy che non considera tali dati coperti da alcuna ragione di segretezza, quanti sono e a chi sono attribuiti gli assegni vitalizi di reversibilità e a quanto ammontano, nonché da quanto tempo ne beneficiano i titolari;
- n. 107, presentata in data 2 settembre 2011 dal Consigliere regionale Urzì, per avere informazioni sull'uso che l'Azienda pubblica di servizi alla persona APSP "Santo Spirito" di Bressanone fa di consulenze e collaborazioni esterne;
- n. 108, presentata in data 2 settembre 2011 dal Consigliere regionale Urzì, per avere informazioni sulle modalità di assunzione di personale di vario genere all'interno delle strutture gestite dalla Fondazione APSP "Santo Spirito" di Bressanone;
- n. 109, presentata in data 2 settembre 2011 dal Consigliere regionale Urzì, per sapere quali siano le fonti normative dalle quali si desumono obblighi per i Comuni di delegare propri funzionari che verbalizzino durante le sedute delle Circoscrizioni;
- n. 110, presentata in data 8 settembre 2011 dai Consiglieri regionali Penasa, Civettini, Savoï, Paternoster, Casna e Artioli, per avere informazioni sullo "scambio" di quote, che si suppone per nulla svantaggioso, per i soci privati che usciranno dalla compagine societaria di PensPlan Centrum S.p.A. e per conoscere gli obiettivi di PensPlan Service e di PenspPlan Invest;
- n. 111, presentata in data 8 settembre 2011 dai Consiglieri regionali Penasa, Civettini, Savoï, Paternoster, Casna e Artioli, per sapere se la Regione ha in corso o ha affidato negli ultimi cinque anni contratti di servizio con l'Agenzia ANSA o con altre agenzie giornalistiche nazionali o affiliate e per conoscere specificatamente i servizi forniti, la durata dei contratti e i corrispettivi pattuiti;
- n. 112, presentata in data 9 settembre 2011 dal Consigliere regionale Vezzali, al Presidente del Consiglio regionale, per osservare e chiedere, con riferimento alla risposta ricevuta alla sua precedente interrogazione n. 102, non rinvenendo alcun ostacolo normativo alla soddisfazione della richiesta medesima, come peraltro precisato dai pronunciamenti del Garante, oltreché dalla copiosa e costante giurisprudenza in materia, chi percepiva assegni vitalizi diretti o di reversibilità, alla data del 30 dicembre e del 30 giugno degli ultimi dieci anni, decorrenze ed entità degli stessi e copia del regolamento n. 125/1998, approvato dall'Ufficio di Presidenza e del regolamento di esecuzione, nei testi storici via via succedutisi nel tempo, della legge regionale n. 2/1995.

È pervenuta la seguente interrogazione a risposta orale:

- n. 113, presentata in data 19 settembre 2011 dalla Consigliera regionale Penasa, per sapere quale trattativa sia stata fatta con il Governo per la gestione della Autostrada del Brennero e con quale risultato e cosa intenda fare la Regione e quale sia la reale entità del "tesoretto".

È stata data risposta alle interrogazioni n. 84, n. 87, n. 88, n. 89, n. 90, n. 92, n. 93, n. 98, n. 102, n. 103, n. 105 e n. 106. Il testo delle interrogazioni medesime e le relative risposte scritte formano parte integrante del resoconto stenografico della presente seduta.

Wir fahren jetzt in der Tagesordnung weiter und zwar mit dem Punkt Nr. 1: **Gesetzentwurf Nr. 31: Änderungen zum Regionalgesetz Nr. 1 vom 14. Jänner 2000: „Durchführung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 15. Dezember 1989 Nr. 89/646 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute und zur Änderung der Richtlinie vom 12. Dezember 1977, Nr. 77/780/EWG“ (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Magnani) – Fortsetzung fort.**

Dieser Punkt wird vorläufig ausgesetzt und auf Punkt Nr. 2 verschoben.

In der Folge behandeln wir jetzt den Tagesordnungspunkt Nr. 2: **Gesetzentwurf Nr. 38: Änderungen zum Regionalgesetz vom 21. September 2005, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen betreffend „Neuordnung der öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen – Öffentliche Betriebe für Pflege- und Betreuungsdienste“** (eingebracht vom Regionalausschuss).

Ich gebe Frau Assessorin Frau Martha Stocker das Wort für die Verlesung des Berichtes.

STOCKER:

BEGLEITBERICHT

Durch das Regionalgesetz vom 21. September 2005, Nr. 7 betreffend die „Neuordnung der öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen – öffentliche Betriebe für Pflege- und Betreuungsdienste“ wurde auf dem Gebiet der Autonomen Region Trentino-Südtirol die Umwandlung der bestehenden öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen (ÖFWE) in öffentliche Betriebe für Pflege- und Betreuungsdienste (ÖBPB) vollzogen, wobei die mit Gesetz vom 8. November 2000, Nr. 328 „Rahmengesetz für die Verwirklichung des integrierten Systems sozialer Dienste und Maßnahmen“ und dem diesbezüglichen gesetzesvertretenden Dekret vom 4. Mai 2001, Nr. 207 auf staatlicher Ebene eingeführten Neuheiten übernommen wurden.

Die Anzahl der im Gebiet der Region tätigen ÖFWE ist aufgrund der Umwandlung von ÖFWE in ÖBPB aber auch aufgrund des Zusammenschlusses benachbarter ÖFWE bzw. durch die Neuerrichtung gemäß der im Gesetz vorgesehenen Bestimmungen von Einrichtungen im Sozial- und Betreuungsbereich und im sozio-sanitären Bereich von 103 auf 74 gesunken.

In einigen Fällen ist dieser Umwandlungsprozess allerdings noch nicht abgeschlossen, weil die zu errichtenden ÖBPB über kein angemessenes Vermögen verfügen. Meist handelt es sich um Betriebe, die öffentliche Ertragsquellen nutzen, welche ihnen zum Gebrauch überlassen oder geliehen werden.

Das Vorhandensein eines Eigentumvermögens ist nämlich eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb von öffentlichen Betrieben für Pflege- und Betreuungsdienste.

Die im Art. 1 dieses Gesetzentwurfes enthaltene Bestimmung sieht die Vermögensabtretung zugunsten der ÖBPB seitens öffentlicher Körperschaften vor, deren Ordnung unter die Gesetzgebungsbefugnis der Region fällt. Damit wird eine Gesetzeslücke im Regionalgesetz Nr. 7/2005 geschlossen, welches die Möglichkeit der unentgeltlichen Abtretung von Ertragsquellen - meist Liegenschaften - seitens der genannten öffentlichen Körperschaften im Zuge der Umwandlung nicht vorgesehen hatte.

Die Bestimmung gilt für die zu errichtenden ÖBPB, aber wahlweise auch für bereits bestehende ÖBPB.

Der Art. 2 betrifft den Sachbereich der Aufträge. Die Modalitäten der Entlohnung der Tätigkeit des Personals von ÖBPB, welches während der Arbeitszeit mit den Vertretungsvereinigungen der Betriebe zusammenarbeitet, sollen ergänzt und vereinfacht werden.

Im Vergleich zur geltenden Bestimmung soll die Möglichkeit eingeführt werden, dass die Vertretungsvereinigungen der Betriebe auf Landesebene die Entgelte für die Zusammenarbeit des Personals der ÖBPB direkt den Betrieben rückerstatten.

RELAZIONE al disegno di legge n. 38

La legge regionale 21 settembre 2005, n. 7, in materia di “Nuovo ordinamento delle istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza – aziende pubbliche di servizi alla persona” ha realizzato nel territorio della Regione Autonoma Trentino Alto Adige Südtirol la trasformazione delle preesistenti Istituzioni Pubbliche di assistenza e beneficenza (IPAB) in Aziende Pubbliche di Servizi alla Persona (APSP) recependo le innovazioni introdotte a livello nazionale dalla legge 8 novembre 2000, n. 328 concernente “Legge quadro per la realizzazione del sistema integrato di interventi e servizi sociali” e dal relativo decreto legislativo di attuazione 4 maggio 2001, n. 207.

Nella nostra realtà si è così passati da 103 IPAB sul territorio della regione a 74 APSP grazie ad un processo non solo di trasformazione di IPAB in APSP, bensì anche a processi fusione tra IPAB che rappresentavano realtà assistenziali contigue ovvero di istituzione ex novo di nuove realtà socio assistenziali e socio sanitarie come definite dalla legge istitutiva.

Il processo di trasformazione, in alcuni casi, non si è ancora concluso essenzialmente per l'assenza di un adeguato patrimonio in capo alle istituende APSP principalmente quelle che si trovano ad operare utilizzando cespiti pubblici dati in uso o in comodato.

La presenza di un patrimonio di proprietà è infatti uno dei principali elementi per l'istituzione ed il funzionamento delle Aziende pubbliche di servizi alla Persona.

La norma dell'articolo 1 del presente disegno di legge che prevede la cessione di patrimonio a favore delle APSP da parte di altri enti pubblici, sul cui ordinamento la Regione ha competenza legislativa, va quindi a colmare una lacuna legislativa della legge regionale 7/2005 che non ha previsto in fase di trasformazione una possibile devoluzione gratuita di cespiti, principalmente immobili, tra i citati enti pubblici.

Essa si applica sia a favore di istituende APSP che, facoltativamente, nel caso di APSP già istituite.

L'articolo 2 in materia di incarichi è volto ad integrare e semplificare le modalità di retribuzione del personale delle APSP che si trovi a prestare la propria collaborazione, in orario di ufficio, presso le associazioni rappresentative delle aziende medesime.

Esso prevede infatti la possibilità, rispetto alla normativa vigente, che le associazioni provinciali rappresentative rimborsino direttamente le aziende per l'attività svolta dal personale di queste ultime a favore delle associazioni.

PRÄSIDENTIN: Abg. Firmani, Sie haben das Wort zur Verlesung des Berichtes.

FIRMANI:

R e l a z i o n e

La II Commissione legislativa ha esaminato nella seduta del 6 settembre 2011 il disegno di legge n. 38 dal titolo: Modifiche alla legge regionale 21 settembre 2005, n. 7 e successive modifiche concernente "Nuovo ordinamento delle Istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza – Aziende pubbliche di servizi alla persona" (presentato dalla Giunta regionale).

L'assessora Stocker nell'illustrare il provvedimento riporta che esso deve la sua urgenza in particolare ad una necessità del comune Laives, ma che poi può interessare anche altri comuni.

Passando ad illustrare l'articolato, l'assessora spiega che l'articolo 1 introduce la possibilità, come prevede la legge statale, che gli enti pubblici possano cedere gratuitamente all'azienda di servizi alla persona beni o diritti patrimoniali al fine di dotarla di un patrimonio.

L'assessora aggiunge che tale previsione può essere applicata anche alle aziende già istituite e specifica che gli statuti di tutte le aziende dovranno prevedere in caso di chiusura la restituzione del bene o del patrimonio all'ente.

Passando all'articolo 2, l'assessora spiega che esso permette il rimborso alle aziende degli oneri sostenuti per l'attività di collaborazione del loro personale.

In sede di discussione generale, il consigliere Egger chiede vengano chiariti gli aspetti giuridici della aziende pubbliche di servizi alla persona e in particolare che venga definita la terminologia rispetto a patrimonio e proprietà.

La consigliera Ferrari afferma che se il provvedimento è urgente per il comune di Laives, comunque poi ricade su tutto il territorio regionale e, associandosi alla richiesta del consigliere Egger, afferma di ritenere opportuno operare un approfondimento.

Il consigliere Eccher chiede quali sono i motivi per la consistente riduzione del numero delle IPAB e chiede di conoscere l'entità dei beni che riguardano la realtà di Laives.

Il consigliere Civettini domanda dove è scritta la previsione del ritorno dei beni all'ente di provenienza e come mai non si è previsto il comodato d'uso invece della cessione, che prevede una disponibilità troppo ampia dei beni tra cui, se non ci sono vincoli, anche la cessione.

L'assessora spiega che le aziende che dispongono di poco o nullo patrimonio si sono dovute trasformare in persone giuridiche di diritto privato e ciò ha determinato una forte riduzione del loro numero.

L'assessora spiega che il disegno di legge riguarda le aziende di diritto pubblico, che possono essere trasformate in aziende pubbliche alla condizione di godere di un patrimonio il cui valore deve essere almeno di 3,5 milioni di euro.

L'assessora Stocker afferma che ora è compito del legislatore regionale recepire con propria normativa quanto stabilito dalla legge statale.

L'assessora aggiunge inoltre che normalmente la composizione del C.d.A. delle aziende è determinata dai comuni e questo garantisce che in caso di scioglimento delle stesse il patrimonio torni al comune di origine.

Il Presidente Firmani chiede che dall'articolo 1 si tolga la parola "beni" e si utilizzi il termine "comodato d'uso" per evitare problemi in caso di fallimento.

L'assessora Stocker risponde che a garanzia ci sono i controlli di comuni e Province e che il legislatore ha inteso dare piena autonomia all'azienda dotandola di un proprio patrimonio.

Nel corso della discussione la Commissione stabilisce di effettuare un'audizione il giorno 20 settembre 2011 prima della seduta del Consiglio regionale per conoscere la situazione attuale del processo di trasformazione da IPAB in aziende pubbliche di servizi alla persona previsto dalla legge regionale n. 7 del 2005.

Posto in votazione, il passaggio alla discussione articolata risulta approvato con 10 voti favorevoli (consiglieri Firmani, Baumgartner, Dallapiccola, Eccher, Egger, Noggler, Panetta, Pichler-Rolle, Rudari e Stocker S.) e 1 astensione (consigliere Civettini).

Gli articoli sono stati approvati senza dibattito.

In sede di dichiarazioni di voto interviene il consigliere Civettini che a nome del suo gruppo dichiara di astenersi e si riserva, alla luce dell'audizione, di valutare eventuali modifiche in aula.

Posto in votazione finale, il disegno di legge n. 38 è approvato con 10 voti favorevoli (consiglieri Firmani, Baumgartner, Dallapiccola, Egger, Ferrari Noggler, Panetta, Pichler-Rolle, Rudari e Stocker S.) e 2 astensioni (consigliere Civettini e Eccher).

Si rimette pertanto il disegno di legge all'ulteriore esame del Consiglio regionale.

Aggiungo, al di fuori della relazione, che questa mattina c'è stata l'audizione prevista da questo accordo della Commissione. Grazie.

PRÄSIDENTIN: Danke! Ich eröffne die Generaldebatte und gebe gleich zu Beginn Frau Assessorin Stocker das Wort zur Erläuterung.

STOCKER: Danke, Frau Präsidentin! Ich nutze die Gelegenheit jetzt auch die Abänderungsanträge zum Art. 1 und dann einen Abänderungsantrag zum Art. 2, den Art. 2-bis zu erläutern.

Wir haben – so hat der Kommissionsvorsitzende das jetzt auch angemerkt – in der Kommission sehr intensiv diskutiert und wir hatten heute auch eine Anhörung mit beiden Vereinigungen der Alten- und Pflegeheime der Provinz Bozen und Trient. Das, was in der Kommission relativ lange diskutiert worden ist, ist die Frage, inwieweit es richtig ist, dass eine Gemeinde einem öffentlichen Betrieb, der nichts anderes tut, als Aufgaben der Gemeinden zu erfüllen, nämlich die Pflege und die Altenbetreuung zu organisieren, gratis Vermögen zu übertragen. Es war die Frage inwieweit man hier nicht eine andere Form wählen sollte, und zwar einfach die Leihe zum Gebrauch dieses Gebäudes oder dieses Vermögens, das zur Verfügung gestellt wird. Wir haben das dann auch intern in den Ämtern diskutiert, inwieweit das möglich und sinnvoll ist und natürlich auch mit den Vereinigungen auf Landesebene in Südtirol und im Trentino, mit der UPIPA und mit dem Verband der Seniorenwohnheime in der Provinz Bozen. Wir haben uns noch einmal die Gesamtausrichtung des Gesetzes vor Augen geführt und es ist eigentlich ganz klar: wenn ich eine Autonomie zur Organisation dieser Pflege im Auftrag der Gemeinde habe, also praktisch wenn ich eine öffentliche Tätigkeit in einer öffentlichen Struktur im Auftrag des Landes oder einer Gemeinde ausübe, dann ist es schon sinnvoll und vor allem im Sinne der Autonomie notwendig, ein eigenes Vermögen zur Verfügung zu haben.

Es muss auch daran erinnert werden, dass hier alle Statuten bisher vorgesehen haben, dass wenn eine Auflösung dieser Betriebe erfolgt, dieses von der Gemeinde übertragene Vermögen dann wieder zur Gemeinde zurückkehren muss.

Wir haben jetzt hier eine Abänderung gemacht, wo wir nicht mehr nur vorsehen, dass das Vermögen übertragen wird, sondern wir haben es jetzt umformuliert, um den Gemeinden mehr Möglichkeiten zu geben, und zwar dass die Gemeinden dem Betrieb den eigenen Güterbesitz abtreten oder auf dieselben Güter dingliche Nutzungsrechte zugunsten des Betriebes eintragen können. Wir haben jetzt also zwei Möglichkeiten: z.B das Oberflächenrecht zu übertragen bzw. die Möglichkeit des Fruchtgenusses vorzusehen. Das sind zwei weitere Möglichkeiten, die wir jetzt vorgesehen haben. Ich denke, das ist durchaus vernünftig. Was wir gemacht haben, kann dazu beitragen, diejenigen zu beruhigen, die befürchten, dass etwas passieren kann. Wir haben das auch im Gesetz und nicht nur im Statut, wo es überall vorgesehen ist, vorgesehen, dass selbstverständlich in dem Moment, in dem dieser Betrieb nicht mehr existiert oder aus welchen Gründen auch immer geschlossen wird oder nicht mehr weiterarbeiten kann, dieses Vermögen an denjenigen zurückgeht, der es abgegeben hat. In den meisten Fällen werden das die Gemeinden sein. Auch hier haben wir jetzt für ganz klare Rechtssicherheit gesorgt und haben damit auch den Überlegungen, die in der Kommission angestellt worden sind, Rechnung getragen. Dies zum ersten.

Zum zweiten möchte ich generell bemerken, dass die Alters- und Pflegeheime sicher zu jenen Institutionen gehören, die am meisten überprüft, kontrolliert und begleitet werden. Wir haben nicht nur die ganz normale Kontrolle der Gebarung mit den Rechnungsrevisoren vorgesehen, die bei einem Betrieb ganz selbstverständlich sind, sondern es gibt gleichzeitig noch die

Kontrolle von Seiten des Landes und des Rechnungshofes. Es gibt auch eine weitere Vorschrift für die Alten- und Pflegeheime: wenn sie nach drei Jahren nicht imstande sind, negative Ergebnisse auszugleichen, dann wird der Verwaltungsrat aufgelöst. Es sind also schon sehr klare Regelungen eingeführt worden, sodass man wirklich nicht die Angst haben muss, die teilweise auch im Zusammenhang mit der Diskussion zu diesem Gesetz bzw. zu dieser kleinen Abänderung vorgebracht worden ist.

Ich darf noch zum zweiten Abänderungsantrag, den ich jetzt vorgelegt habe, etwas hinzufügen. Er ist im Grund nichts anderes als eine kleine technische Anpassung. Wir hatten im Gesetz im Art. 38 vorgesehen, dass die Alten- und Pflegeheime sich auch für die Umsetzung von Projekten der Begleitmaßnahmen der ehrenamtlich tätigen Vereine bedienen können. Nun gibt es ehrenamtlich tätige Vereine, die ausschließlich aus Ehrenamtlichen zusammengesetzt sind und die ihr Angebot an alle richten. Das ist eine Kategorie. Dann gibt es eine zweite Kategorie, die durchaus Menschen in ihren Reihen haben, die etwas verdienen und die auch ihr Angebot an alle richten. Es gibt eine dritte Kategorie und die haben wir auch im Gesetz vorgesehen, wie z.B. Organisationen wie KVW oder ACLI. Diese könnten ihre Tätigkeit nur an ihre Mitglieder richten. Es ist jetzt so, dass im Gesetz angeführt sind, dass diese Vereine für ihre zusätzliche Tätigkeit in den Alters- und Pflegeheimen herangezogen werden können. Aber es war nur bei den zwei ersten der Hinweis vorgesehen, dass man dafür eine bestimmte Spesenvergütung bekommt. Ich denke, es ist richtig, dass wir dies nun für alle machen und diese Möglichkeit vorsehen können. Danke.

PRÄSIDENTIN: Danke! Gibt es weitere Wortmeldungen im Rahmen der Generaldebatte.

Bitte, Abg. Dominici.

DOMINICI: Certo che ci siamo letti molto attentamente gli articoli previsti in questo disegno di legge, che modifica in parte la legge n. 7, poi stamattina ci troviamo un emendamento che in sostanza sostituisce l'articolato, almeno la prima parte; la seconda parte, l'articolo 2-bis in modo completo.

Non c'è alcun dubbio che sentendo la spiegazione che ha fatto l'assessora, anche se la tecnica non è proprio tra le migliori, quella di completare, di cambiare gli articoli quasi integralmente, modificandoli, anche se in questo caso migliorativi, a dire la verità, forse sarebbe stato più utile incontrare i rappresentanti delle varie associazioni e delle varie aziende, in tempo utile, per elaborarlo nei tempi più adeguati.

Dal momento che la proposta è migliorativa, si può anche condividere ed esprimere un parere non positivo nel metodo, ma sostanzialmente positivo nel merito.

Come credo un po' tutti i consiglieri regionali, anche la sottoscritta segue da tanti anni tutte le vicende che ineriscono le cosiddette case di riposo, nel gergo trentino e ladino "ricoveri", nella dizione più tecnica e più italianizzata "istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza e servizi alla persona", tanto per intenderci aziende che hanno un merito assolutamente eccezionale, che sono state istituite nel corso dei secoli con interventi dei comuni, dei cittadini, con l'introito anche di tanti lasciti da parte di molte persone, almeno in molte

zone del Trentino, persino nella ladina valle di Non, dove la terra è quasi come il sangue, è difficile cedere.

Per l'ultima fascia dell'esistenza si esplica persino questa forma di gratuità, di condivisione e di sostegno alla terza o quarta età, visto che la terza età è quasi come una seconda giovinezza, dopo i 65 anni, ora parliamo di quarta età ormai dopo gli 80 anni. Purtroppo è anche vero che dovendo affrontare problematiche e tematiche immani e per il proseguo della vita e il prolungamento in modo esponenziale, è anche vero che sono altrettanto in modo esponenziale aumentate, quasi come seguendo un calcolo algebrico, le difficoltà della senescenza, le malattie senili che tutti conosciamo, in particolare quelle che non hanno ritorno, almeno finora, augurandoci che la ricerca, per la quale tanti cittadini mettono a disposizione il 5 o l'8 per mille dei loro versamenti fiscali, possa riuscire nel corso degli anni ad intervenire per prevenire almeno quelle più defatiganti, quelle più sconvolgenti, quelle che trasformano in sostanza la persona e riducono spesso allo stato vegetativo.

Quindi ben venga la decisione che era nell'aria da tanto tempo, secondo la quale i comuni o le comunità o gli enti locali possano mettere a disposizione gratuitamente le proprietà non utilizzabili e che si ritengano siano utili per le aziende di assistenza e beneficenza e di servizi alle persone.

Inoltre vedo dall'emendamento di stamattina, ma l'aveva evidenziato anche la stessa assessora, che si prevede l'istituto della cessione o costituzione di diritti reali di godimento. Sia l'una che l'altra delle formule giuridiche può avere la sua consistenza, avere il suo apprezzamento, perché si tratta di beni pubblici che in tanti paesi sono utilizzati per le associazioni, specie vecchi edifici che ospitavano scuole, nella tendenza all'accentramento, specie quando c'è la condivisione delle popolazioni, quel meccanismo che ci porterà forse anche all'unificazione di qualche comune, gli edifici rimangono talvolta inutilizzati, forse molto meno dove c'è una movimentazione del sociale, culturali, grazie a Dio in tutti i nostri paesi c'è una tendenza alla compartecipazione, ai movimenti culturali e sociali, in particolare ai movimenti culturali che riscoprono la propria storia. Infatti, anche nella ladina valle di Non abbiamo formato, ormai da qualche anno, i gruppi Anauni, che sarebbero gruppi di filodrammatiche per la rievocazione della guerra rustica del 1407, del 1477, ma in particolare quella del 1525 che interessò un po' tutta l'Europa e quindi molti edifici vengono utilizzati, ma non ovunque.

A dire la verità ritenevo che già l'articolo 5 della legge n. 7 del 21 settembre 2005, molti di noi sedevano anche allora in quest'aula, già all'articolo 5 implicitamente poteva dare autorizzazione agli enti locali per la cessione di beni mobili e immobili, a mio parere, poi naturalmente, come tutti sappiamo, non vogliamo sostituirci ai giuristi, anche se facendo politica e amministrazione da tanti anni credo che abbiamo seguito un'esperienza e una preparazione... scusami collega Leonardi, ma qua siamo come sardelle, le prossime volte ci metteremo qualche banchetto davanti, perché non ci stiamo in quattro qua e la prossima volta penso proprio che mi porterò un piccolo banchetto da casa! Scusami, non voglio invadere il tuo posto.

Dicevo che nessuno può improvvisarsi giurista, ma come tutti vediamo, specie di quest'epoca, anche i giudici, anche gli avvocati danno le loro interpretazioni delle varie leggi e quindi perché non possiamo permetterci anche noi, già che facendo politica da una vita credo che abbiamo conseguito anche

una preparazione giuridica e quindi possiamo interpretare, non a titolo puramente arbitrario o estemporaneo, ma anche con cognizione di causa.

Infatti l'articolo 5, che parla del patrimonio, prevede:

"1. I beni mobili e immobili destinati in modo diretto all'attività assistenziale costituiscono il patrimonio indisponibile dell'azienda, ai sensi dell'articolo 830, comma 2, del Codice Civile.

2. Sono consentiti la sostituzione di beni mobili inutilizzabili per degrado o per inadeguatezza, e il trasferimento dell'attività assistenziale in altri immobili. In tali casi, il vincolo di indisponibilità grava sui beni acquistati in sostituzione o sui nuovi immobili, e i beni immobili e mobili sostituiti entrano automaticamente a fare parte del patrimonio disponibile dell'azienda.

3. Senza pregiudizio per il pubblico servizio cui è destinato il bene, il vincolo di indisponibilità può essere estinto o modificato, con l'approvazione della Giunta provinciale." Eccetera, eccetera.

Volevo mettere in evidenza, come fanno i giuristi, gli avvocati, i dirigenti, sia della Provincia, che della Regione, che dello Stato, che si potrebbe interpretare in termini positivi con l'implicita, intrinseca possibilità di cessione di beni mobili e immobili da parte dell'ente locale all'azienda pubblica che si occupa di beneficenza e assistenza. Visto che ripetutamente assistiamo a interpretazioni di situazioni di conflittualità giuridica, istituzionale e amministrativa, non dico che ciascuno dice la sua, ma la dice sulla base di approfondimenti, in termini di conoscenza del diritto e più di tutto in termini di deduzione o induzione logica.

Mi preme inoltre mettere in evidenza, sempre per quanto riguarda questo articolo che fa riferimento alle modifiche della legge n. 7 che sto analizzando, si può indurre che lo stesso consiglio di amministrazione, senza provvedere ad una vera e propria legge avrebbe potuto accettare la cessione di eventuali beni mobili ed immobili da parte dell'ente locale.

A mio parere, sempre la legge n. 7, lo stesso articolo 7, laddove si parla delle funzioni del presidente e del consiglio di amministrazione: *"1. Il presidente del consiglio di amministrazione ha la rappresentanza legale dell'azienda; cura i rapporti istituzionali con gli altri soggetti del sistema integrato di interventi e servizi sociali e socio-sanitari, con l'utenza e le relative rappresentanze, con le comunità locali; dà impulso e promuove le strategie aziendali." Eccetera, eccetera.*

In ogni modo se gli esperti di questo illustre consesso inclito ed incomparabile, non faccio riferimento ai colleghi naturalmente, ritengono che ci debba essere una legge, ci pieghiamo alla loro volontà, *melius abundare quam deficere*, dice il latino, in sostanza meglio che avanzi piuttosto che manchi. Dicevo che per il contesto specifico ci adeguiamo, già che ci vanno di mezzo gli ospiti e già che le future generazioni, compresa la nostra, potranno sempre averne bisogno, con l'aiuto di Dio, non so quanto centri Dio con le vicende materiali, come si è dimostrato, visto che sono più le volontà umane, come dimostrano alcuni filosofi dell'antica Grecia, ad imporsi.

In ogni modo ritenevo che a sostegno della mia tesi, che non occorre una legge vera e propria e quindi non coinvolgere in una mattinata il Consiglio regionale, ma già che ho diritto alla parola voi direte: perché fai perdere tempo? Perché mi sono studiata la cosa, visto che è il nostro preciso dovere, lo avete fatto molto bene, almeno alcuni di voi, nell'aprile scorso, perciò

non vedo perché non debba passare pomeriggi e nottate ad approfondire la questione.

A me pare che persino l'articolo 12, laddove si parla delle persone giuridiche e del rapporto tra le istituzioni giuridiche ed il diritto privato. Persino l'articolo 12, in particolare al comma 3, poteva consentire la cessione o il godimento ad tempora in modo indeterminato, come avete previsto nell'emendamento. Anche l'articolo 12, al comma 3, avrebbe sicuramente potuto suffragare la mia tesi, già che siete specialisti, specie taluni dirigenti del Consiglio regionale, ma anche i consulenti dei Presidenti, nell'elaborare teorie ed interpretazioni. Quindi non vedo perché non debba pure io sostenere ed addurre elementi consistenti di carattere giuridico per sostenere la mia tesi.

Dicevo che l'articolo 12, al comma 3, avrebbe potuto suffragare la tesi, secondo la quale la cessione avrebbe potuto avvenire anche senza la formulazione di un ulteriore disegno di legge che comunque va a completare la legge già in applicazione, la n. 7 del 2005. Infatti i due commi – una volta era corretto dire i due comma a dire il vero, ma ormai abbiamo italianizzato anche il latino e quindi diciamo i due commi – dell'articolo 12, dove si parla di istituzione dell'azienda, recitano:

“2. Alla domanda deve essere allegato l'atto costitutivo o la deliberazione di costituzione, e lo Statuto. La Provincia autonoma richiede d'ufficio l'approvazione regionale dello Statuto. L'atto costitutivo può risultare da testamento e l'istituzione può avvenire d'ufficio, in caso di ingiustificata inerzia del soggetto abilitato alla presentazione della domanda.”

La casistica, ma adesso veniamo all'entità giuridica a sostegno della mia tesi, il comma 3:

“3. Ai fini del riconoscimento è comunque necessario che il patrimonio risulti adeguato alla realizzazione dello scopo; la consistenza del patrimonio deve essere dimostrata da idonea documentazione allegata alla domanda.”

Secondo questo comma quindi, una volta che sia stata motivata l'accettazione o la richiesta di cessione di mobili o di immobili si sarebbe potuto sicuramente procedere.

Mi piace inoltre soffermarmi un attimo sul secondo articolo, che sarebbe un emendamento, perché avevo letto molto bene l'articolo 2 del disegno di legge nella sua formulazione originaria, in cui si dice: Al comma 2 dell'articolo 30 della legge regionale 21 settembre 2005, n. 7 viene aggiunto il seguente periodo: “o al rimborso alle amministrazioni stesse degli oneri sostenuti per l'attività di collaborazione svolta”.

I colleghi sono troppo intelligenti, perché espliciti ed i passaggi sottintesi, il latino poi è un campione come lingua per sottintendere, perciò lì occorre acuzie e molta capacità intuitiva. Vedo che qua avete proposto un emendamento sostitutivo, il quale dice: Ai commi 4 e 5 dell'articolo 38 della legge regionale 21 settembre 2005, n. 7 e successive modifiche le parole “alle organizzazioni di volontariato” sono sostituite dalle parole “agli organismi di cui al comma 3”. Ho presente l'articolo 38, perché mi sono letta ed analizzata tutta la legge in modo molto attento. Inoltre l'emendamento aggiunge: Al comma 7 dell'articolo 38 della legge regionale n. 7/2005, le parole “alle organizzazioni in cui il volontariato si articola” sono sostituite dalle parole “agli organismi di cui al comma 3” e le parole “le organizzazioni stesse” sono sostituite dalle parole “gli organismi stessi”.

Per essere precisa non è sostitutivo dell'articolo 2, ma in aggiunta all'articolo 2 ed allora potrà nella sua formulazione originaria rimanere e comunque ha una sua adeguata motivazione ed apprezzabilità, visto che tante volte siamo presenti nelle varie aziende di servizi alla persona, proprio domenica abbiamo inaugurato quella nuova di Cles, un'altra domenica quella di Folgaria, lo scorso anno quella straordinaria di Malè, veramente sembra di entrare in un albergo a cinque stelle e così via.

Allora questo articolo 2-bis, sostanzialmente da quanto diceva l'assessora è finalizzato a regolamentare, approvare, apprezzare, condividere il volontariato.

L'articolo 38, al quale questo emendamento propone l'introduzione dell'articolo 2-bis, dice: *"1. Le aziende, per il conseguimento delle finalità di utilità sociale stabilite dai loro statuti ed in considerazione dell'assenza di scopo di lucro propria della loro natura giuridica, si avvalgono in maniera ordinaria della collaborazione di personale volontario.*

2. L'impiego dei volontari può riguardare sia lo svolgimento diretto delle attività rientranti nelle finalità statutarie dell'azienda, sia l'esecuzione dei conseguenti adempimenti di carattere amministrativo, nonché ogni eventuale iniziativa indirizzata alla valorizzazione del patrimonio ed all'ampliamento del campo di intervento dell'azienda medesima.

3. Per il conseguimento di tali finalità, le aziende possono stipulare convenzioni con organizzazioni di volontariato riconosciute ai sensi delle leggi provinciali, organizzazioni non lucrative di utilità sociale (ONLUS) ed altri soggetti privati che operano senza finalità di lucro."

Grazie a Dio che esistono le associazioni di volontariato, perché, almeno per quanto riguarda la Provincia di Trento, c'è stata una riduzione del personale, a fronte di un aumento esponenziale delle malattie senili, purtroppo della cosiddetta senescenza, per non usare termini pesantemente patologici, che magari vanno anche a discapito o comunque a una mancanza, pur molto lieve e inconsistente, di rispetto per la terza età.

Mi par di capire che l'articolo 2-bis di questo disegno di legge, che va a modificare l'articolo 38, dovrebbe servire a rendere più snello il volontariato, a stabilire una collaborazione più diretta ed a valorizzarlo, dato che diventa proprio in tante realtà. Entro tante volte nella casa di riposo di Trento, quella del centro della città che ospita tantissime persone e non c'è alcun dubbio che la presenza dei volontari sia determinante.

Quindi, anche se un po' ingarbugliato questo passaggio, complessivamente, pur non avendo avuto il tempo di un approfondimento giuridico adeguato, ma nella logica e nella filosofia della legge, direi che è finalizzato al miglioramento del servizio del volontariato ed al riconoscimento degli organismi che di questo si occupano.

Questo non vuol dire che tutto vada bene, ma di certo non ci permettiamo, in un'altra terra, di prendere posizione, le prenderemo per quanto riguarda il Trentino, dato che sono in corso proposte di miglioramento, in collaborazione naturalmente con gli organismi e le istituzioni interessate.

Per quanto riguarda poi i singoli articoli, interverrò successivamente.

PRÄSIDENTIN: Danke! Frau Abg. Penasa, Sie haben das Wort.

PENASA: Grazie, Presidente, buon giorno colleghi. La questione è stata sollevata dal nostro rappresentante della Lega Nord Trentino-Südtirol in Commissione, è una questione piuttosto sostanziale e di fatti questa mattina 20 settembre viene presentato un emendamento all'articolo 1 che è sostitutivo sostanzialmente del disegno di legge. Il che la dice lunga di come l'elaborazione di questi disegni di legge sia fatta con la dovuta attenzione, considerato che comunque è una proposta che è stata già portata in Commissione, con relative audizioni e quant'altro.

A parte che chiedo all'assessore cortesemente che faccia integrare la normativa richiamata, in quanto questa mattina la proposta va a richiamare l'articolo 15, comma 2 che non è nell'allegato della normativa, quindi non so come i colleghi possano avere visione di ciò che viene modificato, così come l'articolo 38, negli allegati della normativa non ci sono. Allora credo che sarebbe opportuno avere sempre il disegno di legge integrale per una buona comprensione della legge, ma a maggior ragione almeno la copia di tutti quegli articoli che vengono modificati, a meno che qua dentro gli altri colleghi non abbiano a memoria tutto il panorama legislativo regionale. Purtroppo io denuncio di non averlo e quindi chiedo cortesemente che mi venga prodotto la copia dell'articolo 15 e dell'articolo 38 che sono modificati e qui non sono allegati.

Per venire nel merito. Alla fine si dice che, nel caso in cui questi beni vengano conferiti alle APSP, in caso di estinzione dell'azienda il patrimonio, ceduto ai sensi del presente comma, torna in proprietà dell'ente pubblico che l'ha ceduto. Questo è stato uno degli elementi sui quali in Commissione il nostro collega, su incarico del gruppo, si era fortemente impegnato. Perché? Perché non è di poco conto questa situazione nel momento in cui l'istituzione all'articolo 12 dice: *“L'istituzione dell'azienda è disposta con provvedimento discrezionale della Giunta provinciale, su domanda di persone fisiche, o di enti di diritto privato, con o senza personalità giuridica, o di enti pubblici, nel rispetto delle norme che li riguardano”*.

Ebbene, a questi soggetti, che una parte sono comunque soggetti di tipo privato, vi era questa proposta di conferimento dei beni per quanto riguarda ovviamente una finalità importante e condivisa, però nel momento in cui questi soggetti si fossero sciolti, la domanda era quella di che fine avrebbero fatto questi beni. Quindi la proposta che qui risulta questa mattina, perché nella Commissione precedente, che comunque era stata votata da tutti, tranne l'astensione dei colleghi Civettini e Eccher, evidentemente andava bene lo stesso, ebbene credo sia stata inserita una forma di tutela importante, perché la proprietà ritorna all'ente pubblico. Quindi ritorna in capo al soggetto che sicuramente va a gestire una complessità di interessi di natura pubblica e quindi sicuramente vi è una tutela.

Chiedo all'assessore un chiarimento, perché non è qui stato allegato l'articolo 15, cosa vuol dire che l'ha ceduto con il vincolo di destinazione di cui all'articolo 15, comma 2, in quanto non è espressa la destinazione?

L'altro aspetto è un aspetto che evidenzia una profonda diversità in quella che è l'attuazione delle varie leggi sulle due nostre Province autonome. Anche perché quando si dice: *“Per gli enti pubblici il cui territorio ricade nel bacino di utenza dell'azienda...”*. Ebbene, cosa vuol dire *“bacino di utenza dell'azienda”*, nel momento in cui l'articolazione dei servizi, sviluppato dalla legislazione delle due Province, è profondamente diversa? Non conosco bene

la legislazione di Bolzano su questo aspetto per sapere se ancora il bacino di utenza – lo chiedo all'assessore – è riferito alla popolazione residente in un determinato comune o in un ambito di comuni ben definito. Ebbene, in provincia di Trento non è così, perché sappiamo benissimo che vi sono delle liste, per cui l'accesso, per quanto riguarda tutti i posti convenzionati, avviene sulla base di una graduatoria di carattere provinciale.

Quindi non esistono bacini di utenza delimitati e quindi anche quella che poteva essere l'efficacia e la valutazione positiva di quella che è la messa in disponibilità di un bene, che comunque appartiene ad una determinata comunità, per finalità che comunque non sono più direttamente ascrivibili come utilizzo a quella comunità, ebbene è una differenza che, secondo me, è sostanziale.

Quindi questa legge dà degli indirizzi di carattere generale, che possono essere anche condivisibili, ma sappiamo benissimo che poi nell'articolazione puntuale delle due province, quando andiamo a parlare di bacini di utenza dell'azienda, abbiamo di fronte due situazioni che sono profondamente difformi e su questo chiedo un chiarimento da parte dell'assessore competente.

L'emendamento all'articolo 2. L'articolo 2, ancora una volta, dà conto di quanto falso volontariato abbiamo. Deve essere distinto per una cosa però il volontariato, il volontariato deve essere gratuito, punto. Invece questo non è un volontariato gratuito, perché se nell'articolo 2-bis siamo andati a dire che c'è del personale che viene messo a disposizione e si parla di organismi di cui al comma 3, che non sappiamo quali sono e chiedo, per cortesia, il dettaglio, perché per noi non è possibile farlo, perché manca l'allegato articolo 38.

Allora ciò vuol dire che queste aziende assumono delle persone, le quali vengono messe a disposizione di organizzazioni di volontariato e si parla di recupero di oneri. Allora se si parla di recupero di oneri vuol dire che abbiamo messo in gioco delle retribuzioni e mi chiedo di che volontariato stiamo parlando, stiamo parlando di volontariato retribuito o stiamo parlando di volontariato? Perché questo è il grande problema, secondo me, a cui siamo di fronte con l'espansione oltre misura di tutta una serie di organizzazioni che si dichiarano non con finalità di lucro, ma poi sappiamo benissimo che il lucro non è solo quello emergente sotto il profilo finanziario, ma ci sono anche altre forme di lucro che magari sono meno evidenti, molto più sottili, ma magari contribuiscono in maniera più sostanziale al raggiungimento di determinati fini, che non sono solo fini di aiuto alle persone, sui quali non abbiamo nulla a che dire, anzi porgere sempre il massimo rispetto a coloro i quali effettuano questo tipo di attività.

Però mi chiedo: che organizzazioni di volontariato sono queste organizzazioni alle quali le APSP possono fornire dei dipendenti?

Un'altra cosa chiedo: considerato che queste sono delle aziende che hanno dei bilanci propri, ebbene credo che sarebbe opportuno che le dotazioni di personale fossero strettamente connesse a quelle che sono le attività da espletare, anche perché poi i costi che fanno riferimento anche a quelle che sono le rette che vengono richieste alle famiglie e sappiamo quante forme di protesta abbiamo visto ultimamente rispetto a questo continuo aumento delle rette, che sicuramente non sono proprio così facilmente sostenibili dalle famiglie e quindi come mai abbiamo delle possibilità di mettere a disposizione del personale, al di là di quelle che sono le funzioni di un ente, se invece noi

dovremmo avere la massima accortezza nella gestione di queste aziende, affinché non ci siano degli sprechi o comunque degli usi non corretti di quelle che sono le varie sorgenti di costo, fra cui vi c'è anche il personale? Perché il personale, al di là di essere un fatto positivo che porta il proprio contributo essenziale all'attività, è comunque all'interno di un bilancio una sorgente di costo della quale va tenuto conto?

Allora chiedo all'assessore questi chiarimenti, quali sono gli organismi di cui al comma 3, per avere una chiara identificazione di quali sono le motivazioni per le quali la legge si deve fare carico di consentire, al di là di quello che è l'utilizzo primario, all'interno di un'azienda del personale destinato allo scopo di quell'azienda, che è quello di far funzionare una APSP, mi chiedo come mai la legge si debba fare carico di questa situazione, oltretutto per far funzionare le organizzazioni di volontariato. Se sono di volontariato, assessore, devono funzionare con il volontariato, altrimenti si chiamano qualcos'altro e dobbiamo essere molto trasparenti su questi aspetti.

Quindi, considerata la carenza del materiale che ci avete prodotto per avere un quadro esaustivo di quello che noi andiamo a modificare con due emendamenti, portati in aula questa mattina all'inizio della seduta, chiedo comunque di avere nel frattempo una risposta di tipo verbale.

PRÄSIDENTIN: Danke! Abg. Casna, Sie haben das Wort.

CASNA: Grazie, Presidente. Ci troviamo di fronte ad un articolato che non è poi così chiaro e limpido come ci si aspetterebbe e siccome siamo già caduti in una piccola "trappola" in un precedente Consiglio, laddove con rammarico ho notato che abbiamo tolto l'incompatibilità ad alcune persone che operano a livello dirigenziale nelle case di riposo o APSP, creando un disservizio gravissimo. Noi permettiamo quindi che un direttore di azienda possa andare tranquillamente a fare l'assessore nel suo comune, l'assessore è un compito importantissimo, è importantissimo essere assessore in un comune, perché vuol dire amministrare il territorio, ma nel contempo è attualmente vitale la presenza costante e continua del direttore presso un'azienda provinciale di servizio alle persone.

O crediamo che questa azienda provinciale di servizio alle persone sia di vitale importanza o se la consideriamo come un Cottolengo da mettere ad angolo, dove mettiamo le persone a rottamare, senza un controllo, del resto queste non votano, votano con l'accompagnatore. O crediamo veramente alla dignità della persona che sta in queste strutture, altrimenti cambiamo mestiere. Non proponiamo legge sul servizio alla persona, se non crediamo alla dignità delle persone che sono in queste strutture.

Ecco perché dico: attenzione prima di votare una legge che riguarda le persone, che riguarda la loro dignità, anche se relegate ai margini. Del resto loro non votano, che importanza ha per noi! Possiamo votare tranquillamente che il direttore può starsene due o tre giorni a fare l'assessore, dimenticando che è direttore di un'azienda di servizi alle persone. Spiego cosa abbiamo votato due mesi fa qui, una sciocchezza abbiamo fatto!

Non per niente andando a visitare, senza le telecamere alle spalle, ma in incognito, una di queste strutture, mi sono messo le mani nei capelli, anche se non ho i capelli. Non è possibile che per due giorni a settimana, siccome deve fare l'assessore, possa mancare il direttore da queste aziende, non è possibile che il direttore possa mancare il venerdì, il sabato e la

domenica! Dov'è il servizio alla persona? Ci stiamo preoccupando qui che i comuni debbono cedere dei beni a queste strutture, ma cerchiamo di guardare bene il personale che è chiamato a dirigere queste strutture, prima di tutto.

Così pure ricordiamoci che il volontariato si fa in maniera quasi nascosta, non a pagamento, quindi quelle parrocchie e parrocchiette che si fondono come cooperative sociali, eccetera, è un'altra cosa. Pensiamo all'autonomia di queste case, che abbiano un loro consiglio di amministrazione, che abbiano un loro bilancio, che abbiano un loro personale pagato adeguatamente e profumatamente, perché svolgono funzioni di alto livello, di alto profilo stare con le persone che sono ai limiti della loro vita.

Quindi starei bene attento nel dire: il personale può essere ancora comandato, all'articolo 2, per dare informazioni o consulenze ad altri. Queste aziende di servizi alle persone devono essere autonome in tutto, avere il loro personale altamente qualificato, che possono dare il benvenuto se vi sono associazioni caritative di volontariato, che vengono a dare una mano alle persone che sono dentro, ben venga questo volontariato cattolico, se vogliamo dirlo, delle parrocchie o di altro, ma che non devono percepire neanche un centesimo, altrimenti non è più volontariato.

Quindi direi di esaminare attentamente questo disegno di legge, se non vogliamo fare altri errori madornali come abbiamo fatto recentemente, abbiamo fatto un esempio che è gravissimo. Quindi ben venga il volontariato, il volontariato ha una funzione eccellente, ma è volontariato. Il volontariato però viene dato *ad adiuvandum* a dare qualcosa in più a ciò che noi dobbiamo garantire e noi dobbiamo garantire un servizio eccellente alle persone che sono nelle case di riposo, nelle aziende pubbliche di servizio alla persona. Se poi ci si aggiunge anche questo aiuto in più, ben venga, altrimenti creiamo delle forme succedanee per poter entrare a lavorare, per avere un impiego. Il volontariato non è un impiego, il volontariato è qualcosa che si dà spontaneamente nel tempo libero per dare un aiuto anche alle strutture, ma le strutture debbono garantire la loro indipendenza, la loro autonomia, la loro perfetta organizzazione. Grazie.

PRÄSIDENTIN: Danke! Der Abg. Leonardi hat das Wort.

LEONARDI: Grazie, Presidente. Sarò molto breve. Ho già fatto questo intervento stamattina in Commissione, ho sentito tante belle parole, sembrava tutto messo in una maniera talmente tranquilla che sembra effettivamente un disegno di legge perfetto. Come sempre ho dei dubbi sulle parole, perché i fatti hanno sempre smentito le parole che fino ad ora sono state profuse in questa sede e soprattutto in Provincia di Trento.

Mi auguro che nei CDA di queste strutture, che saranno ancora una volta, come sempre, nominati dalla politica che governa, siederanno come sempre gli amici degli amici e magari persone che la parola meritocrazia non sanno neanche cos'è, nemmeno se vanno a vederla sul vocabolario. Per cui mi auguro che una volta per tutte vengano valutate, senza ombra di dubbio, le capacità, i meriti e non solo un discorso personale per "accontentare" quelli che sono stati eliminati dalla competizione elettorale, non sono stati eletti e magari vengono messi nei CDA a governare queste situazioni. In Trentino abbiamo già visto con la cooperazione, con le cantine sociali i disastri che poi sono avvenuti, ci siamo resi conto dopo anni di debiti, di accumuli di perdite che magari

all'inizio non sembravano tali. Per cui non vorrei, come ho già detto in Commissione, che fra qualche anno ci troviamo qui o si troveranno qui altre persone magari a dire: abbiamo sbagliato.

Per cui l'unico monito che voglio esprimere è che effettivamente chi governa, chi è nei CDA di queste strutture ragioni un attimino e cerchi in questi momenti, dove la politica è attaccata in maniera indistintamente, perché ormai bisogna attaccare tutto e tutti, si cerchi di ragionare e di porre in essere quegli strumenti che noi abbiamo per cercare di migliorare e rendere sempre quel servizio alla persona migliore.

Non ho niente di ostativo, però permettetemi che, visto il passato, possa avere determinate perplessità, sicuramente le leggi sono fatte per essere provate, viste sul campo però non vorrei che andassimo avanti con delle situazioni che poi alla fine possono essere deleterie, appunto per una presa sottogamba di determinate situazioni o di determinati stati che vanno considerati magari prima. Grazie.

**ASSUME LA PRESIDENZA IL VICE PRESIDENTE DEPAOLI
VIZEPRÄSIDENT DEPAOLI ÜBERNIMMT DEN VORSITZ**

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola la consigliera Ferrari. Ne ha facoltà.

FERRARI: La questione dell'assistenza agli anziani è una questione prioritaria e ci pare sia opportuno affrontarla sotto molti profili, in questi giorni tiene banco nella nostra Provincia un dibattito sulle spese per la non autosufficienza e per gli assegni di cura, perché gli anziani possano essere assistiti nelle proprie abitazioni, credo che oltre a questo noi dobbiamo inevitabilmente e con molta forza proseguire sul rafforzamento delle aziende pubbliche che offrono servizi di ospitalità agli anziani.

La seconda Commissione ha chiesto all'assessore Stocker di poter approfondire la tematica che veniva affrontata con questa modifica di legge, per capire come fosse avvenuto il passaggio dalle IPAB alle aziende pubbliche di servizio alla persona, visto che sono passati alcuni anni nei quali questo percorso è stato fatto.

Abbiamo avuto modo questa mattina di incontrare le due associazioni, quella della Provincia autonoma di Bolzano e quella della Provincia autonoma di Trento che si occupano di questo e che raccolgono queste aziende. Devo dire che il chiarimento è stato preciso, approfondito, che le preoccupazioni emerse nella seduta del 6 settembre sono state personalmente fugate, per quanto mi riguarda, sottolineo che anche da parte nostra, del mio gruppo politico era stata sollevata la preoccupazione che questo trasferimento di patrimonio dall'ente pubblico comunale verso l'azienda, pur pubblica, potesse tornare al comune, ci era stato precisato che in tutti gli statuti di queste aziende questo è già previsto, anche noi, come ha sollevato la collega Penasa poc'anzi, abbiamo chiesto che questo, per ulteriore tutela e sicurezza, fosse inserito in legge.

Quindi accogliamo con favore l'emendamento che oggi l'assessore ci porta.

Mi pare inoltre necessario sottolineare che questo trasferimento non è obbligatorio, ma è un trasferimento in cui si scrive che gli enti pubblici "possono" cedere e non "devono".

Per quanto riguarda la questione del personale chiederei qualche chiarimento, perché dagli interventi precedenti mi è sorta della confusione, mi dica, per cortesia, assessore se mi è chiaro il quadro. L'articolo 2 della proposta di legge si riferisce a quelle persone che sono dipendenti dell'azienda pubblica e prestano servizio presso le associazioni, faccio il caso del direttore che presta servizio presso l'U.P.I.P.A. e siccome lo fa in orario di servizio poi la sua azienda è autorizzata a chiedere all'U.P.I.P.A. il rimborso di quelle ore che il suo direttore ha prestato in occasione di sedute che servono per il lavoro dell'U.P.I.P.A.

Diverso è invece il caso dell'emendamento di oggi in cui si parla delle prestazioni da parte di personale delle associazioni di volontariato, che prestano per l'azienda pubblica, le quali possono chiedere un rimborso spese di queste persone che prestano il loro servizio presso l'azienda. Se poi mi chiarisce, perché altrimenti la confusione è notevole.

Credo che se c'è una cosa che questa mattina abbiamo acquisito nell'incontro con le associazioni rappresentative di queste aziende, è che la gestione di questo tipo di servizio, che ricordo è un servizio pubblico che viene fatto per conto dei comuni, gestito attraverso la forma giuridica dell'azienda per i servizi alla persona, ha un livello di efficacia e probabilmente anche di competenza maggiore che non quando viene gestita in maniera diretta dall'ente pubblico, dove spesso il sindaco e il presidente e il segretario comunale fa da direttore. Sappiamo perfettamente che questa si configura come una realtà diversa, ma probabilmente – questo ci è stato detto – di minor efficacia. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il consigliere Firmani. Ne ha facoltà.

FIRMANI: Grazie. Un intervento molto breve, riprendo quest'ultima frase detta dalla collega Ferrari. Semmai bisogna ripensare a queste cose, perché sono stato per una vita impiegato statale, sentir dire che se la casa dipende dal comune va a rotoli, se invece c'è un'associazione che la gestisce è florida, la cosa un po' mi irrita onestamente. Dobbiamo semmai rivalutare l'impiego pubblico, i dipendenti pubblici e la gestione del pubblico, altrimenti non siamo capaci di lavorare noi insomma.

Dice: sì, perché se la casa dipende dal comune è il sindaco che diventa il presidente, il segretario diventa il direttore e non ci vanno mai e tutto va a rotoli. Perché deve funzionare così? Nomineranno un funzionario del comune che gestisca e segua la casa, mi sembra tanto ovvio.

Questo fatto che il privato sia perfetto, l'associazionismo dove prendono i soldi in più sia perfetto e quello che è pubblico vada a rotoli, proprio non mi sta bene. Dobbiamo cambiare assolutamente questa impostazione. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola la consigliera Penasa. Ne ha facoltà.

PENASA: Finalmente sono arrivate le copie degli articoli, così la lettura adesso è molto più chiara.

Intanto voglio precisare alla collega Ferrari che quello che risulta dalla relazione è che il PD ha votato a favore della proposta così come è uscita dalla Commissione e gli unici due astenuti sono i colleghi Civettini della Lega

Nord e Eccher di Lista Civica. Quindi questo è il dato che si riassume dalla relazione.

Il secondo aspetto, siamo alla questione del volontariato. L'articolo 38 modificato parla di volontariato e dice:

1. Le aziende, per il conseguimento delle finalità di utilità sociale stabilite dai loro statuti ed in considerazione dell'assenza di scopo di lucro propria della loro natura giuridica, si avvalgono in maniera ordinaria della collaborazione di personale volontario.

2. L'impiego dei volontari può riguardare sia lo svolgimento diretto delle attività rientranti nelle finalità statutarie dell'azienda, sia l'esecuzione dei conseguenti adempimenti di carattere amministrativo, nonché ogni eventuale iniziativa indirizzata alla valorizzazione del patrimonio ed all'ampliamento del campo di intervento dell'azienda medesima.

3. Per il conseguimento di tali finalità, le aziende possono stipulare convenzioni con organizzazioni di volontariato riconosciute ai sensi delle leggi provinciali, organizzazioni non lucrative di utilità sociale (ONLUS) ed altri soggetti privati che operano senza finalità di lucro.

Allora cosa rimborsano queste organizzazioni per la messa a disposizione di questo personale, che è personale che opera in una definizione di volontariato, ma viene retribuito, perché svolgerebbe volontariamente una mansione che però ha diritto ad una retribuzione!

Credo che dobbiamo riscrivere la parola "volontario" sul Zanichelli della lingua italiana. Non so della lingua tedesca, non la conosco così bene e quindi non potrei dire a cosa riferirmi, ma sul vocabolario della lingua italiana sicuro va riscritto. Perché qui ci stiamo prendendo in giro, perché se sono associazioni di volontariato devono operare in un ambito volontario e quindi non retribuito.

Non comprendo davvero quali siano gli oneri ed i rimborsi che devono essere portati a carico del bilancio, per il fatto che una persona afferma di effettuare qualche cosa di volontario, ma per questo ha una retribuzione da un altro ente al quale si deve corrispondere un rimborso di oneri.

La cosa non mi è per niente chiara, cioè questo articolo 38 (Volontariato), mi sembra che vada davvero riscritto. Cioè dovremmo scrivere che il volontariato è quell'attività che viene svolta in assenza totale di alcun compenso, perché altrimenti se il compenso è tanto o poco, se viene rimborsato da Tizio anziché da Caio ed è posto a carico del bilancio X, piuttosto che del bilancio Y credo che non siamo in presenza di volontariato.

Quindi questa non è solo un'osservazione, è una denuncia di come tutte queste organizzazioni, molte di loro sicuramente sono degne della massima stima e considerazione per ciò che fanno, ma molte si ammantano di questa definizione eticamente importante di volontario e di fatto non lo sono.

Cosa vuol dire svolgere una mansione in ambito di ONLUS di organizzazioni volontarie, nel momento in cui a queste persone si deve rimborsare una retribuzione o un onere? È gratuito per quell'organizzazione, ma perché ce n'è un'altra che, di fatto, si assume quest'onere.

Quindi l'emendamento n. 2 all'articolo 38 credo che dovrebbe portare maggiore chiarezza, perché non so di quali organizzazioni di volontariato stiamo parlando, se poi di fatto andiamo a retribuire delle posizioni.

Per quanto riguarda il vincolo, bisogna essere sempre molto attenti alle letture, all'articolo 15, dice: *Il patrimonio trasferito al comune mantiene*

comunque il vincolo di destinazione a favore dei servizi assistenziali e sociali. Il vincolo sugli immobili è reso pubblico mediante annotazione nel Libro fondiario, all'atto dell'iscrizione del trasferimento. La Provincia, su motivata richiesta del comune, può disporre l'estinzione o la modificazione del vincolo.

Anche su questo, visto e considerato che noi andiamo a portare una disposizione, valutata positivamente per quanto riguarda il fatto che questi beni, nel momento in cui l'azienda possa essere sciolta, ritornano nella disponibilità del comune, credo che però questa motivata richiesta, posta dalla Provincia, dovrebbe essere molto più circostanziata, perché altrimenti sappiamo che vi sono anche delle autorizzazioni che assumono una natura discrezionale e con la natura discrezionale non si tutela poi ciò che in effetti si deve tutelare e cioè un patrimonio pubblico che viene posto nella disponibilità per l'organizzazione di importanti servizi di carattere pubblico alla persona.

Soprattutto l'articolo 38 sul volontariato credo che apra a tutti noi una chiara visione di quante cose non propriamente volontarie e cioè gratuite vanno a trincerarsi dietro la definizione di volontariato.

**PRÄSIDENTIN ZELGER THALER ÜBERNIMMT DEN VORSITZ
ASSUME LA PRESIDENZA LA PRESIDENTE ZELGER THALER**

PRÄSIDENTIN: Danke! Der Abg. Casna hat das Wort.

CASNA: Grazie, Presidente. Effettivamente avevo già accennato precedentemente, però a volte noi cerchiamo di andare contro queste forme surrettizie per impiegare gli amici degli amici, diventa una forma surrettizia per accontentare gli amici. Fatevi una parrocchia di volontariato e noi poi vi paghiamo in maniera indiretta, questa è una forma surrettizia nascosta, per favorire ancora una volta, se ce n'era bisogno per dirlo, che gli amici degli amici troveranno sempre lavoro, chi invece segue la strada della legalità si trova talvolta davanti molti paletti, vuoi paletti chiamati il patto di stabilità o tante altre cose, si può evadere da questo patto di stabilità in una forma surrettizia che purtroppo stiamo infangando in questa maniera, stiamo infangando quella nobile parola che è volontariato.

Il volontariato – lo ripeto – è prestare in maniera quasi nascosta la nostra disponibilità, il nostro lavoro, il nostro denaro a favore di chi ha bisogno, l'altro si chiama speculazione, allora chiamiamo "speculazione-volontariato". Perché il volontariato è dare gratuitamente, talvolta anche in maniera nascosta, il proprio lavoro, perché già mettersi una divisa per fare bella figura davanti alla gente, già questo non è meritevole davanti a Dio, forse è meritevole davanti agli uomini: guarda che bravo, va a fare il volontariato.

Il volontariato autentico è quello che si fa in maniera quasi nascosta, la mano destra non sappia cosa fa la mano sinistra. Questo diceva il Vangelo e lo possiamo ripetere ad alcuni partiti che si richiamano ai valori sociali della Chiesa, poi magari li tradiscono in questa maniera.

Quindi cerchiamo di fare una *declaratio terminorum* in questa legge, volontariato cosa si intende, perché a questo punto se il volontariato è così come si intende ora, forma surrettizia per accontentare e dare posti di lavoro agli amici, noi siamo contro il volontariato, se lo intendete così. Parliamoci chiaramente allora, diciamo cosa si intende volontariato, perché altrimenti possiamo passare quello che vogliamo in questo Consiglio.

Oramai lo abbiamo già approvato è inutile chiudere la stalla quando il bue è uscito, quindi massima attenzione prima di approvare, colleghi. Qui non si tratta di volontariato, siamo lontani da quel concetto comune che è il volontariato, qui si tratta di trovare forme surrettizie nascoste, per accontentare chi vogliamo noi. Quindi o togliamo dalla legge il termine volontariato, perché noi non siamo degni di usare questa parola con il nostro comportamento.

Così pure attenzione, per non fare l'altra madornalità che abbiamo fatto due mesi fa, quando abbiamo tolto l'incompatibilità del direttore di un'azienda a poter essere anche amministratore. O si serve Dio o si adora mammona, diceva il Vangelo di domenica scorsa, o seguiamo Dio o seguiamo il denaro, o fai l'assessore o fai il direttore e stai con gli anziani.

Lo so che sono fuori quando vi si tocca sul vivo, voi che vi dichiarate il partito del sociale, quando vi tocchiamo sul vivo noi siamo dei pazzi, lo so. Meglio essere dei pazzi a questo punto che dover dire: sono direttore di un'azienda, ma tanto per due giorni a settimana sto a spasso a fare l'assessore e poi anche i fine settimana sto a spasso e vengo a sapere magari dal giornale che si è allagato un reparto o che va a fuoco la casa di riposo, poniamo il caso.

Fate degli interventi in maniera incognita anche voi del PD nelle aziende, non andate soltanto a Capodanno a visitare gli anziani, andate nei giorni feriali, andate alle 17.30 quando stanno distribuendo la cena e vedete quanto c'è bisogno di volontariato autentico che possa imboccare gli anziani, ma questo volontariato autentico voi non sapete cosa sia? Vuol dire andare lì, prendere la pappa e metterla in bocca all'anziano che ti sputa in faccia e non essere pagati e non essere ringraziati. Questo si chiama volontariato, altrimenti il resto si chiama opportunismo, che nulla ha a che fare con il volontariato.

Quindi attenzione prima di approvare queste leggi, attenzione prima di usurpare la parola "volontariato". Grazie.

PRÄSIDENTIN: Danke! Ich gebe Frau Assessorin Stocker das Wort für die Replik.

STOCKER: Danke, Frau Präsidentin! Vielleicht zu Beginn noch einmal eine allgemeine Klärung. Wir reden hier bei diesem Gesetz und bei dieser Abänderung des Gesetzes von Betrieben, die nach öffentlichem Recht konstituiert sind. Wir reden hier nicht von privaten Betrieben und auch nicht von Betrieben, die von Gemeinden verwaltet werden. Wir reden hier von jenen Betrieben, die früher IPAB waren und die jetzt im Trentino zur Gänze in Betriebe öffentlichen Rechts umgewandelt worden sind. Also in Betriebe, die nichts anderes tun, als die Aufgaben, die die Gemeinden oder das Land hätte, auszuüben und das als Betriebe öffentlichen Rechts. Als solches ist auch vorgesehen, dass sie, nachdem sie auch über eine Vollautonomie verfügen, und nachdem sie jetzt als Betriebe eine ganz andere Buchhaltung mit Gewinn- und Verlustrechnung, also eine ökonomische Buchhaltung, haben, über ihr eigenes Vermögen verfügen, um diese Autonomie wirklich ausüben zu können. Wir hatten ursprünglich vorgesehen, dass dieses Vermögen ihnen übertragen wird. Die Verbände aus Südtirol und aus dem Trentino, die die Alters- und Pflegeheime repräsentieren, sind nach wie vor der Meinung, dass das eigentlich das einzig richtige wäre. Aber sie waren natürlich auch nicht dagegen, dass wir das Gesetz jetzt in Art. 1 etwas anpassen an das, was an Diskussionen in der Kommission herausgekommen ist, nämlich die Möglichkeit

vorzusehen, dass wir hier ganz einfach dem Betrieb eben nicht nur den Besitz abtreten, sondern auf den Gütern eventuelle Nutzungsrechte zugunsten des Betriebes eingetragen werden können. Das ist die Neuerung, die dazugekommen ist. Aber nicht, weil wir nicht vorher mit den Betrieben und mit den Verbänden geredet hätten. Die Verbände waren der Meinung, dass es richtig ist, dass wir ihnen das Vermögensgut zur Gänze übertragen, sind aber auch nicht gegen diese Abänderung, die wir als Ergebnis der Diskussion in der Kommission vorgeschlagen haben. Ich denke nicht, dass es gerechtfertigt ist, dem Beamten gegenüber zu sagen, dass sie das nicht ordentlich gemacht haben, da man ja bereit ist, auf Diskussionen in der Kommission einzugehen und entsprechend einen Abänderungsantrag hier zu bringen. Die Verbände wären – wie gesagt- nach wie vor der Meinung, dass das einzig richtige die Abtretung ist, aber sie sind natürlich nicht gegen die zweite Möglichkeit, die wir jetzt vorgesehen haben.

Das zweite: auch hier kann man sagen, dass wir das Gesetz von der technischen Seite her gut durchstudiert haben – und das gilt einfach für meine Beamtinnen, die ich *espressis verbis* in Schutz nehmen möchte, weil sie das genauestens durchstudiert haben –. Es war und ist nach wie vor in allen Statuten drinnen, dass wenn ein solcher Betrieb aufgelöst wird, das Vermögen an die abtretende Körperschaft (in der Regel an die Gemeinden) zurückgeht. Das ist in allen Statuten so drinnen. Aber auch hier haben wir gesagt: wenn es irgendwelche Zweifel geben sollte, dann sind wir auch bereit das in einen Abänderungsantrag hineinzugeben und ins Gesetz zu schreiben. Das haben wir jetzt getan und ich denke, das spricht für alle Beteiligten und auch für die Diskussion, die wir in der Gesetzgebungskommission hatten, aber ich denke auf jeden Fall spricht das nicht gegen die ordentliche Vorbereitung, die meine Beamtinnen gemacht haben.

Ich will mich jetzt nicht in das Abstimmungsverhalten einmischen, aber ich denke doch, dass die Vertreter des PD in der Kommission auch deshalb dafür gestimmt haben, weil wir ausgemacht hatten, dass wir diese Abänderung ins Gesetz hineinschreiben, die wir sonst nur in den Statuten hatten, und zwar dass selbstverständlich das Vermögen bei Auflösung an die abtretende Körperschaft zurückgeht.

Die Menschen, die in diesen Betrieben untergebracht werden, also die Kunden dieser Pflegebetriebe, sind unterschiedlich von den Statuten definiert. Das war auch eine Fragestellung im Rahmen der Generaldebatte. Wir hier in Südtirol haben für die Kunden in der Regel folgende Definition: Es sind in erster Linie, wenn es z.B. ein Betrieb einer Gemeinde ist, die Bewohner einer oder mehrerer Gemeinden, wenn es gemeinsam gemacht worden ist, und danach weitet man in der Regel das Anrecht auf den Bezirk aus und letztendlich als dritte Möglichkeit auf das ganze Land. Wir haben hier sozusagen ein abgestuftes System in den Statuten vorgesehen, wer jetzt die Kunden eines solchen Betriebes sein können.

Ich darf jetzt noch einmal die zwei Artikel genauer beschreiben, den Abänderungsantrag, den ich heute eingebracht habe und den vorher bereits im Gesetz verankerten Artikel 2.

Der Art. 2 sagt nichts anderes – und das hat die Frau Abg. Ferrari schon richtig ausgeführt – als das: wenn z.B. ein Direktor eines Alten- und Pflegeheimes als Vertreter in Trient in den Vorstand der UPIPA und in Bozen in den Vorstand des Verbandes der Seniorenwohnheime gewählt wird, dann - so

war es bisher vorgesehen, wenn er das während der Arbeitszeit gemacht hat – wird ihm in seinem Betrieb für diese Stunden das Geld abgezogen und er bekommt eine entsprechende Entschädigung von Seiten des Verbandes. Wir haben gesagt, das ist fürchterlich kompliziert. Machen wir es doch so, dass der Pflegebetrieb und der Verband das untereinander ausmachen und diese sich das Geld abgleichen. Dies ist im Grunde nichts anderes als eine technische Änderung, da wir versucht haben, etwas bürokratisch zu vereinfachen. Das ist der Art. 2.

Jetzt kommen wir zum Art. 2-bis, der im Mittelpunkt der Diskussion gestanden hat. Sie haben inzwischen auch den Art. 38 vorliegen und haben gesehen, dass wir im Art. 38 – und das war ein ganz großer Wunsch, der damals bei der Änderung dieses Artikels vorgebracht worden ist - auch die ehrenamtlich tätigen Vereine hier mit einbinden, und zwar dass die Alters- und Pflegeheime mit diesen Vertretern, mit diesen Vereinigungen der ehrenamtlich tätigen Vereine Abkommen treffen können, wenn bestimmte Dienstleistungen von ihnen erbracht werden. Jetzt reden wir einmal Klartext. Es gibt eine Reihe von Dienstleistungen, die auch von diesen ehrenamtlich tätigen Vereinen gemacht werden können. Wenn sie es nicht tun, dann ist die Folge, dass man natürlich mehr Leute einstellen muss und das erhöht noch viel mehr die Kosten, die die einzelnen zu tragen haben. Das ist auch nicht in unserem Sinne, wobei es ganz klar ist, dass die qualifizierten Tätigkeiten ja nur vom Personal geleistet werden können. Aber es gibt noch eine ganze Reihe von anderen Tätigkeiten, und das geht vom Rebenschneiden bis hin zu Beschäftigungen mit den Menschen vor Ort. Es geht auch darum, dass man mit denen auch manchmal Ausflüge macht. Dafür bekommen die natürlich nichts bezahlt. Das ist die Eigenart des Ehrenamtes. Es ist da wie dort überall das Gleiche. Aber ich denke auch, dass wenn man nicht ganz von der Welt ist, auch weiß, dass es durchaus im Ehrenamt auch normal sein kann, dass man gewisse Spesenrückerstattung z.B. für Fahrtkosten vorsieht. Um nichts anderes geht es hier. Da wird das Volontariat ganz klar unterschieden von den sonstigen Tätigkeiten, aber diese Spesenrückerstattung werden wir durchaus vorsehen können, ohne dass wir deshalb das Volontariat bzw. diesen Artikel neu schreiben müssen. Das und nichts anderes bedeutet das.

Jetzt muss ich noch etwas vielleicht erklärend hinzufügen: wir hatten bereits im Gesetz diese Möglichkeit der Spesenrückerstattung für die Onlus-Vereine drinnen. Ich habe Ihnen vorhin versucht, alle drei verschiedenen Kategorien aufzulisten. Die ehrenamtlich tätigen Vereine, die im Gesetz drinnen sind und für die wir schon die Spesenrückvergütung vorgesehen haben, sind jene, in denen man ausschließlich ehrenamtlich arbeitet und die Dienstleistung an alle richtet. Es gibt die zweiten, die Onlus-Vereine, da kann es durchaus sein, dass ein Teil der Menschen auch hauptberuflich arbeitet, aber ein Teil davon ehrenamtlich. Bei der dritten Kategorie geht es um jene, wie z.B. die „circoli degli anziani“, die Dienstleistungen auch erbringen, aber die eine oder die andere Ausgabe hat. Es können Vereine sein, die auf Mitgliederbasis organisiert sind, die hätten wir jetzt bei der Spesenvergütung nicht drinnen und wir machen hier nichts anderes als eine Angleichung, damit auch diese eine Spesenrückvergütung bekommen (eine Spesenrückvergütung wohlgernekt für Auslagen, die sie haben, aber nicht für die Tätigkeit, die sie ausüben). Ich denke, das könnte jetzt vielleicht ein bisschen beigetragen haben, einige Dinge hier zu klären.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass wie wir das Gesetz 2005 abgeändert haben - obwohl es sich hier ganz klar um öffentliche Körperschaften handelt - eine Reihe von Kontrollen eingeführt haben, die uns auch die Sicherheit geben, dass hier wirklich nicht nur zum Besten dieser Menschen, sondern auch zum Besten des Vermögens und dessen, was man ihnen anvertraut hat, gearbeitet wird. Und vor allem sind sie auch verpflichtet, eine ausgewogene Bilanz zu haben. Es ist auch vorgesehen – auch das sei hier vermerkt –, dass wenn sie drei Jahre hintereinander Verluste schreiben und sie gleichen sie nicht aus, der Verwaltungsrat ausgewechselt wird. Hier haben wir sehr strenge Normen vorgesehen, abgesehen von den Kontrollen, die es selbstverständlich intern mit den eigenen Rechnungsrevisoren gibt, wie es bei einem Betrieb üblich ist. Aber nicht nur das: es ist natürlich auch die Kontrolle von Seiten des Rechnungshofes noch dabei. Was die Verwaltungsräte angeht, so kann man im einem oder anderen Fall durchaus die Überlegung anstellen, ob das jetzt wirklich immer die qualifiziertesten Menschen sind. Aber wir müssen sagen, es ist auch hier unglaublich viel in den letzten Jahren gemacht worden. Wir haben sehr viel für die Ausbildung dieser Menschen getan und es gibt auch im Gesetz eine Grundvoraussetzung drinnen, die sie mitbringen müssen, wenn sie zu Verwaltungsräten dieser Alters- und Pflegeheime bestellt werden.

Vielleicht noch etwas anderes, was möglicherweise das Wichtigste bei der Abänderung des Gesetzes war, und zwar dass wir eine klare Trennung in das Gesetz eingefügt haben zwischen dem, was die technischen politischen Richtlinien des Betriebes sind (die sind Aufgabe des Verwaltungsrates) und der verwaltungstechnischen Tätigkeit (da haben wir haben ein eigenes Organ – das gibt es nicht einmal in der Gemeinde – bzw. der Direktor des Betriebes, der für den Verwaltungsablauf zu sorgen hat). Ich denke, auch das war eine ganz wichtige Neuerung, die wir bei der Gesetzesänderung hier eingeführt haben.

Ich hoffe, dass ich damit imstande war, die grundlegende Ausrichtung dieses Gesetzes und in diesem Zusammenhang auch diese kleine Änderung zu erläutern, die wir hier machen, um die Möglichkeit der Übertragung der Vermögensgüter bzw. der dinglichen Rechte auf diese öffentlichen Betriebe vorzusehen. Danke!

PRÄSIDENTIN: Danke! Wir stimmen jetzt über den Übergang zur Artikeldebatte ab. Wer ist dafür? Dagegen? Wer enthält sich?

Bei 9 Enthaltungen und den restlichen Stimmen dafür ist der Übergang zur Artikeldebatte genehmigt.

Art. 1

(Vermögensabtretung zugunsten der öffentliche Betriebe für Pflege- und Betreuungsdienste [ÖBPB])

1. Im Artikel 12 des Regionalgesetzes vom 21. September 2005, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen wird nach Absatz 3 der nachstehende Absatz eingefügt:

„(3-bis) Die öffentlichen Körperschaften, deren Ordnung unter die Gesetzgebungsbefugnis der Region fällt und welche den Antrag gemäß Abs. 1 stellen, können dem Betrieb Vermögensgüter oder -rechte unentgeltlich abtreten, damit der Betrieb über das laut Abs. 3 notwendige Vermögen

verfügen kann. Zum Zwecke der Bewertung des Vermögensbestands muss die Verpflichtung zur Abtretung aus dem Errichtungsbeschluss hervorgehen. Für die öffentlichen Körperschaften, die sich im Einzugsgebiet des Betriebes befinden, ist die unentgeltliche Abtretung auch zu Gunsten bereits bestehender Betriebe möglich.“.

VICE PRESIDENTE:

Art. 1

(Cessione di patrimonio a favore delle APSP)

1. Dopo il comma 3 dell'articolo 12 della legge regionale 21 settembre 2005, n. 7 viene inserito il seguente comma:

“3-bis. Gli enti pubblici, sul cui ordinamento la Regione ha competenza legislativa, che presentano la domanda ai sensi del comma 1 possono cedere gratuitamente all'azienda beni o diritti patrimoniali, allo scopo di dotare l'azienda stessa del patrimonio richiesto dal comma 3. Ai fini della valutazione della consistenza del patrimonio, l'impegno a cedere deve risultare dalla deliberazione di costituzione. Per gli enti pubblici il cui territorio ricade nel bacino di utenza dell'azienda, la cessione gratuita può essere effettuata anche a favore di aziende già istituite.”.

PRÄSIDENTIN: Hier gibt es einen Änderungsantrag zum Art. 1, Prot. Nr. 1719/1, eingebracht von Frau Assessorin Stocker und weiteren:

Im Artikel 12 des Regionalgesetzes vom 21. September 2005, Nr. 7 wird der mit Artikel 1 Absatz 1 eingeführte Absatz 3-bis durch den nachstehenden Absatz ersetzt:

„3-bis. Die öffentlichen Körperschaften, deren Ordnung unter die Gesetzgebungsbefugnis der Region fällt und welche den Antrag gemäß Absatz 1 stellen, können dem Betrieb den eigenen Güterbesitz abtreten oder auf dieselben Güter dingliche Nutzungsrechte zugunsten des Betriebes eintragen, damit der Betrieb über das laut Absatz 3 notwendige Vermögen verfügen kann. Zum Zwecke der Bewertung des Vermögensbestands muss die Verpflichtung zur Abtretung oder zur Eintragung von dinglichen Nutzungsrechten aus dem Beschluss betreffend die Betriebserrichtung hervorgehen. Für die öffentlichen Körperschaften, die sich im Einzugsgebiet des Betriebes befinden, sind die Abtretung oder die Eintragung von dinglichen Nutzungsrechten auch zugunsten bereits bestehender Betriebe möglich. Im Falle der Auflösung des Betriebs geht das im Sinne dieses Absatzes abgetretene Vermögen wieder in das Eigentum der öffentlichen Körperschaften zurück, die es mit der Zweckbindung laut Artikel 15 Absatz 2 abgetreten hat.“.

VICE PRESIDENTE: Emendamento prot. n. 1719/1, sostitutivo dell'articolo, prima firmataria l'assessora Stocker:

Il comma 3-bis dell'articolo 12 della legge regionale 21 settembre 2005, n. 7 introdotto dall'articolo 1, comma 1, è sostituito dal seguente:

“3-bis. Gli enti pubblici, sul cui ordinamento la Regione ha competenza legislativa, che presentano la domanda ai sensi del comma 1 possono, a titolo gratuito, cedere la proprietà dei propri beni o costituire sugli stessi diritti reali di godimento a favore dell'azienda, allo scopo di dotare l'azienda stessa del patrimonio richiesto dal comma 3. Ai fini della valutazione

della consistenza del patrimonio, l'impegno a cedere o a costituire diritti reali di godimento deve risultare dalla deliberazione di costituzione dell'azienda. Per gli enti pubblici il cui territorio ricade nel bacino di utenza dell'azienda, la cessione o la costituzione di diritti reali di godimento possono essere effettuate anche a favore di aziende già istituite. In caso di estinzione dell'azienda, il patrimonio ceduto ai sensi del presente comma torna in proprietà all'ente pubblico che l'ha ceduto con il vincolo di destinazione di cui all'articolo 15, comma 2".

PRÄSIDENTIN: Gibt es dazu Wortmeldungen? Bitte, Abg. Viola.

VIOLA: Grazie, Presidente. Volevo intervenire sull'articolo, perché già quando fu approvata la legge n. 7 del 2005 ci fu una grandissima discussione, anche perché fu una legge che noi applicammo molto tardi, era il problema di applicare la n. 328 del 2000, la legge nazionale di revisione del sistema integrato di interventi dei servizi sociali, la cosiddetta "legge Turco" ed i decreti legislativi avrebbero previsto poi che la trasformazione delle IPAB sfociasse o in aziende pubbliche di servizi alla persona, oppure in fondazioni.

Questo è fattibile in tutta Italia, è fattibile in Alto Adige, non è fattibile in Trentino, perché la legge che stiamo per modificare prevede un'unica modalità, cioè le IPAB dovevano essere trasformate unicamente in aziende pubbliche di servizi alla persona. Lo dico perché, rispetto anche ad alcune cose che ho sentito stamattina, dobbiamo anche contestualizzare il panorama normativo di riferimento, la Regione Trentino-Alto Adige è arrivata buona ultima in tutto il panorama nazionale, in applicazione alla n. 328, abbiamo esempi importanti, a livello nazionale, di cosa è voluto dire in Emilia Romagna un sistema misto; in Toscana un sistema simile al Trentino, anche se con qualche fondazione; in Lombardia hanno previsto soprattutto fondazioni, anche se poi ci sono le aziende pubbliche ed i servizi alla persona, perché comunque i decreti legislativi applicativi del n. 328 prevedevano una titolarità delle regioni. Cioè su questo tipo di situazione non è che noi legiferiamo a prescindere, stiamo applicando e stiamo entrando all'interno di un ambito normato dallo Stato.

Questa norma presentata è di estrema ragionevolezza, perché innanzitutto ricordo che si tratta di aziende di diritto pubblico, anzi in legge si dice che sono enti senza fini di lucro, con personalità giuridica di diritto pubblico. Non stiamo parlando di fondazioni, che era l'altra possibilità, la fondazione è un ente di diritto privato a tutti gli effetti e tra l'altro coloro che siedono anche in Consiglio provinciale di Trento lo sanno, perché la fondazione in Trentino è stata applicatissima dalla maggioranza provinciale, soprattutto la scorsa legislatura su molteplici aspetti che riguardano anche la vita pubblica. Pensiamo alla fondazione MAC, alla fondazione Kessler, piuttosto che altri soggetti che da pubblici sono diventati diritto privato, in questo caso è un ente assolutamente pubblico.

Tra l'altro debbo dire che la previsione del fallimento è tale in queste aziende quanto nel comune, c'è la stessa probabilità che un comune fallisca, così come un'azienda di questo tipo possa fallire, anche perché come è fatta non c'è nessuna differenza, un'articolazione del sistema pubblico sui servizi alla persona.

Per cui il fatto che il comune, perché soprattutto sono beni del comune, possa conferire del patrimonio in queste aziende, è di sostanziale importanza che si vuole che diventino aziende pubbliche di servizi alla persona.

È una lacuna della precedente legge, che poi se le aziende che per qualsiasi motivo venissero a cadere, a non esserci più, a parte che nella maggior parte dei casi per togliere un ente pubblico ci vuole un intervento del legislatore, comunque un intervento dell'ente pubblico, non è che il consiglio di amministrazione possa decidere anche di un'azienda pubblica di servizi alla persona, non è che possano decidere: domani non ci siamo più, vendiamo tutto e andiamo a casa. Vendono cosa? È un patrimonio indisponibile o è disponibile in parte, perché deve essere legato all'attività del soggetto e quindi la vedo molto difficile, però che debba tornare all'ente che conferisce devo dire che è una fattispecie accademica più che reale, comunque è una buona norma.

Però nel complesso è un articolo di buon senso, semmai il problema è perché in Trentino non ci sono le fondazioni, ma non è oggi questo l'argomento, però visto che di questo si tratta e visto che poi il problema è il servizio alla persona che viene erogato da questi soggetti, il fatto che possano farlo nelle previsioni di norma è assolutamente opportuno.

Quindi il nostro voto su questo articolo sarà favorevole.

PRÄSIDENTIN: Danke! Die nächste Rednerin ist Frau Abg. Penasa.

PENASA: Grazie, Presidente. Ho chiesto all'assessore anche un chiarimento per quanto riguarda l'aspetto delle aree di utenza, se lei poteva dare una definizione più puntuale per quanto riguarda le due diverse normative.

Per quanto riguarda l'intervento che mi ha preceduto, non mi riferivo alla natura giuridica acquisita, bensì alla natura giuridica degli enti che possono proporre la domanda per il riconoscimento all'istituzione, perché è chiaro che siamo in una situazione di personalità giuridica di tipo pubblico, ma i soggetti che possono chiedere di arrivare a quella definizione, sono soggetti anche di natura privata, che poi cambieranno la loro entità, ma di fatto la partenza è riconosciuta loro.

Non credo che sia cosa di poco conto il fatto che sia stato riposto il vincolo della destinazione a ritorno nel patrimonio del comune, perché se andiamo a verificare il percorso, questi soggetti che diventeranno soggetti di natura pubblica, ma iscritti a un albo provinciale, nel momento in cui questi fossero liquidati è chiaro che la Provincia interverrebbe sulla gestione di un eventuale patrimonio residuale, mentre invece se il patrimonio, di fatto, ritorna all'ente di origine, qui abbiamo difeso quello che era un bene che, per la maggior parte dei casi, è del comune e non è della Provincia.

Quindi credo che portare questo tipo di chiarimento sia stato un elemento sicuramente positivo per quanto riguarda questo articolo e noi su questo articolo, con il miglioramento che è stato posto, esprimiamo il nostro favore.

PRÄSIDENTIN: Danke! Bitte, Frau Abg. Dominici, Sie haben das Wort.

DOMINICI: *(La consigliera parla in ladino-noneso e quindi la Presidente, dopo averla invitata ad esprimersi in italiano o in tedesco, fa spegnere il microfono).*

PRÄSIDENTIN: Bitte, Abg. Morandini.

MORANDINI: Signor Presidente, non posso non andare, toccando questo disegno di legge un tema piuttosto importante, a quando la scorsa legislatura questo Consiglio ha istituito, trasformato le IPAB in aziende pubbliche per i servizi alle persona. Perché debbo riandare a quel tempo e a quel momento? Per due ragioni. La prima. Perché fu un dibattito particolarmente acceso, è vero in attuazione di una legge dello Stato, la n. 328, ma con alcune peculiarità che la maggioranza di allora, che politicamente è la stessa che governa la Regione oggi, aveva sostanzialmente tentato di introdurre, naturalmente corredando – ricordo l'intervento di qualche collega che non cito, perché non è più tra noi come consigliere – questo disegno di legge con una serie di motivazioni ideologiche che erano qualcosa di incredibilmente intollerante.

Bastava dire: la legge dello Stato n. 328 prevede che le IPAB possano essere trasformate in aziende pubbliche per il servizio alla persona. No, di tutto e di più, tutte motivazioni ideologiche.

Allora quale era la ragione di fondo? L'attuazione di una legge che, come prima ricordava il collega Viola, ci ha visto ancora una volta, guarda caso, buoni ultimi, anzi vi ha visto, perché come allora anche oggi siete voi al governo di questa Regione.

In attuazione di una legge dello Stato che aveva le sue ragioni, che prevedeva che laddove ci sono aggregazioni che si fanno carico, attraverso un'organizzazione, uno statuto e quant'altro, un regolamento di garantire, di assicurare l'assistenza alle persone anziane che – vorrei sottolinearlo – nella grandissima parte dei casi oggi gli ospiti di queste case di riposo o RSA sono non autosufficienti.

Allora, nel mentre si fanno le leggi ordinamentali, perché su questo ha competenza la Regione, si scivola via su cose che sono assai più importanti, perché al di là dell'ordinamento, quello che conta, è vero che è competenza delle Province, ma comunque l'assessore competente sa, perché è attento a queste dinamiche, che se la Regione vuole, qualche input alle Province competenti, per quanto riguarda l'assistenza, lo dà.

Non mi riferisco solamente, assessore competente, all'input di carattere finanziario, ma per esempio nel nominare i componenti dei consigli di amministrazione vuole o no questa Regione dare degli input, affinché si nominino persone che hanno dato prova nella loro vita o professionale o di volontariato o quant'altro di avere a cuore l'assistenza di questi ospiti che – torno a ribadirlo – per il 99% dei casi sono non autosufficienti? Questa è la prima domanda. Perché non mi si può dire che la Regione non ha competenza, perché la Regione, nel momento in cui assegna una serie di fondi alle Province e, se non vado errato, anche cespiti su questo versante la Regione assegna alle Province, per non ridursi a semplice bancomat dia qualche input alle Province, che oggi con riferimento alle case di riposo, alle RSA, chiamatele come volete, sembrano avere all'attenzione quasi totalmente altri aspetti.

Non sto facendo processi alle intenzioni, ci sono anche RSA che sono fortemente motivate, ce la mettono tutta, ma ci sono RSA nelle quali la Provincia sarebbe bene che mandasse qualche ispezione, perché poi portiamo dentro questi giovani nelle RSA e sapete il commento quale è? Escono allibiti e dicono: ci è parso di essere entrati in qualche lager! Questa è la parola che qualche giovane mi ha detto quando è entrato volontariamente in qualche RSA. Lo so che non è di questo che si tratta oggi, però evidentemente l'occasione che si dà è ghiotta per questo.

Quindi anche se dichiaro subito il mio voto favorevole – l'ha già fatto peraltro il collega che mi ha preceduto – a questa norma che ha ragioni assolutamente condivisibili, perché se un ente pubblico conferisce un patrimonio, una somma, un patrimonio immobiliare, ha diritto, nel caso accademico che l'azienda pubblica per i servizi alla persona venga estinta, ha diritto a vederselo tornare nel proprio patrimonio che, sottolineo, farebbe parte comunque del patrimonio indisponibile, penso che non possiamo lasciar andare sotto silenzio un'occasione come questa per spezzare una lancia.

L'assistenza nei confronti di questi ospiti, che per il 99% dei casi sono non autosufficienti, le Province la facciano bene ed inviano anche delle ispezioni, laddove è necessario e ci sono sicuramente delle situazioni in cui è necessario per verificare fino a che punto è fatta bene l'assistenza e persino lì di investire i soldi, sull'assistenza, quindi infermieri e quant'altro, perché oggi di questo c'è bisogno.

Presidente, chiudo, però lei mi sta pressando, ci sono colleghi che parlano di tutto e di più andando anche fuori tema, usando anche lingue non conosciute, mi si consenta di finire...

Non era offensivo verso la collega! Grazie. Dichiaro il voto favorevole.

PRÄSIDENTIN: Ich ersuche die Kollegen sich bitte an die Zeiten zu halten, nicht für mich, aber Sie nehmen diese Redezeit den anderen Kollegen im Regionalrat weg. Ich verstehe, dass man manchmal ein bisschen darüber hinausgeht, aber bitte nach Möglichkeit sollte man sie einhalten.

Bitte, Frau Assessorin Stocker, Sie haben das Wort.

STOCKER: Danke, Frau Präsidentin! Ich bedanke mich zuerst einmal für die Wortmeldungen und für die generelle Sichtweise dieses abgeänderten Artikels 1.

Vielleicht nur zu den letzten Ausführungen kurz eine Anmerkung: Wir haben als Region eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die jetzt verfolgt, wie diese Umwandlung der Alters- und Pflegeheime in diese Betriebe funktioniert hat und wo wir vielleicht noch zusätzlich an Begleitung etwas geben können. Natürlich hat diese Arbeitsgruppe auch die Aufgabe, ein bisschen zu schauen, wie die Maßnahmen, die wir mit dem Gesetz gesetzt haben, umgesetzt werden. Aber ich denke schon, dass wir auch anerkennen müssen, dass die Länder die wesentlichen Aufgaben jetzt in der Umsetzung haben und dass diese das natürlich auch bestens begleiten und kontrollieren.

Vielleicht noch eine Anmerkung zum Schluss, was das Personal anbelangt, das die Verwaltungsräte bildet. Da haben wir im Gesetz eine Anmerkung gemacht und auch festgeschrieben, dass diese natürlich als Voraussetzung haben müssen, dass sie etwas von dem Bereich verstehen, für den sie gewählt werden. Wir haben das so formuliert: sie müssen Sachkenntnisse und Erfahrung auf dem Gebiet der Sozialdienste, der Gesundheitsdienste, der öffentlichen Verwaltung und der Betriebsführung haben. Hier haben wir die Qualitätskriterien schon ganz klar hineingeschrieben. Aber was mir noch wichtiger erscheint ist, dass wir mit den Geldern, die wir als Region zur Verfügung stellen, darauf achten, dass die Ausbildung dieser Personen, die in den Verwaltungsräten sind, kontinuierlich erfolgt. Ich glaube dadurch haben wir auch eine ganz große Qualität in diese Strukturen

hineingebracht, weil sie dann auch diese Ausbildungen, die angeboten werden, dann von den Verbänden wirklich in Anspruch nehmen und in dem Sinne für eine Qualifizierung und natürlich auch – davon bin ich fest überzeugt – für die beste Begleitung der Menschen, die in diesen Pflegeheimen sind, sorgen.

PRÄSIDENTIN: Danke! Wir stimmen jetzt über den Ersetzungsantrag zum Art. 1 ab. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Mit 2 Stimmenthaltungen und den restlichen Stimmen Dafür ist der Art. 1 genehmigt.

Art. 2

(Ergänzung betreffend die Aufträge)

1. Im Artikel 30 Absatz 2 des Regionalgesetzes vom 21. September 2005, Nr. 7 wird der nachstehende Satz hinzugefügt: „bzw. die dafür bestrittenen Ausgaben den Betrieben rückerstatten.“.

VICE PRESIDENTE:

Art. 2

(Integrazione in materia di incarichi)

1. Al comma 2 dell'articolo 30 della legge regionale 21 settembre 2005, n. 7 viene aggiunto il seguente periodo:
“ o al rimborso alle amministrazioni stesse degli oneri sostenuti per l'attività di collaborazione svolta.”

PRÄSIDENTIN: Ich sehe es gibt keine Wortmeldungen. Somit stimmen wir über Art. 2 ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Mit 8 Stimmenthaltungen und 6 Gegenstimmen ist der Art. 2 genehmigt.

Es gibt hier einen Änderungsantrag, Prot. Nr. 1719/2, eingebracht von Assessorin Stocker und anderen für die Einfügung eines Art. 2-bis:

Nach Art. 2 wird der nachstehende Artikel eingefügt:

„Art. 2-bis

(Änderung des Artikels 38 des Regionalgesetzes vom 21. September 2005, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen)

1. Im Artikel 38 Absatz 4 und 5 des Regionalgesetzes vom 21. September 2005, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen werden die Worte „den ehrenamtlich tätigen Organisationen“ durch die Worte „den Einrichtungen laut Absatz 3“ ersetzt.

2. Im Artikel 38 Absatz 7 des Regionalgesetzes Nr. 7/2005 werden die Worte „den Organisationen, bei denen Ehrenamtliche tätig sind,“ durch die Worte „den Einrichtungen laut Absatz 3“ und die Worte „diese Organisationen“ durch die Worte „diese Einrichtungen“ ersetzt.

VICE PRESIDENTE: Emendamento prot. n. 1719/2, introduttivo dell'articolo 2-bis, prima firmataria l'assessora Stocker:

Dopo l'articolo 2 è inserito il seguente:

“Art. 2-bis

(Modifica dell'articolo 38 della legge regionale 21 settembre 2005, n. 7 e successive modifiche)

1. Ai commi 4 e 5 dell'articolo 38 della legge regionale 21 settembre 2005, n. 7 e successive modifiche le parole “alle organizzazioni di volontariato” sono sostituite dalle parole “agli organismi di cui al comma 3”.

2. Al comma 7 dell'articolo 38 della legge regionale n. 7/2005, le parole “alle organizzazioni in cui il volontariato si articola” sono sostituite dalle parole “agli organismi di cui al comma 3” e le parole “le organizzazioni stesse” sono sostituite dalle parole “gli organismi stessi”.

PRÄSIDENTIN: Danke! Bitte, Abg. Penasa, Sie haben das Wort.

PENASA: Grazie. Riteniamo che l'introduzione dell'articolo 2-bis sia uno stravolgimento in sé della legge, perché qui apriamo una situazione che noi abbiamo timore si possa prestare a quel fatto di esternalizzazione di servizi, che passa attraverso anche situazioni che sono apparentemente organizzazioni di volontariato, che non sono così.

Se andiamo a leggere il comma 7 dell'articolo 38: *“Le aziende sono autorizzate a rimborsare alle organizzazioni in cui il volontariato si articola, in misura parziale o totale in relazione all'opera quantitativamente prestata dal volontario medesimo,...”*. Quindi, *all'opera quantitativamente prestata dal volontario medesimo*, abbiamo una quantificazione dell'opera. Allora mi chiedo se il volontario presta un'opera quantificata. Poi: *“...i premi delle assicurazioni che, a norma di legge, le organizzazioni stesse devono stipulare per i propri aderenti contro gli infortuni e le malattie connesse allo svolgimento della loro attività, nonché per la responsabilità civile per i danni cagionati a terzi nell'esercizio dell'attività stessa”*.

Allora qui c'è da chiedersi di che attività di volontariato stiamo parlando, perché purtroppo assistiamo alla rottamazione del lavoro in questa Regione, come in tutte le altre regioni italiane, come in molte parti del mondo e la rottamazione del lavoro avviene anche utilizzando situazioni nobili come quelle di volontariato che, di fatto, di volontariato non si parla, ma poi queste organizzazioni, apparentemente senza scopo di lucro, effettuano tutta una serie di attività.

Con questo emendamento abbiamo aperto una possibilità di esternalizzazione di servizi con situazioni che sono apparentemente di volontariato, con le conseguenze che abbiamo sul fatto della disponibilità di lavoro e della qualità della disponibilità di lavoro.

A parte che mi chiedo se una situazione di questo genere possa essere compatibile con l'esame che è stato fatto nella Commissione competente, perché nella Commissione competente di questo non si è mai parlato e nessuno è stato audito per sapere di quali tipi di servizio stiamo trattando. Perché uno era l'articolo 2, nel quale la fattispecie era chiaramente indicata e si parlava di rimborso alle amministrazioni stesse degli oneri sostenuti per l'attività di collaborazione svolta, ancorché la collaborazione apparentemente sia descritta come volontariato – e non è perché abbiamo il rimborso degli oneri – almeno eravamo in una situazione piuttosto chiara ed identificata. Ma non mi si dica che ciò che può scaturire dall'inserimento dell'articolo 2-bis è una situazione così chiara e codificata, della quale la

Commissione ha potuto trattare con quella prontezza di sviluppo di quelli che possono essere gli effetti, perché è presentato oggi con un emendamento in aula.

Credo che sia davvero preoccupante questa cosa, perché noi continuiamo ad avere episodi, non so se nella Provincia di Bolzano avete lo stesso problema, ma per quanto riguarda la Provincia di Trento abbiamo molti episodi di situazioni lavorative che sono sottratte e quelle che sono le opportunità di lavoro da offrire specialmente ai giovani, con situazioni di questo tipo, ammantandosi con la parola volontariato di una vera e propria sottrazione di opportunità di lavoro, specialmente per i nostri giovani. Opportunità di lavoro che devono essere retribuite e che devono consentire a questi di potersi davvero formare una famiglia, prendersi gli impegni che ognuno di noi si è preso nel momento in cui si è potuto fruire di un lavoro. Invece qui apriamo a queste situazioni che sono davvero non corrette dal punto di vista di quello che può essere un aspetto etico del volontariato, perché non lo sono, perché parliamo di retribuzioni, parliamo di misura.

Quando si parla di *opera quantitativamente prestata* e si dice: “...*stipulare per i propri aderenti contro gli infortuni e le malattie connesse allo svolgimento della loro attività...*”, signori, credo che noi tutti facciamo parte di qualche organizzazione di volontariato, ma qui siamo fuori dal volontariato! Qui siamo in quella situazione che purtroppo sempre più si palesa e si configura, dove servizi che normalmente dovrebbero essere svolti sulla base di regolari contratti di lavoro, con contratti di assunzione regolari da parte anche di queste aziende, vengono svolti sotto la falsa forma del volontariato con retribuzioni inadeguate, con forme di assunzione non corrette e poi ci domandiamo anche con che tipo di prestazione, rispetto a coloro i quali di queste prestazioni hanno bisogno.

Allora veramente chiedo, assessore, che venga ritirato questo articolo 2-bis, perché non ritengo che la Commissione abbia potuto approfondire qual è l'impatto di questo articolo 2-bis, rispetto al fatto che questo è stato portato in aula questa mattina e non trovo nella relazione alcuna discussione rispetto a questi effetti.

Credo che questo sia veramente un brutto modo di usare il Consiglio, portando delle situazioni per le quali qui c'è molta disattenzione, molto menefreghismo, ma che comunque sono quelle situazioni che aprono la porta a modalità di lavoro non corrette, che di sicuro ai nostri giovani non portano nuove opportunità di lavoro, di questo ne sono sicura.

PRÄSIDENTIN: Grazie! Bitte, Abg. Casna, Sie haben das Wort.

CASNA: Grazie, Presidente. Mi fermo ancora su questo argomento, mi pare sia stato sviscerato abbastanza, ahimè, soltanto dall'opposizione, ma voglio ritornare sul concetto di assistenza agli anziani che sono persone indifese ed hanno bisogno di personale qualificato e l'ente pubblico, se vuole avere un minimo di gratitudine verso le persone anziane che ci hanno dato il benessere che oggi abbiamo, dovrebbe dare un servizio altamente qualificato ed efficace.

Oggi nelle nostre case per anziani non vi è ciò che gli anziani si meritano per aver lavorato e per averci dato il benessere del quale noi stiamo godendo in questo momento. Oggi si ricorre ad escamotage per risparmiare sugli anziani.

Allora bisogna fare un discorso molto semplice: di cosa hanno bisogno gli anziani? Di infermieri, di assistenti, di persone che li aiutino ad essere autonomi, si deve fare una mappa dei loro bisogni ed in base alla mappa dei loro bisogni si dovrà dire quante persone dovranno essere adibite in queste strutture, senza pensare al cosiddetto volontariato, la Provincia ci deve pensare, la casa di riposo deve pensare ai loro fabbisogni. Se poi arriveranno altri aiuti gratuitamente dalle altre persone, ben vengano, ma questa è veramente una forma surrettizia per risparmiare sulle spalle degli anziani, ed è gravissimo speculare sugli anziani, e per evadere anche forme di diritto sindacale e sociale. Ma dove sono gli ispettori del lavoro? Cosa dicono gli ispettori del lavoro? Cosa dicono i sindacati in merito a questo? Il volontariato va a "rubare" posti di lavoro. Perché se sono indispensabili, se sono necessari si assumano con un regolare contratto. Aumenterà la quota? Benissimo, la pagheremo un po' tutti questa quota, ma sappiamo che abbiamo dato posti di lavoro a chi ne aveva bisogno.

Fra 5, 6 anni anche noi saremo lì probabilmente e ricorderemo queste chiacchiere. È giusto che ad accudire noi anziani ci siano persone qualificate, competenti o il volontario di turno che, per quanto ricco di umanità, forse è povero di professionalità?

Pertanto, come diceva la collega Penasa, ritiriamo questo emendamento, rimandiamolo in Commissione, ci sia un esame approfondito sotto i diversi risvolti o i rischi che questa legge può portare.

Sicuramente aumentare il personale nelle case di riposo non fa male a nessuno, risolverebbe forse in parte il problema occupazionale ed il problema occupazione non si risolve inventando forme nascoste di occupazione come questa del volontariato.

Pertanto siamo contro questa forma di reclutamento e vogliamo che ci sia un reclutamento regolare del personale da adibire nelle case degli anziani e che non si faccia speculazione sui medesimi. Grazie.

PRÄSIDENTIN: Bitte, Frau Assessorin Stocker.

STOCKER: Danke, Frau Präsidentin! Ich denke, als wir das Gesetz gemacht haben, sind wir diejenigen gewesen, die den größten Wert darauf gelegt haben, dass den Menschen in diesen Alters- und Pflegeheimen die bestqualifizierteste Pflege gegeben wird. Das ist die erste Voraussetzung. Aber ich denke, wir wissen alle, dass wir auch auf die Kosten zu schauen haben; es jetzt auch nicht ganz verfehlt, wenn für bestimmte Dienstleistungen etwas gezahlt wird – wenn da sozusagen die Reben gratis geerntet werden bis hin zu Veranstaltungen, zu besonderen Initiativen, die diese freiwilligen Vereine auch anbieten, also es ist wirklich ein ganz unterschiedliches Programm, das hier geboten wird und Angebote, die von den Menschen, die hier ehrenamtlich tätig sind, gemacht werden. Aber es ist ganz selbstverständlich, dass das, was zur Pflege gehört, von den Menschen ausgeübt wird, die professionell ausgebildet sind. Da besteht überhaupt kein Zweifel. Es war ein großer Wunsch und der ging wirklich quer durch alle Parteien, dass wir in das Gesetz die Freiwilligen mit hineinnehmen. Ich wundere mich schon, dass das jetzt in Frage gestellt wird. Ich verstehe das beim besten Willen nicht. Es war ein Wunsch, der wirklich von allen Seiten gekommen ist. Wir haben es ins Gesetz hineingegeben und wir haben auch die verschiedenen freiwilligen Vereine im Gesetz genannt. Im Art.

38 sind in Absatz 3 die verschiedenen Typen dieser freiwilligen Organisationen drinnen. Es wird zuerst die erste Kategorie genannt, nämlich die ehrenamtlich tätigen Vereine, die alles ehrenamtlich machen und die ihren Dienst allen anbieten. Die zweite Kategorie ist jene, die als Onlus-Verein eingetragen ist. Da kann es durchaus sein, dass das auch Vereine sind, in denen ein Teil der Tätigkeit auch von Hauptamtlichen ausgeübt wird. Die Tätigkeit richtet sich an alle. Dann gibt es die dritte Kategorie, die z.B. ihre Dienstleistungen nicht an alle, sondern nur an bestimmte Gruppen richtet, die eingeschrieben sind, die in diesem Verein Mitglieder sind, aber die alles ehrenamtlich leisten und diese haben wir jetzt in den Art. 4 und 5 noch mit hineingenommen. Das Gesetz sieht jetzt schon für die ersten beiden Kategorien vor, dass sie Abrechnungen machen können, was ihre Spesen sind. Jetzt haben wir die dritte Gruppe mit hineingenommen. In dem Sinne ist es überhaupt keine grundsätzliche Änderung, sondern es ist eine grundlegende Forderung gewesen, die wir in das Gesetz aufgenommen haben und wo wir jetzt eine Anpassung machen, um diese Vereine eben auch noch mit hineinzunehmen, die eventuell für Dienstleistungen, die sie erbringen, die bestens von Ehrenamtlichen erbracht werden, eine eventuelle Rückerstattung der Spesen bekommen, aber keine Bezahlung für ihre Arbeit.

PRÄSIDENTIN: Danke! Wir stimmen über den Art. 2-bis ab. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Mit 2 Enthaltungen und 5 Gegenstimmen ist der Art. 2-bis genehmigt.

Art. 3
(Finanzbestimmung)

1. Dieses Gesetz bringt keine Ausgaben zu Lasten des Regionalhaushalts mit sich.

Art. 3
(*Norma finanziaria*)

1. La presente legge non comporta oneri per il bilancio regionale.

Abg. Viola, Sie haben das Wort.

VIOLA: Grazie, Presidente. Volevo fare una domanda semplice all'assessore, in parte mi ha già risposto nella replica. Nelle mie esperienze lavorative precedenti, tra le altre cose, ho fatto anche il direttore di una casa di riposo e devo dire che per fortuna c'erano i volontari. Nel senso che su attività senza alcun contenuto professionale, "collaterali", ma non per questo meno importanti rispetto alla casa di riposo stessa, mi riferisco alle gite dei nostri autosufficienti, a parte l'animazione, perché era interna, l'accompagnamento degli anziani, ci sono delle situazioni in cui non si ruba lavoro a nessuno, anzi di per sé non ci sarebbero neanche figure professionali di riferimento, rispetto alle quali, come direttore, ho sempre potuto apprezzare questo tipo di supporto fatto a titolo completamente gratuito.

Allora volevo solo domandare all'assessore se con l'articolo 2-bis si intende semplicemente migliorare la dizione dell'articolo per favorire i rimborsi spese. Tra l'altro anche sulla questione della quantificazione dell'assicurazione, per i soggetti che sono tenuti ad assicurare i propri volontari, cioè le ONLUS, la

quantificazione è solo nel fatto che se un volontario presta la propria attività in più case di riposo, evidentemente ci si divide l'assicurazione di riferimento. Perché se è così allora ha un significato ed è assolutamente ragionevole, se non fosse così vorrei che l'assessore mi rispondesse.

Chiedo scusa se lo faccio su questo articolo, ma prima non sono riuscito.

PRÄSIDENTIN: Können wir die Antwort noch jetzt machen?

Bitte, Frau Assessorin Stocker.

STOCKER: Es ist so.

PRÄSIDENTIN: Dann stimmen wir noch gleich über den Art. 3 ab. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Mit 12 Enthaltungen und den restlichen Stimmen dafür ist der Art. 3 genehmigt.

Ich wünsche eine erholsame Mittagspause und wir sehen uns um 15.00 Uhr wieder.

(ore 13.01)

(ore 15.01)

VORSITZ: PRÄSIDENTIN ZELGER THALER

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE ZELGER THALER

PRÄSIDENTIN: Ich wünsche einen schönen Nachmittag.

Wir beginnen mit dem Namensaufruf.

CIVICO: *(segretario):(fa l'appello nominale)*

(Sekretär):(ruft die Namen auf)

RIASSUME LA PRESIDENZA LA PRESIDENTE ZELGER THALER

PRÄSIDENTIN ZELGER THALER ÜBERNIMMT DEN VORSITZ

PRESIDENTE: Riprendiamo i lavori.

Siamo all'articolo 4 e quindi do lettura dell'articolo 4:

Art. 4

(Entrata in vigore)

La presente legge entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

MUNTER:

Art. 4

(Inkrafttreten)

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Kundmachung im Amtsblatt der Region in Kraft.

PRESIDENTE: Ci sono interventi su questo articolo? Se non ci sono interventi, lo metto in votazione.

Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 12 astensioni e tutti gli altri favorevoli l'articolo 4 è approvato.

Passiamo adesso alle dichiarazioni di voto. Ci sono dichiarazioni di voto? Prego consigliere Penasa.

PENASA: Grazie Presidente. Intervengo per dichiarare che su questa proposta di legge, se la proposta fosse rimasta in quella definizione così come concordata dalla Commissione e con l'ulteriore emendamento, proposto questa mattina in aula, nel quale appunto si era inserita anche la maggiore garanzia, per quanto riguardava nel caso di estinzione dell'azienda del ritorno del patrimonio all'ente pubblico, quindi al Comune, sicuramente avremmo potuto portare, a questa legge, il nostro voto favorevole.

Sicuramente l'emendamento proposto in aula questa mattina e, ribadisco, assolutamente non valutato dalla Commissione, comunque come è agli atti, perché gli atti della Commissione danno conto del fatto che mai si è parlato degli interventi che riguardavano l'articolo 38-bis, per il quale abbiamo evidenziato, nella discussione di questa mattina, tutte le nostre perplessità sul fatto che questo apra, di fatto, la porta ad una esternalizzazione di servizi che non porterà altro che a problemi sicuramente rilevanti, sia per quanto riguarda la garanzia dei contratti di lavoro di un certo tipo, rispetto ai giovani che ancora non trovano delle loro utili collocazioni, ma anche rispetto alla qualità dei servizi. se riteniamo che questa sia la via per andare ad assegnare attività, che attualmente sono espletate nell'ambito di quelli che sono gli incarichi assegnati con regolari contratti di lavoro, su queste associazioni che vengono definite di volontariato, ma poi è chiaro che andando a leggere puntualmente il comma 7 dell'articolo 38, di tale volontariato non sono.

Quindi noi non possiamo accordare a questa proposta di legge un voto favorevole, proprio perché riteniamo che questa sia una via surrettizia per togliere ulteriori possibilità di lavoro in attività anche di questo tipo, che sappiamo sicuramente sono attività con servizi in crescita per quanto riguarda sia il numero che la qualità degli interventi e appunto questa crescita di un'eventuale offerta lavorativa si va a cercare di gestire con situazioni di questo tipo.

Ripeto, a nostro avviso, vi è questa situazione di non correttezza sotto il profilo del metodo con il quale è stato trattato l'iter legislativo, perché questo articolo 2-bis è stato, a nostro avviso, completamente sottratto all'esame della Commissione perché di fatto la proposta viene qui presentata solamente in sede di discussione d'aula.

Quindi, per questo motivo ampiamente motivato, la nostra è una posizione negativa su questo disegno di legge, ancorché gli articoli 1 e 2 portassero delle situazioni condivise.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il consigliere Firmani. Ne ha facoltà.

FIRMANI: Grazie Presidente. Vorrei riprendere brevemente quello che ho detto nel precedente intervento e vorrei fare un ragionamento un po' comunista. Non sono d'accordo sull'impostazione socialista della Prima Repubblica di creare

lavoro pur che sia. Il volontariato può essere importante perché si riduce anche il numero di personale, quindi si riducono i costi. Se c'è il volontariato bene, vuol dire che una persona, oltre che a lavorare e pagare le tasse, dedica anche il suo tempo alla collettività e quindi riduce i costi.

Tornando un attimo indietro, se abbiamo un'azienda pubblica che gestisce dei servizi, questa azienda ha un presidente, un consiglio di amministrazione, un direttore, dei sindaci che devono poi controllare. Tutte spese aggiuntive. Se il servizio dell'azienda invece fosse inserito nell'ambito dell'amministrazione comunale o provinciale, tutte queste figure aggiuntive non servirebbero.

Poi c'è un'altra questione aggiuntiva, che le delibere del consiglio di amministrazione poi devono essere approvate dalla giunta comunale, eccetera, altra burocrazia, altra complicazione.

Quindi questa è la sfida che, secondo me, bisogna ormai lanciare, bisogna rendere semplici ed efficienti le pubbliche amministrazioni e tagliare su queste spese aggiuntive che sono inutili e non servono a nulla per i servizi. Grazie.

PRESIDENTE: Ci sono altri interventi in dichiarazione di voto? Se non ci sono altri interventi, pongo in votazione il disegno di legge n. 38.

Prego distribuire le schede per la votazione a scrutinio segreto.

(segue votazione a scrutinio segreto)

**PRÄSIDENTIN ZELGER THALER ÜBERNIMMT DEN VORSITZ
ASSUME LA PRESIDENZA LA PRESIDENTE ZELGER THALER**

PRÄSIDENTIN: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	61
Jastimmen:	46
Neinstimmen:	8
Weiße Stimmzettel:	7

Damit ist der Gesetzentwurf Nr. 38 genehmigt.

Wir kommen jetzt zurück zum Tagesordnungspunkt Nr. 1: **Gesetzentwurf Nr. 31: Änderungen zum Regionalgesetz Nr. 1 vom 14. Jänner 2000: „Durchführung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 15. Dezember 1989 Nr. 89/646 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute und zur Änderung der Richtlinie vom 12. Dezember 1977, Nr. 77/780/EWG“ (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Magnani) – Fortsetzung.**

Hier bedarf es einer Erklärung. Bei der letzten Sitzung ist im Rahmen der Stimmabgabeerklärungen bereits nach der Generaldebatte ersucht worden, dass man sich bei diesem Gesetz mit dem Einbringer auf eine Abänderung einigen könnte. Der Einbringer hat dem zugestimmt. Mittlerweile hat man sich auch auf einen Text geeinigt. Allerdings wäre es nicht mehr möglich, in dieser Phase Änderungen zuzulassen, weil es sich um einen einzigen Artikel handelt

und demzufolge wir die vereinfachte Verfahrensweise angewandt haben, wo die Generaldebatte gemeinsam mit der Artikeldebatte stattfindet.

Nachdem man hier eine Einigung gefunden hat, würde ich Folgendes vorschlagen: dass wir diesen Gesetzentwurf jetzt behandeln wie einen normalen Gesetzentwurf, d.h. wir haben die Generaldebatte bereits durchgeführt. Ich würde jetzt über den Übergang zur Artikeldebatte abstimmen lassen. Wir verlesen dann den einzigen Artikel und dazu die Abänderungen und diskutieren dann den Artikel. Dies würde ermöglichen, dass wir dem allgemeinen Einverständnis Rechnung tragen, ansonsten ist es trotz der Bereitschaft des Einbringers hier eine gemeinsam getragene Lösung zu finden, nicht mehr möglich. Wir müssten den Gesetzentwurf zurückziehen, neu einbringen, durch die Kommission gehen lassen und das würde alles erschweren.

Ist der Regionalrat mit dieser Vorgangsweise einverstanden? Wenn es keine Einwände gibt, dann nehme ich an, dass wir einverstanden sind.

Wir stimmen jetzt für den Übergang zur Artikeldebatte ab. Wer ist dafür? Dagegen? Wer enthält sich?

Bei 6 Enthaltungen und den restlichen Stimmen dafür kommen wir zum Übergang der Artikeldebatte.

Art. 1

(Änderung des Regionalgesetzes Nr. 1 vom 14. Jänner 2000)

01. Im Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a) des Regionalgesetzes vom 14. Jänner 2000, Nr. 1 werden im Absatz 1 die Worte „bzw. einem Vergleichsverfahren“ gestrichen.

1. In Artikel 7 des Regionalgesetzes Nr. 1 vom 14. Jänner 2000 werden nach dem 2. Absatz die nachstehenden Absätze eingefügt:

„2-bis. Der Verhinderungsgrund gemäß Absatz 1 Buchstabe a) liegt nicht vor, wenn der Verwaltungsrat auf der Grundlage von angemessenen Unterlagen und nach den Kriterien der Vernunft und Verhältnismäßigkeit feststellt, dass der Betroffene an den Handlungen, die zur Unternehmenskrise geführt haben, nicht beteiligt war. Im Rahmen dieser Überprüfung wird unter anderem auch berücksichtigt, ob in Bezug auf die Unternehmenskrise gegenüber dem Betroffenen keine Strafmaßnahmen im Sinne der Bestimmungen auf dem Bank- oder Finanzsektor, Verurteilungen mit auch vorläufig vollstreckbaren Urteilen zum Schadensersatz infolge einer Haftungsklage gemäß dem Zivilgesetzbuch oder Maßnahmen im Sinne des Artikels 2409 des Zivilgesetzbuches verhängt wurden.

2-ter. Sollten Situationen gemäß Absatz 1 eintreten, müssen die Betroffenen dies der Kreditanstalt, bei welcher sie Verwaltungs-, Leitungs- oder Kontrollfunktionen ausüben, unverzüglich mitteilen und zum Zwecke der Überprüfung gemäß Absatz 2-bis allenfalls mit entsprechenden Unterlagen die Nicht-Beteiligung an den Handlungen, die zur Unternehmenskrise geführt haben, beweisen. Der Verwaltungsrat trifft die entsprechende Entscheidung hinsichtlich des Vorhandenseins von Verhinderungsgründen innerhalb von 30 Tagen nach Vorlegung der Unterlagen vonseiten des Betroffenen.“

Hierzu gibt es einen Änderungsantrag, Prot. Nr. 1723, eingebracht vom Abg. Magnani und anderen:

Änderungsantrag zum Art. 1

Im Absatz 1 werden nachstehende Änderungen vorgenommen:

- a) im Absatz 2-bis werden die Worte „Der Verhinderungsgrund“ durch die Worte „Der Verhinderungsgrund für das Mitglied des Aufsichtsrates“ ersetzt. Der Satz „Im Rahmen.... verhängt wurden.“ wird durch folgenden Satz ersetzt: „Der Verhinderungsgrund liegt auf jeden Fall vor, wenn in Bezug auf die Unternehmenskrise gegenüber dem Mitglied des Aufsichtsrates Strafmaßnahmen... verhängt wurden.“
- b) im Absatz 2-ter werden die Worte „die Betroffenen“ durch die Worte „die Mitglieder des Aufsichtsrates“ ersetzt und die Worte „Verwaltungs-, Leitungs- oder“ gestrichen.

VICE PRESIDENTE:

Art. 1

(Modifica della legge regionale 14 gennaio 2000, n. 1)

01. Nel comma 1 lettera a) dell'articolo 7 della legge regionale 14 gennaio 2000, n. 1 le parole: „, a liquidazione coatta amministrativa o a concordato preventivo“ sono sostituite dalle parole: „o a liquidazione coatta amministrativa“.

1. Dopo il comma 2 dell'articolo 7 della legge regionale 14 gennaio 2000, n. 1 sono aggiunti i seguenti:

“2-bis. L'impedimento di cui al comma 1 lettera a) non opera nel caso in cui il consiglio di amministrazione valuti sulla base di adeguati elementi e secondo criteri di ragionevolezza e proporzionalità l'estraneità dell'interessato ai fatti che hanno determinato la crisi dell'impresa. Ai fini della valutazione si tiene conto, fra gli altri elementi, del fatto che, in relazione alla crisi dell'impresa, non sono stati adottati nei confronti dell'interessato provvedimenti sanzionatori ai sensi della normativa del settore bancario o finanziario, condanne con sentenze anche provvisoriamente esecutive al risarcimento dei danni in esito all'esercizio dell'azione di responsabilità ai sensi del Codice Civile, provvedimenti ai sensi dell'articolo 2409 del Codice Civile.

2-ter. Ricorrendo le situazioni di cui al comma 1, i soggetti interessati sono tenuti a darne comunicazione tempestivamente all'azienda di credito presso la quale svolgono funzioni di amministrazione, direzione o controllo, eventualmente evidenziando con idonei elementi, ai fini della valutazione di cui al comma 2-bis, la propria estraneità ai fatti che hanno determinato la crisi dell'impresa. Il consiglio d'amministrazione assume le relative determinazioni in ordine alla sussistenza delle situazioni impeditive entro trenta giorni dalla presentazione degli elementi da parte dell'interessato.”.

Emendamento prot. n. 1723, a firma dei consiglieri Magnani e altri:

- a) nel comma 2-bis le parole “L'impedimento” sono sostituite dalle parole “Nei confronti del solo sindaco, l'impedimento”, e le parole “Ai fini della valutazione si tiene conto, fra gli altri elementi, del fatto che, in relazione alla crisi dell'impresa, non sono” sono sostituite dalle parole “In ogni caso l'impedimento è operante qualora, in relazione alla crisi dell'impresa, siano”;
- b) nel comma 2-ter le parole “i soggetti interessati” sono sostituite dalle parole “i sindaci” e le parole “amministrazione, direzione o” sono soppresse.

PRÄSIDENTIN: Ich eröffne die Diskussion zum Änderungsantrag.
Bitte, Abg. Penasa.

PENASA: Intanto per ringraziare il collega Magnani, perché dal confronto che c'è stato sono state accolte le osservazioni che abbiamo posto, circoscrivendo ad una fattispecie ben delimitata questa previsione, mediante la quale non opera l'impedimento alla fattispecie della funzione di sindaco e all'elemento di concordato preventivo.

Erano quelle situazioni per le quali avevamo chiesto una particolare attenzione e quindi dichiariamo il nostro favore sulla proposta emendativa che, praticamente, riporta a quella che era stata la discussione originale di questa proposta di legge.

PRÄSIDENTIN: Bitte, Abg. Borga, Sie haben das Wort.

BORGA: Grazie Presidente. Comunico il voto favorevole del nostro gruppo. Le perplessità che avevamo evidenziato in sede di discussione, relativamente alla posizione degli amministratori, hanno trovato riscontro nell'emendamento che è stato proposto, c'è stata una limitazione quindi ai soli sindaci di questa possibilità di esclusione dell'applicazione delle sanzioni.

Inoltre è stato anche previsto, con un'ulteriore aggiunta di questa mattina, anche il fatto che in determinate fattispecie, che sono poi quelle nei casi in cui un provvedimento sanzionatorio giudiziario o da parte della competente autorità di controllo sia già stato adottato, è stata esclusa la possibilità di esclusione delle sanzioni, sulla base quindi di una valutazione discrezionale del comportamento di coloro i quali, in qualità di sindaco, hanno comunque prestato la propria opera in relazione ad imprese che poi si trovano in liquidazione coatta amministrativa o sono fallite.

Quindi con queste precisazioni che ci paiono molto stringenti, che hanno limitato e portato alla norma originaria assicuriamo il nostro voto favorevole.

PRÄSIDENTIN: Danke! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann stimmen wir über den Änderungsantrag ab. Wer ist damit einverstanden? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 5 Enthaltungen und den restlichen Jastimmen ist der Änderungsantrag genehmigt.

Gibt es Wortmeldungen zum Artikel? Ich sehe keine. Dann stimmen wir über den Artikel ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen? Wer enthält sich?

Bei 4 Enthaltungen und den restlichen Stimmen dafür ist Art. 1 genehmigt.

Gibt es Stimmabgabeerklärungen? Keine. Dann ersuche ich um die Verteilung der Stimmzettel.

Ich ersuche um den Namensaufruf.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENTIN: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende: 58
Jastimmen: 44
Weiße Stimmzettel: 12
Nichtige Stimmzettel: 2

Damit ist der Gesetzentwurf Nr. 31 genehmigt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt Nr. 3:
**Beschlussfassungsvorschlag Nr. 15: Änderungsvorschläge zur
Geschäftsordnung des Regionalrates (eingebracht vom Präsidium).**

Ich verlese den Bericht:

BERICHT

Am 5. September 2011 ist die Kommission für Geschäftsordnung zusammengetreten, um den Beschlussfassungsvorschlag Nr. 15 mit dem Titel „Änderungsvorschläge zur Geschäftsordnung des Regionalrates“, den das Präsidium am 15. Juli 2011 vorgelegt hat, zu beraten. Die Änderungsvorschläge betreffen in erster Linie die Einführung der vom Regionalgesetz vom 23. Februar 2011 Nr. 1 „Beteiligung der Räte der örtlichen Autonomien an der Gesetzgebungs- und Verwaltungstätigkeit der Region“ vorgeschriebenen Bestimmungen. In den Art. 4 und 5 des besagten Gesetzes ist nämlich vorgesehen, dass mittels Geschäftsordnung des Regionalrates die Modalitäten, Fristen und Verfahren für die Abgabe der Stellungnahmen festgelegt werden, durch die sich die Räte der örtlichen Autonomien am Gesetzgebungsprozess in Bezug auf die von Regionalratsabgeordneten eingebrachten oder auf Volksinitiative beruhenden Gesetzentwürfe beteiligen. Art. 5 schreibt zudem vor, dass die Geschäftsordnung des Regionalrates binnen hundertachtzig Tagen nach Inkrafttreten des Regionalgesetzes Nr. 1/2011 den darin enthaltenen Bestimmungen angepasst wird.

Im Laufe der Debatte äußerte die Fraktionssprecherin der Lega Nord, Frau Abg. Penasa, einige Bedenken hinsichtlich der Einführung der elektronischen Stimmabgabe, die mit Buchst. c) des Beschlussfassungsvorschlages Nr. 15 vorgesehen wird, da sich die im Landtag von Trient diesbezüglich gemachten Erfahrungen als nicht zufriedenstellend erwiesen haben. Neben der Präsidentin ergriffen auch die Abg. Klotz und Zeni im Laufe der Debatte das Wort, die sich grundsätzlich für die Einführung dieses Abstimmungsmodus aussprachen. Die Präsidentin hielt es jedoch für zweckmäßig, die mit der Einführung dieses Abstimmungsmodus verbundenen Probleme eingehender zu prüfen und erklärte, dass sie den unter Buchst. c) enthaltenen Vorschlag vorerst zurückzieht. Daraufhin erklärte Frau Abg. Penasa, dass sie die am 1. September zu dem in Behandlung stehenden Beschlussfassungsvorschlag eingebrachten Änderungsanträge mit der Protokollnummer 1620 ebenfalls zurückzieht.

Frau Abg. Klotz schlug die Neuformulierung des deutschen Wortlautes von Punkt 4) vor, der die gemeinsame Beratung des Rates der örtlichen Autonomien der Autonomen Provinz Trient und des Rates der Gemeinden der Autonomen Provinz Bozen vorsieht. Abgesehen von der sprachlichen Korrektur ergriffen zum Inhalt dieses Punktes die Präsidentin

sowie die Abg. Penasa und Abg. Chiocchetti das Wort. Die Präsidentin behielt sich vor, einen Änderungsvorschlag zu Punkt 4) auszuarbeiten.

Nach Abschluss der Debatte wurde der Beschlussfassungsvorschlag Nr. 15 zur Abstimmung gestellt und von der Kommission mehrheitlich mit 7 Jastimmen und 5 Enthaltungen genehmigt und wird nun auf die nächste Tagesordnung des Regionalrates gesetzt.

DER REGIONALRAT VON TRENTINO-SÜDTIROL

Nach Einsicht in das Regionalgesetz Nr. 1 vom 23. Februar 2011 „Beteiligung der Räte der örtlichen Autonomien an der Gesetzgebungs- und Verwaltungstätigkeit der Region“, im Besonderen nach Einsicht in die Artikel 1 (Gemeinsame Beteiligung der Räte der örtlichen Autonomien an der Gesetzgebungs- und Verwaltungstätigkeit der Region auf dem Sachgebiet der örtlichen Körperschaften), 4 (Beteiligung der Räte der örtlichen Autonomien am Gesetzgebungsprozess der Region) und 5 (Anpassung der Geschäftsordnung des Regionalrates);

Nach Einsicht in den Artikel 4 Absatz 1 Ziffer 3) sowie in die Artikel 7 und 65 des Sonderstatuts für Trentino-Südtirol betreffend die Gesetzgebungsbefugnisse der Region, für welche die Beteiligung der Räte der örtlichen Autonomien der Autonomen Provinzen Trient und Bozen an der Gesetzgebungs- und Verwaltungstätigkeit der Region vorgesehen ist und welche die Ordnung der örtlichen Körperschaften und der entsprechenden Gebietsabgrenzung, die Errichtung neuer Gemeinden und die Änderung deren Gebietsabgrenzungen und Benennungen und die allgemeinen Grundsätze über die Ordnung des Personals der Gemeinden betreffen;

Hervorgehoben, dass es nach Überprüfung der entsprechenden Möglichkeit angemessen erscheint, zusätzlich zu den im Artikel 81 der Geschäftsordnung des Regionalrates vorgesehenen Abstimmungsmodalitäten die elektronische Abstimmung hinzuzufügen, wobei die technischen Aspekte derselben mittels einer eigenen Verordnung geregelt werden sollen;

Ich mache aufmerksam, dass dieser Absatz gestrichen wurde.

Nach Einsicht in den Artikel 25 der Geschäftsordnung des Regionalrates, welcher der aus dem Fraktionsvorsitzenden und dem Präsidenten des Regionalrates zusammengesetzten Kommission für Geschäftsordnung die Aufgabe der Vorprüfung der Änderungsvorschläge zur Geschäftsordnung überträgt;

Nach Einsicht in die Artikel 1 und 2 des Regionalgesetzes Nr. 3 vom 14. April 2011 „Änderungen zum Regionalgesetz Nr. 25 vom 20. August 1952 ‚Wahl der Organe der Region und der Provinzen Trient und Bozen‘, abgeändert durch das Regionalgesetz Nr. 10 vom 23. Juni 1973“, welches der Regionalrat erst kürzlich genehmigt hat und hervorgehoben, dass die darin enthaltenden Bestimmungen in die neue Geschäftsordnung einfließen müssen;

Nach Einsicht in den Artikel 110 der Geschäftsordnung des Regionalrates, welcher den Präsidenten des Regionalrates ermächtigt, einen koordinierten Text der Geschäftsordnung zu erstellen, der die geltende Regelung und die Bestimmungen, die durch Beschlussfassungen des Rates zu einer Änderung der Geschäftsordnung führen, aufeinander abstimmt, sowie die besonderen Auswirkungen letzterer mittels Rundschreiben bekannt zu geben;

In der Sitzung vom

mit rechtsgültig abgegebenen Stimmen,
b e s c h l i e ß t

1. die nachstehend angeführten Änderungen zur Geschäftsordnung des Regionalrates zu genehmigen:

a) nach Artikel 36 wird folgender Wortlaut eingefügt:

„TITEL I-bis
RÄTE DER ÖRTLICHEN AUTONOMIEN
KAPITEL I
(Gemeinsame Beteiligung –
Modalitäten, Fristen und Verfahren)“;

b) nach Artikel 36, Kapitel I des Titels I-bis wird der nachstehende Artikel eingefügt:

„Art. 36-bis
(Gemeinsame Beteiligung der Räte der örtlichen Autonomien der Autonomen Provinzen Trient und Bozen an der Gesetzgebungstätigkeit der Region auf dem Sachgebiet der örtlichen Körperschaften)

1. Die von den Regionalratsabgeordneten eingebrachten oder auf Volksinitiative beruhenden Gesetzentwürfe betreffend die in den Artikeln 4 Absatz 1 Ziffer 3), 7 und 65 des Sonderstatuts für Trentino-Südtirol angeführten Sachgebiete werden vom Präsidenten des Regionalrates der für den Sachbereich zuständigen Kommission zugewiesen und gleichzeitig auch dem Rat der örtlichen Autonomien der Autonomen Provinz Trient und dem Rat der Gemeinden der Autonomen Provinz Bozen übermittelt.

2. Den vom Regionalausschuss vorgeschlagenen Gesetzentwürfen auf den Sachgebieten laut Absatz 1 werden die obligatorische, vom Rat der örtlichen Autonomien der Autonomen Provinz Trient und vom Rat der Gemeinden der Autonomen Provinz Bozen gemeinsam abgegebene Stellungnahme und die Begründungen des Ausschusses hinsichtlich der Annahme derselben beigelegt.

3. Der Präsident des Regionalrates kann auch eine mit der Programmierung der Arbeiten vereinbare Frist festsetzen, innerhalb der der Rat der örtlichen Autonomien der Autonomen Provinz Trient und der Rat der Gemeinden der Autonomen Provinz Bozen der zuständigen Kommission gemeinsame Stellungnahmen vorlegen können.

4. Die für den Sachbereich zuständige Kommission treibt zu den in Absatz 1 genannten Gesetzentwürfen in der Regel die gemeinsame Beratung mit dem Rat der örtlichen Autonomien der Autonomen Provinz Trient und mit dem Rat der Gemeinden der Autonomen Provinz Bozen voran. Im Bericht der Kommission werden die Abschnitte der gemeinsam mit den genannten Räten durchgeführten Beratung angeführt. Dem Bericht können die eventuellen vom Rat der örtlichen Autonomien der Autonomen Provinz Trient und vom Rat der Gemeinden der Autonomen Provinz Bozen gemeinsam vorgebrachten schriftlichen Bemerkungen beigelegt werden.

5. Der Präsident des Regionalrates übermittelt dem Rat der örtlichen Autonomien der Autonomen Provinz Trient und dem Rat der Gemeinden der Autonomen Provinz Bozen den Text der von der Kommission ausgearbeiteten Gesetzentwürfe zu den in Absatz 1 angeführten Sachgebieten. Er kann auch eine mit der Programmierung der Arbeiten vereinbare Frist festsetzen, innerhalb

der der Rat der örtlichen Autonomien der Autonomen Provinz Trient und der Rat der Gemeinden der Autonomen Provinz Bozen gemeinsam schriftliche Bemerkungen an den Präsidenten des Regionalrates übermitteln können, der diese an alle Abgeordneten weiterleitet.

6. Der Präsident des Regionalrates übermittelt dem Rat der örtlichen Autonomien der autonomen Provinz Trient und dem Rat der Gemeinden der autonomen Provinz Bozen außerdem andere im Regionalrat hinterlegte Akte, welche er für genannte Räte von Interesse erachtet. Zu genannten Akten können die Räte dem Präsidenten des Regionalrates gemeinsame Bemerkungen übermitteln, welche dieser an alle Abgeordneten weiterleitet.“;

c) aufgehoben.

2. die Präsidentin des Regionalrates zu ermächtigen, den koordinierten Text der Geschäftsordnung des Regionalrates zu erstellen, um die geltende Regelung und die Bestimmungen, die in diesem Beschlussfassungsvorschlag und in den Artikeln 1 (Vertretung der politischen Minderheit im Präsidium) und 2 (Präsidialsekretäre) sowie (Verfall eines Präsidiumsmitglieds, das in Vertretung der politischen Minderheit gewählt wurde) des Regionalgesetzes Nr. 3 vom 14. April 2011 „Änderungen zum Regionalgesetz Nr. 25 vom 20. August 1952 ‚Wahl der Organe der Region und der Provinzen Trient und Bozen‘, abgeändert durch das Regionalgesetz Nr. 10 vom 23. Juni 1973“ enthalten sind, aufeinander abzustimmen.

VICE PRESIDENTE:

PROPOSTA DI DELIBERA N. 15

RELAZIONE DELLA COMMISSIONE PER IL REGOLAMENTO INTERNO

In data 5 settembre u.s. si è riunita la Commissione per il regolamento interno per esaminare il proposta di delibera n. 15 inerente modifiche al Regolamento interno del Consiglio regionale, presentata dall'Ufficio di Presidenza in data 15 luglio 2011. Le modifiche riguardano in primis l'introduzione della disciplina richiesta dalla legge regionale 23 febbraio 2011, n. 1 relativa alla partecipazione dei Consigli delle autonomie locali all'attività legislativa e amministrativa della Regione. In particolar modo gli articoli 4 e 5 della citata legge regionale prevedono che vengano inserite nel Regolamento interno del Consiglio regionale la disciplina, le modalità e le procedure mediante le quali i Consigli delle autonomie locali partecipano all'iter di formazione delle leggi d'iniziativa consiliare o popolare nelle materie previste nella medesima legge. L'articolo 5 in particolare prevede che il Regolamento interno venga adeguato alla disposizione della legge regionale n. 1/2011 entro 180 giorni dall'entrata in vigore della legge stessa.

Nel corso del dibattito la capogruppo del gruppo Lega Nord consigliera Penasa ha sollevato qualche posizione critica in merito all'introduzione del voto elettronico previsto in aggiunta alla lettera c) della proposta di delibera n. 15 con riferimento alle esperienze in atto presso il Consiglio provinciale di Trento. Nel dibattito intervengono oltre alla Presidente la consigliera Klotz e il consigliere Zeni che in linea di massima si esprimono in modo favorevole ad una futura introduzione di tale modalità di voto. La Presidente peraltro ritiene opportuno approfondire la problematica legata a tale introduzione e dichiara di ritirare dalla proposta in esame la suindicata lettera c). Conseguentemente la consigliera Penasa annuncia di ritirare taluni

emendamenti depositati con nota prot. n. 1620 del 1° settembre u.s. in vista degli odierni lavori all'interno della Commissione per il regolamento interno.

La consigliera Klotz solleva l'esigenza di riformulare nel testo di lingua tedesca il punto n. 4 nella parte in cui prevede la consultazione congiunta dei Consigli delle autonomie locali della Provincia di Trento e del Consiglio dei Comuni della Provincia di Bolzano. In merito a tale questione che pare superare l'esigenza di apporre un correttivo prettamente linguistico intervengono oltre alla Presidente i consiglieri Penasa e Chiocchetti. La Presidente si riserva di elaborare un'eventuale proposta emendativa al punto n. 4.

Esaurito il dibattito la Commissione accoglie favorevolmente a maggioranza con 7 voti a favore e 5 astenuti la proposta di delibera n. 15 che verrà posta all'ordine del giorno per la prossima seduta del Consiglio regionale.

IL CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTO-ALTO ADIGE

Vista la legge regionale 23 febbraio 2011, n. 1 "Partecipazione dei Consigli delle autonomie locali all'attività legislativa e amministrativa della Regione" e, in particolare, gli articoli 1 (*Partecipazione congiunta dei Consigli delle autonomie locali all'attività legislativa e amministrativa regionale in materia di enti locali*), 4 (*Partecipazione dei Consigli delle autonomie locali all'iter di formazione delle leggi regionali*) e 5 (*Adeguamento del Regolamento interno del Consiglio regionale*);

Visto l'articolo 4, comma 1, punto 3), e gli articoli 7 e 65 dello Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige riguardanti le competenze legislative della Regione per le quali è prevista la partecipazione dei Consigli delle autonomie locali delle Province autonome di Trento e di Bolzano all'attività legislativa e amministrativa della Regione stessa, che rispettivamente concernono l'ordinamento degli enti locali e delle relative circoscrizioni, l'istituzione di nuovi Comuni e la modifica delle loro circoscrizioni e denominazioni e i principi generali sull'ordinamento del personale dei Comuni;

Abrogato.

Visto l'articolo 25 del Regolamento interno del Consiglio regionale che attribuisce alla Commissione del Regolamento interno, formata dai Capigruppo consiliari e dal Presidente del Consiglio che la presiede, il compito dell'esame preventivo delle proposte di modifica del Regolamento stesso;

Visti gli articoli 1 e 2 della legge regionale 14 aprile 2011, n. 3 "Modifiche alla legge regionale 20 agosto 1952, n. 25 'Elezione degli organi della Regione e delle Province di Trento e Bolzano', modificata dalla legge regionale 23 luglio 1973, n. 10", di recente approvazione da parte del Consiglio, e considerato che le norme in essi previste devono essere incluse nella stesura del nuovo Regolamento interno;

Visto l'articolo 110 del Regolamento interno del Consiglio regionale che autorizza il Presidente a predisporre un testo coordinato del Regolamento interno che provveda ad armonizzare la vigente regolamentazione con le disposizioni contenute nelle deliberazioni consiliari di modifica dello stesso, nonché a comunicare, tramite circolare, le specifiche modalità operative;

Nella seduta del,
a di voti legalmente espressi,

d e l i b e r a

1. di approvare le seguenti modifiche al Regolamento interno del Consiglio regionale:

a) dopo l'articolo 36, sono inseriti i seguenti:

**“TITOLO I-bis
CONSIGLI DELLE AUTONOMIE LOCALI**

CAPO I

*(Partecipazione congiunta -
Modalità, termini e procedure)”;*

b) dopo l'articolo 36, nel Capo I del Titolo I-bis è inserito il seguente:

“Art. 36-bis

(Partecipazione congiunta dei Consigli delle autonomie locali delle Province autonome di Trento e di Bolzano all'attività legislativa della Regione in materia di enti locali)

1. I disegni di legge riguardanti le materie di cui agli articoli 4, comma 1, punto 3), 7 e 65 dello Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, di iniziativa consiliare o popolare, contestualmente all'assegnazione alla commissione competente per materia, sono inviati, a cura del Presidente del Consiglio regionale, al Consiglio delle autonomie locali della Provincia autonoma di Trento e al Consiglio dei Comuni della Provincia autonoma di Bolzano.

2. Nelle materie di cui al comma 1, i disegni di legge di iniziativa della Giunta sono accompagnati dal parere obbligatorio formulato congiuntamente dal Consiglio delle autonomie locali della Provincia autonoma di Trento e dal Consiglio dei Comuni della Provincia autonoma di Bolzano e dalle motivazioni della Giunta in merito al suo recepimento.

3. Il Presidente del Consiglio può anche stabilire un termine, compatibile con la programmazione dei lavori, entro il quale il Consiglio delle autonomie locali della Provincia autonoma di Trento e il Consiglio dei Comuni della Provincia autonoma di Bolzano possono presentare congiuntamente pareri alla commissione competente.

4. Sui disegni di legge di cui al comma 1 la commissione competente per materia promuove, in via ordinaria, la consultazione congiunta con il Consiglio delle autonomie locali della Provincia autonoma di Trento e con il Consiglio dei Comuni della Provincia autonoma di Bolzano. La relazione della commissione riporta i passaggi istruttori svolti congiuntamente con i Consigli medesimi. Alla stessa relazione possono essere allegate le eventuali osservazioni scritte presentate congiuntamente dal Consiglio delle autonomie locali della Provincia autonoma di Trento e dal Consiglio dei Comuni della Provincia autonoma di Bolzano.

5. Il Presidente del Consiglio invia al Consiglio delle autonomie locali della Provincia autonoma di Trento e al Consiglio dei Comuni della Provincia autonoma di Bolzano i testi dei disegni di legge elaborati dalla Commissione riguardanti le materie di cui al comma 1. Può anche stabilire un termine, compatibile con la programmazione dei lavori, entro il quale il Consiglio delle autonomie locali della Provincia autonoma di Trento e il Consiglio dei Comuni della Provincia autonoma di Bolzano possono presentare congiuntamente osservazioni scritte al Presidente del Consiglio che le invia a tutti i Consiglieri.

6. Il Presidente del Consiglio invia inoltre al Consiglio delle autonomie locali della Provincia autonoma di Trento e al Consiglio dei Comuni della Provincia autonoma di Bolzano altri atti depositati in Consiglio che ritiene di interesse rilevante per i medesimi. Su tali atti gli stessi Consigli possono presentare congiuntamente osservazioni al Presidente del Consiglio che le invia a tutti i Consiglieri.”;

c) abrogata.

2. di autorizzare la Presidente del Consiglio regionale a predisporre il testo coordinato del Regolamento interno del Consiglio regionale per armonizzare la vigente regolamentazione con le disposizioni contenute nella presente deliberazione e con quelle contenute negli articoli 1 (*Rappresentanza della minoranza politica nell'Ufficio di Presidenza*) e 2 (*Segretari questori*) e (*Decadenza del componente dell'Ufficio di Presidenza eletto in rappresentanza della minoranza politica*) della legge regionale 14 aprile 2011, n. 3 “Modifiche alla legge regionale 20 agosto 1952, n. 25 ‘Elezione degli organi della Regione e delle Province di Trento e Bolzano’, modificata dalla legge regionale 23 luglio 1973, n. 10”.

PRÄSIDENTIN: Dazu vielleicht eine kurze Erklärung. Es handelt sich bei dieser Änderung der Geschäftsordnung einzig und allein um das, was uns im Gesetz zu den örtlichen Autonomien bereits vorgeschrieben wurde.

Zum Absatz 4, wo in der Kommission eine sprachliche Änderung vorgeschlagen wurde, haben wir uns darauf geeinigt, dass wir sagen: „4. Die für den Sachbereich zuständige Kommission berät die in Absatz 1 genannten Gesetzentwürfen in der Regel mit dem Rat der örtlichen Autonomien....“, anstatt zu sagen „...treibt...die gemeinsame Beratung...voran“. Das klingt im Deutschen sprachlich besser.

Ich eröffne dazu die Debatte. Ich mache aufmerksam, dass für jede Ratsfraktion nur ein Abgeordneter für höchstens 10 Minuten das Wort ergreifen kann.

Bitte, Abg. Penasa.

PENASA: Grazie Presidente. Intanto ringrazio la Presidente della Commissione per aver accolto le nostre perplessità, per quanto riguardava l’inserimento del comma c), dove praticamente si interveniva sul sistema di votazione, per il quale noi avevamo chiesto di inserire delle previsioni a difesa di alcuni diritti che vanno evidentemente garantiti anche come modalità di voto ai consiglieri, situazioni che purtroppo, per quanto riguarda il Consiglio provinciale di Trento, con l’adozione del nuovo sistema di votazione elettronico, noi riteniamo non siano più garantiti. Parlo del voto segreto che, non avvenendo più con il deposito nell’urna della scheda, di fatto non dà garanzia di segretezza, in quanto qualsiasi procedimento di tipo elettronico comunque è verificabile, poi sta ai metodi di procedura, ai metodi di conservazione degli archivi e quant’altro, però la verità è che quel tipo di procedura non assicura la segretezza del voto.

Avevamo poi inoltrato perplessità per quanto riguardava la votazione per appello nominale, anche qui riteniamo che questa votazione non si poteva riassumere in una semplice indicazione sul cartellone che dava conto sia della postazione che di chi ha votato, ma l’appello nominale per sé stesso, lo dice

proprio la parola, vuol dire che il consigliere deve essere chiamato per nome e deve far seguire a questo suo appello la dichiarazione di voto.

Quindi ringrazio la Presidente e la Commissione, perché mi sembra che abbiamo condiviso la necessità di inserire, fin dal primo momento, degli elementi di tutela maggiore e quindi appunto questo comma c) è stato abrogato.

Presidente, lei in questo momento ha dato un'informazione a riguardo del comma 4, perché mi pare di comprendere che si propone che sul disegno di legge di cui al comma 1, la commissione competente per materia promuove, in via ordinaria, la consultazione congiunta con il Consiglio delle autonomie locali della Provincia autonoma di Trento e con il Consiglio dei Comuni della Provincia autonoma di Bolzano.

Ebbene, quando è stata portata in aula questa discussione, si è a lungo argomentato ed anche con la proposizione di alcuni emendamenti si è raggiunto quell'obiettivo di mantenere una valutazione congiunta su quelli che erano quei disegni di legge che andavano a regolamentare materie, la cui competenza riguarda i Comuni e quindi di non porre ulteriori differenziazioni fra i Comuni della Provincia di Trento e i Comuni della Provincia di Bolzano, proprio nel momento in cui, di fatto, l'ordinamento poneva in capo all'ente Regione questa proposta.

Adesso lei, Presidente, mi pare che ha esposto nella versione in lingua tedesca il comma 4 che va a definire che sui disegni di legge di cui al comma 1, la Commissione competente per materia si consulta congiuntamente con il Consiglio delle autonomie locali.

Allora chiederei, e sono d'accordo su questa proposta, di riproporre anche sul testo italiano lo stesso tipo di formulazione, in quanto attualmente, dopo la virgola, viene posto l'avverbio "in via ordinaria" e questo potrebbe far pensare che c'è anche una via non ordinaria, quindi una via straordinaria. Mentre invece questa richiesta che è stata avanzata dalla collega Klotz, per quanto riguarda la formulazione in lingua tedesca, concordo che è molto più chiara e questa variazione può essere apportata a tutte e due le formulazioni, perché danno conto di una maggiore chiarezza.

PRÄSIDENTIN: Vielleicht eine Klärung: „in via ordinaria“ in tedesco vuole dire „in der Regel“ e quello è rimasto. Quello che noi abbiamo cambiato è solo dove in italiano c'è scritto "promuove" e in tedesco era tradotto con la parola "treibt" che non andava bene. Quindi abbiamo cambiato solo quella parola.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Gibt es Stimmabgabeerklärungen? Keine. Dann stimmen wir über diesen Beschlussfassungsvorschlag ab. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Mit 2 Gegenstimmen, 3 Enthaltungen und den restlichen Stimmen dafür ist diese Beschlussvorlage genehmigt.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt Nr. 4: **Gesetzentwurf Nr. 28: Änderungen zur Personaldienstordnung der Gemeindeverwaltungen (eingebracht vom Regionalausschuss).**

Ich erteile dem Erstunterzeichner das Wort zur Verlesung des Berichtes.

BIZZO:

RELAZIONE al disegno di legge n. 28

Il presente disegno di legge – suddiviso in 4 capi per ventuno articoli complessivi - è diretto in primo luogo (**Capo I**) a recepire le disposizioni di principio contenute nella legge 4 marzo 2009 n. 15 *“Delega al governo finalizzata all’ottimizzazione della produttività del lavoro pubblico e alla efficienza e trasparenza delle pubbliche amministrazioni nonché disposizioni integrative delle funzioni attribuite al Consiglio nazionale dell’economia e del lavoro e alla Corte dei conti”*, adeguando l’ordinamento del personale dei comuni della regione Trentino-Alto Adige ai nuovi principi e criteri organizzativi della pubblica amministrazione (introdotti dalla L 15/2009 e poi sviluppati nelle disposizioni previste dal decreto legislativo 27 ottobre 2009 n. 150 *“Attuazione della legge 4 marzo 2009, n. 15, in materia di ottimizzazione della produttività del lavoro pubblico e di efficienza e trasparenza delle pubbliche amministrazioni”*): trasparenza, qualità, efficienza, merito, premialità e responsabilizzazione dei dirigenti.

Il **Capo II** introduce disposizioni per promuovere la parificazione dei generi negli enti locali, riprendendo in parte i contenuti della recente legge della provincia autonoma di Bolzano 8 marzo 2010 n. 5.

Il **Capo III** si occupa di segretari comunali, disciplinando innanzitutto la classificazione delle sedi segretarili delle nuove comunità istituite dalla legge provinciale di Trento 16 giugno 2006 n. 3. Seguono modifiche alla disciplina sui concorsi e sulla supplenza e reggenza delle sedi segretariali. Viene infine introdotta una forma innovativa di convenzione temporanea in alternativa alla tradizionale supplenza.

Il **Capo IV** regola la successione di norme nel tempo, detta norme transitorie, differenzia il momento dell’entrata in vigore di talune disposizioni del disegno di legge e stabilisce tempi e modi di adeguamento dei regolamenti e degli atti comunali.

Di seguito si procederà a una breve illustrazione delle singole modifiche normative proposte.

Il **Capo I**, come già accennato, innova la disciplina sul personale dei comuni per dare attuazione anche nell’ordinamento degli enti locali della regione ai principi di valorizzazione della trasparenza, del merito e della produttività del lavoro pubblico previsti dalla L 15/2009.

L’**articolo 1** si compone di ben 28 lettere (a – gg) che raccolgono una serie di modifiche all’articolo 18 della legge regionale 23 ottobre 1998 n. 10. L’ordine seguito non è di tipo sistematico-contenutistico ma risponde ai dettami della tecnica legislativa.

- La **lettera a)** attribuisce in via esclusiva le determinazioni per l’organizzazione degli uffici e dei rapporti di lavoro agli organi preposti alla gestione, ossia ai dirigenti, segretari comunali, responsabili dei servizi, salvo che lo statuto comunale non attribuisca competenze gestionali agli organi politici ai sensi dell’articolo 4 della legge regionale 4 gennaio 1993 n. 1, come modificato dalla legge regionale 22 dicembre 2004 n. 7. La materia attinente all’organizzazione degli uffici viene dunque integralmente sottratta alla contrattazione collettiva e disciplinata dalla legge, da regolamenti o atti amministrativi del comune. Gli organi preposti alla gestione dovranno operare

per la realizzazione degli obiettivi amministrativi fissati dalla giunta comunale con il piano esecutivo di gestione o con altro atto di indirizzo.

- La **lettera b)** inverte la riserva generale in favore della contrattazione collettiva che era stata introdotta negli anni '90 con la contrattualizzazione dei rapporti di lavoro alle dipendenze delle pubbliche amministrazioni. Solo se – e nella misura in cui – la legge regionale lo consenta espressamente, i contratti collettivi potranno introdurre una disciplina diversa. Restano attribuite all'ambito contrattuale le materie previste dalla successiva lettera c) che aggiunge il comma 6-*bis* all'articolo 18 della LR 10/1998.
- La **lettera c)** attribuisce/riserva alla contrattazione collettiva (di livello provinciale, nel nostro caso) la determinazione dei diritti e degli obblighi pertinenti al rapporto di lavoro.
- La **lettera d)** si occupa di mobilità di personale per passaggio diretto da un'amministrazione all'altra. Nel merito può essere ricondotta alle disposizioni in materia di trasparenza, dal momento che esplicita l'obbligo di rendere pubbliche le disponibilità di posti in organico che si intendono ricoprire attraverso il ricorso all'istituto della mobilità per passaggio diretto.
- La **lettera e)** riserva alle fonti normative del comune la disciplina sulla riammissione in servizio del personale dipendente, subordinando espressamente tale possibilità alla sussistenza di un interesse per l'amministrazione. Conseguentemente viene abrogato (con l'articolo 19 del DDL) l'articolo 32 della legge regionale 5 marzo 1993 n. 4 che rinviava alla disciplina recata dal DPR 10 gennaio 1957 n. 3 e s.m.
- La **lettera f)** applica il principio di separazione funzionale tra potere politico di indirizzo e potere dirigenziale di gestione riportando in via generale la competenza ad approvare la graduatoria di concorso in capo al dirigente individuato dall'ente. Rimane ferma la possibilità prevista dall'articolo 4 della LR 1/1993 che lo statuto dei comuni privi di figure dirigenziali oltre al segretario comunale, attribuisca competenze gestionali al sindaco, agli assessori o alla giunta.
- La **lettera g)** adegua di conseguenza il riferimento all'atto (provvedimentale in quanto conclusivo di un procedimento o di una sua fase) di natura gestionale, che non sarà più una delibera di giunta, salvo espressa opzione statutaria in favore della forma di governo dell'ente che attribuisce competenze gestionali agli organi politici, secondo quanto ribadito nell'illustrare la lettera precedente.
- La **lettera h)** adegua un rinvio tenuto conto della soppressione dei collegi arbitrali che viene disposta con l'abrogazione (ved. articolo 19 comma 1 lettera b del DDL) dei commi 54, 55 e 56 dell'articolo 18 della LR 10/1998.
- Le **lettere i), l), m), n) e o)** recepiscono i principi e i criteri in materia di sanzioni disciplinari di cui all'articolo 7 della L 15/2009. In particolare, la **lettera i)** subordina la sottoscrizione dei contratti collettivi al recepimento delle disposizioni in materia disciplinare contenute nel suddetto articolo 7 nonché alla previsione dell'equipollenza fra l'affissione del codice disciplinare all'ingresso della sede di lavoro e la sua pubblicazione nel sito internet dell'ente. La **lettera l)** unifica la competenza a irrogare (tutte) le sanzioni disciplinari in capo al dirigente individuato dall'ente, mentre finora le sanzioni più gravi del rimprovero verbale erano di competenza della giunta. Come già detto per le lettere a) e f) resta salva la possibilità per lo statuto comunale, nei comuni fino a diecimila abitanti, di operare una diversa scelta circa il

modello di governo dell'ente, con l'attribuzione agli organi politici di competenze gestionali. La **lettera m)** è un'immediata conseguenza della lettera precedente e riafferma la competenza in termini generali del dirigente a decidere sulla irrogazione della sanzione disciplinare al termine del procedimento (contestazione dell'addebito al dipendente, istruttoria, formulazione della proposta e infine trasmissione degli atti – il tutto a cura della struttura competente – al segretario o al dirigente). Il secondo periodo si occupa dei comuni che siano privi di apposita struttura competente per l'istruttoria dei procedimenti disciplinari. La soluzione individuata è quella di concentrare anche le competenze istruttorie-procedimentali in materia disciplinare in capo al segretario comunale o al responsabile competente a irrogare la sanzione. Le **lettere n) e o)** riguardano i rapporti tra procedimento disciplinare e procedimento penale che saranno regolati alla stregua dell'articolo 55-ter del decreto legislativo 30 marzo 2001 n. 165 e s.m. salvo il caso di condanna disciplinare seguita da sentenza irrevocabile di assoluzione in sede penale. Il comma 2 dell'articolo 55-ter si limita a prevedere la semplice facoltà per il dipendente, entro il termine di decadenza di sei mesi, di richiedere la riapertura del procedimento disciplinare, considerato l'esito di quello penale. La lettera o) dell'articolo 1 del DDL invece dispone la "riapertura" d'ufficio del procedimento disciplinare.

- La **lettera p)** e le successive **lettere r) e s)** modificano in parte la disciplina in materia di deroghe al principio di esclusività delle prestazioni di lavoro in favore della pubblica amministrazione allineandosi (per quanto riguarda i dipendenti a tempo pieno o a tempo parziale con orario superiore al 50% dell'orario a tempo pieno) a quanto previsto dalla normativa sia della Provincia di Trento che di quella di Bolzano per i rispettivi dipendenti. Viene infatti espressamente prevista la possibilità di esercitare saltuariamente attività lucrative, comprese le attività agricole. Per il personale con rapporto di lavoro a tempo parziale con orario non superiore al 50% dell'orario a tempo pieno vengono ora espressamente indicate le attività compatibili, attualmente comunque già consentite per effetto del rinvio alla normativa statale. L'attività lucrativa deve in ogni caso (a prescindere dal tempo pieno o parziale): essere previamente autorizzata; svolgersi al di fuori dell'orario di lavoro nella p.a.; non influire sulla regolarità del servizio, rispettivamente non arrecare pregiudizio alle esigenze del servizio stesso; non essere effettuata utilizzando le strutture e i mezzi dell'ente. L'elemento fondamentale che differenzia il caso del dipendente a tempo pieno (lettera p) da quello a tempo parziale non superiore al 50% (lettera r) concerne la natura dell'attività: nel primo caso l'attività lucrativa dovrà essere saltuaria, mentre nel secondo potrà anche consistere in prestazioni continuative di lavoro autonomo o subordinato. Inoltre nel caso del dipendente a tempo pieno (o parziale superiore al 50%) viene fissato un limite massimo ai compensi e proventi percepiti complessivamente, nella misura del 30 per cento rispetto al trattamento economico fisso e continuativo complessivo in godimento spettante al dipendente autorizzato. Il limite non si applica tuttavia agli incarichi e alle attività in essere, ma solo a quelle autorizzate a decorrere dal 1° luglio 2011. Va infine sottolineato che, nel caso del tempo parziale l'ente può sempre negare l'autorizzazione a patto di offrire, entro un congruo termine, un impiego a tempo pieno (lettera r).

- La **lettera q)** fa divieto agli enti - per cinque anni - di conferire incarichi agli ex dipendenti collocati in pensione di anzianità.
- La **lettera t)** ribadisce i livelli (livello provinciale e livello decentrato) e il perimetro dell'area coperta dalla contrattazione collettiva: la determinazione dei diritti e degli obblighi inerenti al rapporto di lavoro; le materie relative alle relazioni sindacali. Ulteriori compiti particolari possono essere affidati alla contrattazione collettiva solo dalla legge regionale. La disposizione va letta unitamente alla lettera c), alla lettera b) che rovescia l'impostazione precedente (riserva generale in favore della contrattazione collettiva) e alla lettera a) che attribuisce in via esclusiva le determinazioni per l'organizzazione degli uffici e dei rapporti di lavoro agli organi preposti alla gestione.
- La **lettera u)** sopprime un rinvio a norme ormai abrogate
- La **lettera v)** introduce un ulteriore elemento di garanzia circa la sostenibilità economica – sotto il profilo della compatibilità con i vincoli di bilancio e dunque con il rispetto del patto di stabilità – degli accordi decentrati, subordinandone la sottoscrizione al previo esame dell'organo di revisione. L'ultimo capoverso prevede un termine (sollecitatorio) di 5 giorni a decorrere dalla data di sottoscrizione, per l'invio degli accordi decentrati all'Agenzia provinciale per la contrattazione. La finalità della norma è di mettere l'Agenzia nelle condizioni di poter esercitare sollecitamente il controllo circa il rispetto degli ambiti di contrattazione.
- La **lettera z)** dispone la medesima durata sia per la parte economica che normativa del contratto collettivo degli enti locali. La durata è triennale, fatta salva comunque la possibilità per la contrattazione collettiva provinciale di stabilirne una diversa.
- La **lettera aa)** affronta il tema delicato della rappresentatività sindacale e della composizione delle delegazioni trattanti. La materia è stata oggetto di modifiche recenti a livello nazionale, tanto nel settore privato come in quello pubblico. La scelta operata dal DDL è estremamente rispettosa dell'autonomia delle parti e prevede che la rappresentatività e la composizione delle delegazioni sindacali possano essere (ri)disciplinate in sede contrattuale.
- La **lettera bb)** introduce una serie di disposizioni di fondamentale importanza in tema di poteri – e responsabilità - dirigenziali, qui in particolare declinati sotto il profilo della competenza ad attribuire i trattamenti economici accessori (compresi i compensi di produttività) e con l'affermazione della correlativa responsabilità dirigenziale, con particolare riferimento alla verifica della produttività del personale e alla esecuzione di quanto previsto dalle disposizioni regionali e dagli atti consiliari in materia di trasparenza.
 Il nuovo comma 100-ter dell'articolo 18 della LR 10/1998 evidenzia la complementarità del corretto esercizio dei poteri dirigenziali valutativi e di controllo in relazione alla valutazione sui dirigenti stessi e della conseguente erogazione (o non erogazione) della retribuzione di risultato. Ove sia mancato totalmente l'esercizio dei poteri valutativi dirigenziali sotto il profilo della (mancata) attivazione delle relative procedure, la retribuzione di risultato non potrà essere erogata e rimarrà sospesa fino al completamento delle procedure stesse.
 Le nuove figure di responsabilità dirigenziale esplicitamente affermate dal comma 100-quater potrebbero essere ricavate già in via sistematica dal

complesso impianto dei principi-criteri animatori della riforma, a partire dall'affermazione del principio-guida di valenza generale (nuovo comma 2-*bis* dell'articolo 18 LR 10/1998) secondo il quale il dirigente opera con la capacità e i poteri del privato datore di lavoro (codice civile articoli 2086 e 2104). Tuttavia i singoli aspetti della responsabilità dirigenziale vengono qui esplicitati e ribaditi uno ad uno: a) responsabilità per mancata segnalazione dei comportamenti di rilievo disciplinare del personale assegnato alle proprie strutture (indefettibile conseguenza dell'attribuzione ai dirigenti della competenza in materia disciplinare in base alle modifiche apportate ai commi 49 e 50 dell'articolo 18 LR 10/1998); b) responsabilità per omessa vigilanza sulla produttività e sull'efficienza della propria struttura; c) responsabilità per omessa vigilanza sul rispetto degli obblighi previsti dal codice di comportamento e dalle norme in materia di incompatibilità. L'accertamento di un inadempimento del dirigente in (ciascuno di) questi casi può comportare la mancata attribuzione (di una parte) della retribuzione di risultato, in termini proporzionali alla gravità delle inadempienze. L'enfasi posta sugli aspetti della responsabilità dei dirigenti degli enti locali trova fondamento nella natura pubblicistica delle funzioni esercitate dai dirigenti.

- La **lettera cc)** consente ai dirigenti e ai titolari di incarichi direttivi (limitatamente in questo ultimo caso ai comuni privi di figure dirigenziali), di delegare taluni atti rientranti nella loro competenza, definendo altresì i limiti temporali (...*per periodi di tempo determinato...*) i presupposti organizzativi (...*per specifiche e comprovate ragioni di servizio...*) l'estensione "materiale" (...*alcuni atti...* e dunque non la generalità di essi né, si ritiene, intere categorie di atti) e i requisiti che devono sussistere in capo al delegato (deve trattarsi di dipendenti del rispettivo servizio e limitatamente ai dipendenti che ricoprano le posizioni funzionali più elevate, con riferimento alla situazione in concreto).
- La **lettera dd)** aggiorna un riferimento normativo alle intervenute abrogazioni e sostituzioni di disposizioni nazionali.
- La **lettera ee)** ridefinisce e chiarisce la materia dei contratti a tempo determinato con soggetti esterni all'ente per gli incarichi dirigenziali e di direzione per gli enti in cui sia prevista la dirigenza e negli altri enti locali. In ogni caso i contratti possono essere stipulati (con le modalità ed i limiti previsti dal regolamento sull'ordinamento degli uffici e dei servizi) solo per la copertura di posti (dirigenziali o direttivi) previsti nella dotazione organica e solo con persone di particolare e comprovata qualificazione professionale, non rinvenibile nei ruoli dell'amministrazione comunale. Non è più prevista la facoltà di concedere l'integrazione del trattamento economico con un'indennità *ad personam*.
- La **lettera ff)** chiarisce che ai collaboratori assunti con contratto a tempo determinato si applicano i contratti collettivi di livello provinciale.
- La **lettera gg)** chiarisce che la risoluzione del rapporto di impiego scatta anche nell'ipotesi di affidamento di un incarico di direzione presso un'amministrazione diversa da quella di appartenenza.

L'**articolo 2** disciplina le modalità per la misurazione e la valutazione dei risultati dell'organizzazione e dei responsabili delle strutture, anche mediante forme di verifica del grado di soddisfazione dell'utenza. In particolare viene riservata all'autonomia normativa del comune la disciplina di un organismo

indipendente di valutazione con il compito di verificare i risultati organizzativi raggiunti e di supportare la giunta nella valutazione del segretario comunale e del personale con incarico dirigenziale o direttivo.

L'abrogazione dei controlli di legittimità ad opera delle giunte provinciali a seguito della riforma del Titolo V della Costituzione ha rappresentato il riconoscimento dell'autonomia e della piena dignità istituzionale dei comuni. L'ordinamento ha previsto, oltre al controllo dei revisori contabili, una forma di revisione interna (cosiddetto controllo di gestione) volta a garantire l'efficacia, l'efficienza e l'economicità di procedure ed attività amministrative e la loro rispondenza agli strumenti di pianificazione. L'**articolo 3** del disegno di legge consente agli statuti comunali di affidare al Consorzio dei Comuni della rispettiva provincia il servizio di supporto, di controllo e di revisione dell'attività amministrativa. Saranno lo stesso statuto e la convenzione stipulata con il Consorzio dei Comuni a definire tempi e modi dell'attività di supporto e revisione, in particolare per quanto attiene alle possibilità di attivare il controllo su richiesta di un certo numero di consiglieri, disincentivando in tal modo il ricorso al contenzioso amministrativo.

La disposizione recata dall'**articolo 4** rappresenta l'espressione del principio di trasparenza, declinato nei diversi aspetti dell'attività amministrativa degli enti locali. Tale norma rende chiaro altresì che la trasparenza, oltre a costituire un principio che di per sé deve ispirare l'attività delle pubbliche amministrazioni, ha inoltre natura strumentale per la verifica del rispetto di ulteriori principi e valori ai quali l'attività degli enti locali (e l'attività della pubblica amministrazione in generale) deve costituzionalmente essere indirizzata: buon andamento, democraticità, eguaglianza e non discriminazione. La norma rimette all'autonomia regolamentare dei comuni l'individuazione in concreto degli oggetti e dei risultati dell'attività amministrativa dell'ente dei quali deve essere assicurata la conoscibilità all'esterno. L'elencazione degli elementi deve considerarsi inderogabile ma non esaustiva, nel senso che i comuni potranno ampliarne ulteriormente l'ambito applicativo.

Rispetto agli elementi elencati, i comuni con propri atti dovranno individuare facendo ricorso ad appositi strumenti di informazione elettronica:

- gli indicatori di performance gestionale;
- i risultati dell'attività di misurazione della soddisfazione dei cittadini e degli utenti;
- il tasso di utilizzazione delle strutture e risorse in rapporto al perseguimento delle finalità istituzionali dell'ente;
- i risultati dell'attività di valutazione e misurazione effettuata.

In particolare si impone ai comuni l'elaborazione e la comunicazione in forma disaggregata e specifica degli elementi relativi alla retribuzione del segretario comunale e dei dipendenti con incarico dirigenziale e dei dati sulle assenze del personale.

La disposizione prevista dall'**articolo 5** in materia di progressioni assicura il rispetto dei principi stabiliti dall'articolo 97 c. 3 Cost. ("agli impieghi nelle pubbliche amministrazioni si accede tramite concorso pubblico, salvo i casi stabiliti dalla legge") facendo proprio l'insegnamento della giurisprudenza costituzionale in materia di progressioni (giuridiche) verticali. L'accesso ai nuovi

posti deve essere riservato per almeno il 50% all'ingresso dall'esterno, per cui la mobilità verticale si attua di norma nell'ambito delle procedure concorsuali (pubbliche) per le quali è possibile, nei limiti sopra indicati, prevedere una riserva di posti. Solo nel caso in cui occorra coprire un unico posto, in relazione ad una determinata figura professionale, nell'impossibilità di applicare la percentuale sopra indicata, sarà possibile effettuare una procedura interamente riservata da compensare successivamente con un concorso pubblico per la copertura di un'(unica) altra figura professionale. Infatti, se i posti da coprire sono più di uno, occorrerà sempre bandire una procedura concorsuale pubblica, con eventuale riserva di posti a favore di dipendenti interni per una percentuale non superiore al 50% dei posti messi a concorso.

Per quanto riguarda le progressioni economiche verticali (ossia quelle all'interno della stessa categoria per i dipendenti dei comuni della provincia di Trento) si prevede che le medesime si svolgano con le procedure selettive previste dalla contrattazione collettiva, che devono tener conto sia della valutazione che del merito.

In relazione alle progressioni economiche orizzontali, le stesse rimangono disciplinate dalla contrattazione collettiva che dovrà tener conto della valutazione e del merito.

L'**articolo 6** aggiorna alla nuova normativa di attuazione introdotta dal decreto legislativo 23 maggio 2005 n. 99 le modalità di certificazione/attestazione di appartenenza o di aggregazione al gruppo linguistico ai fini della partecipazione ai concorsi per la copertura di posti nei comuni della provincia di Bolzano, rispettivamente per i residenti e per i non residenti. Nella seconda parte specifica che i candidati possono scegliere in quale lingua (italiana o tedesca) intendono sostenere le singole prove di esame, con obbligo comunque di utilizzare entrambe le lingue.

L'**articolo 7** riformula parzialmente la disposizione contenuta nell'articolo 33, comma 2, della legge regionale n. 4 del 1993 per tener conto dell'evoluzione normativa in materia di trattamento di fine rapporto e di previdenza complementare.

Il **Capo II** reca disposizioni sulla parificazione fra donne e uomini negli enti locali.

L'**articolo 8** impone agli enti locali con popolazione superiore ai 30.000 abitanti l'obbligo di elaborare dei piani per la promozione della parità tra i generi, con cadenza quinquennale e, in prima applicazione, entro un anno dall'entrata in vigore della legge. La pianificazione impegnerà le amministrazioni ad attivarsi entro tempi certi e con misure organizzative (in materia di organico, di formazione e di aggiornamento del personale) ben definite, così da garantire la graduale rimozione delle situazioni di svantaggio per il genere sottorappresentato (comma 3).

L'**articolo 9** obbliga i comuni di maggiori dimensioni demografiche a pubblicare nel proprio sito istituzionale alcuni dati statistici sulla proporzione dei due generi.

L'**articolo 10** introduce "un'azione positiva" volta a rimuovere – gradualmente e in prospettiva - lo squilibrio di genere, stabilendo che in occasione di assunzioni di personale sia data, a parità di merito e dopo aver rispettato i titoli di preferenza previsti dalla normativa vigente, la preferenza al genere meno rappresentato, anziché come attualmente al candidato più giovane di età.

L'**articolo 11** impegna gli enti locali ad adottare modalità organizzative e articolazioni dell'orario di lavoro tali da conciliare le esigenze familiari con quelle professionali, anche in favore dei dirigenti. L'attuazione in concreto delle misure organizzative di conciliazione famiglia-lavoro - in tempi prestabiliti e verificabili - è garantita dal comma 2, che dispone l'inserimento di apposite azioni positive nei piani di parità previsti dall'articolo 8.

Il **Capo III** "Disposizioni in materia di segretari comunali" prevede innanzitutto – **articolo 12** - che le comunità della provincia di Trento istituiscano la propria sede segretariale, la cui classe di appartenenza sarà determinata alla stregua delle disposizioni regionali in materia di sedi segretarie comunali. Il comma 2 dello stesso articolo 12 rinvia alla sede contrattuale per la determinazione del trattamento economico aggiuntivo spettante al segretario comunale in caso di sede convenzionata con quella della comunità. Il comma 3 estende l'applicazione delle disposizioni regionali in materia di concorsi per le sedi segretarie comunali ai concorsi per le sedi segretarie delle comunità, equiparando altresì la valutazione del periodo di servizio prestato rispettivamente in sede segretariale comunale e di comunità (ovviamente per sedi di classe corrispondente).

L'**articolo 13**, rispetto alla disciplina vigente, impegna i comuni ad avviare sollecitamente le procedure per la copertura della sede (entro 90 giorni dalla vacanza) e a concluderle entro un termine perentorio ragionevolmente breve (un anno).

L'**articolo 14** corregge una previsione di automatismo (il parere si intende comunque favorevole) eccessivamente rigido nel procedimento di nomina di un segretario supplente o reggente.

L'**articolo 15** prevede due graduatorie distinte dei soggetti ai quali può essere conferito l'incarico di reggenza o supplenza delle sedi segretarie. La prima graduatoria è riservata a coloro che sono in possesso dell'abilitazione all'esercizio delle funzioni segretarie. Nella seconda graduatoria, da utilizzare in caso di esaurimento della graduatoria dei candidati in possesso dell'abilitazione, sono inseriti coloro che, pur non essendo in possesso dell'abilitazione, hanno frequentato con profitto i corsi di preparazione alle funzioni di segretario comunale.

L'**articolo 16** stabilisce una forma innovativa di convenzione temporanea per la supplenza delle sedi segretarie che può essere utilizzata dai comuni in alternativa alle modalità di supplenza fin qui previste.

Il **Capo IV** "Norme transitorie e finali" concede innanzitutto – **articolo 17** - un congruo termine (un anno dall'entrata in vigore della legge) ai comuni

per adeguare i propri regolamenti e atti alle nuove disposizioni legislative, qualora nelle stesse non sia già previsto un termine diverso.

L'**articolo 18** differisce l'entrata in vigore di due disposizioni la cui immediata applicazione potrebbe comportare la risoluzione di contratti di lavoro stipulati in base alla disciplina attualmente vigente.

L'**articolo 19** dispone l'abrogazione esplicita di numerose disposizioni delle leggi regionali n. 2/1997, n. 10/1998, n. 4/1993 e n. 1/1983.

L'**articolo 20** prevede la riunione e il coordinamento di tutte le norme regionali vigenti in materia di ordinamento del personale dei comuni in forma di testo unico, che sarà adottato con decreto del Presidente della Regione su deliberazione della Giunta.

L'**articolo 21** dispone l'entrata in vigore della legge il quindicesimo giorno successivo a quello della sua pubblicazione sul bollettino ufficiale della Regione.

PRÄSIDENTIN: Ich ersuche den Abg. Pardeller um die Verlesung des Kommissionsberichtes.

PARDELLER:

BERICHT

Die 1. Gesetzgebungskommission hat den vom Regionalausschuss eingebrachten Gesetzentwurf Nr. 28 mit dem Titel „Änderungen zur Personalordnung der Gemeindeverwaltungen“ in den Sitzungen vom 16. März und vom 13. April 2011 beraten.

Dazu sind am 19. Jänner 2011 im Rahmen einer Anhörung die Vertreter der repräsentativsten Gewerkschaftsvereinigungen der Gemeindebediensteten angehört worden.

Frau Assessor Cogo erläuterte den Gesetzentwurf und erinnerte daran, dass die Kommission vor kurzem einen Gesetzentwurf gutgeheißen hatte, mit dem die Grundsätze der Transparenz und Effizienz der öffentlichen Verwaltung für das Personal der Region übernommen worden sind und weiters dass die beiden Provinzen die jeweiligen Personalordnungen gemäß denselben Grundsätzen erneuert haben.

Frau Assessor betonte, dass die wesentlichen Bestimmungen des „Brunettagesetzes“ respektiert worden sind und man von den Grundsätzen der Transparenz nicht abgerückt ist, jedoch die bisher den Vertragverhandlungen zuerkannte Rolle beibehalten wolle, da das Brunettagesetz dazu tendiere, den Gewerkschaften die Rolle in einigen Bereichen zu nehmen.

Frau Assessor Cogo unterstrich, dass sich das Regionalgesetz vom Brunettagesetz auch im Zusammenhang mit der Regelung der Produktivitätsprämie abhebe.

Frau Assessor Cogo betonte, dass der Gesetzentwurf für die Bedienstete mit Vollzeitbeschäftigung, welche einer Erwerbstätigkeit nachgehen, vorschreibt, dass die externen Bezüge 30 Prozent des Bruttogehaltes nicht übersteigen dürfen. Nach Absprache mit den Gewerkschaften - fuhr Frau Assessor fort - hat der Regionalausschuss beschlossen, einen Änderungsantrag vorzulegen, welcher eine Höchstgrenze von 20.000 Euro jährlich für externe Tätigkeiten vorschreibt, welche von der Zugehörigkeitsgemeinde ermächtigt werden müssen.

Im Zusammenhang mit Kapitel I erklärte Frau Assessor Cogo, dass im Artikel 6 die Einzelvorschriften für die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung festgeschrieben werden und erläutere jene betreffend die Auswahl der Sprache, in der die Kandidaten die einzelnen Prüfungen abzulegen gedenken.

Frau Assessor Cogo hob hervor, dass im Kapitel II versucht worden ist, Familie und Beruf der Gemeindebediensteten der Gemeinden mit mehr als 30.000 Einwohnern zu vereinbaren.

Mit Bezug auf Kapitel III betonte Frau Assessor Cogo, dass damit der Sachbereich der Gemeindesekretäre geregelt werden soll. Im Besonderen sieht genanntes Kapitel die Einstufung der Gemeindesekretäre der in der Provinz Trient errichteten Gemeinschaften vor, für welche für dienstrechtliche Zwecke die regionale Einstufung und für die Bestimmung der Besoldung der Tarifvertrag zum Tragen kommen.

Im Rahmen der Generaldebatte diskutierte die Kommission vor allem über die Produktivitätsprämie, die Sprache und die Einzelvorschriften betreffend die Abwicklung der Wettbewerbe in Südtirol, das Bewertungsgremium, die Ernennung der Gemeindesekretäre für die zeitweilige Besetzung einer Stelle und die interne Kontrolle der Verwaltungstätigkeit, wobei diese Themen auch im Rahmen der Sachdebatte erneut aufgegriffen worden sind.

Im Zusammenhang mit der Produktivitätsprämie hoben die Abg. Borga, Seppi und Penasa hervor, dass die gesamtstaatliche Bestimmung die Instrumente bereitstellt, um beim Verdienst der einzelnen Bediensteten zu unterscheiden, mit dem Zweck, den Verantwortlichen bei seinen Entscheidungen zu unterstützen, da es nicht angeht, dass „allen dasselbe gegeben wird“.

Mit Bezug auf Artikel 6, welcher die Einzelvorschriften für die Durchführung der Wettbewerbe in Südtirol beinhaltet und der im zweiten Teil festschreibt, dass „die Kandidaten entscheiden können, in welcher Sprache (deutsch oder italienisch) sie die Prüfungen abzulegen gedenken, wobei jedoch die Pflicht besteht, beide Sprachen zu verwenden“, nahmen die Abg. Seppi und Zelger eine unterschiedliche Haltung ein.

Im Hinblick auf das Bewertungsgremium ersuchte Frau Penasa darum, die Rolle des Gemeindesekretärs in den kleinen Gemeinden genau festzuschreiben. Abg. Borga sprach sich zwar nicht gegen genanntes Gremium aus, befürchtete jedoch, dass dies einem ersten Schritt hin zur Pflicht der

gemeinsamen Gebarung gleichkommt, was in der Tat den einzelnen Gemeinden einen Autonomieverlust beschert.

Abg. Chiocchetti hob hervor, dass Art. 15 dem Landeshauptmann die Möglichkeit einräumt, die Aufträge zur Amtsführung oder Vertretung auch für die Gemeinden der ersten und zweiten Klasse zu erteilen, und zwar an Personen, welchen im Besitz der Bescheinigung zur Ausübung der Obliegenheiten des Sekretärs sind, ohne dass eine Erfahrung nachzuweisen ist.

Hinsichtlich der internen Kontrolle der Verwaltungstätigkeit ersuchte Frau Abg. Penasa um Auskunft darüber, ob mit Art. 3 die Gesetzmäßigkeitskontrolle wieder eingeführt werden soll, die bereits mit einer gesamtstaatlichen Bestimmung abgeschafft worden ist.

Abg. Anderle erachtete es in diesem Zusammenhang als positiv, dass ein über den Parteien stehendes Organ eingeführt wird, da die fehlende Kontrolle durch die Landesregierung zu zahlreichen Problemen geführt hat.

Die Abg. Noggler und Schuler betonten, dass in Südtirol bereits 80 Prozent der Gemeinden die so genannte interne Kontrolle durchführen und dass seit einem Jahr der Dienst der internen Revision eingeführt worden ist und die Gemeinden damit zufrieden sind.

Frau Assessor Cogo antwortete auf die verschiedenen Stellungnahmen und hob hervor, dass mit dem Gesetzentwurf die Transparenz der öffentlichen Körperschaften und die Effizienz des Verwaltungsapparates gesteigert werden sollen, so wie im Brunettagesetz vorgesehen, und dass der Regionalausschuss der Ansicht war, auch weil keine Notstandssituationen bestehen, einige Grundsätze, die als interessant angesehen worden sind, zu übernehmen.

Frau Assessor Cogo betonte, dass der Gesetzentwurf zusammen mit Experten der Provinz Trient und Bozen und der Gemeindenverbände der beiden Länder erarbeitet worden ist, um zu vermeiden, dass ein Text erstellt wird, der den Bestimmungen der beiden Provinzen widerspricht.

Mit Bezug auf die Bemerkungen der Abg. Borga und Penasa kündigte Frau Assessor Cogo die Hinterlegung eines Änderungsantrages zwecks Streichung des Bewertungsgremiums an, da somit den kleineren Gemeinden in wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht entgegengekommen werden soll. Dies deshalb, da mit den derzeit bei den Gemeinden bestehenden Bewertungsprozessen bereits positive Ergebnisse erzielt worden sind.

Frau Assessor Cogo betonte, dass keinerlei Absicht bestehe, Kontrollen einzuführen und dass die Einführung des Revisionsorgans von den Gemeinden beantragt worden ist. Zudem - so Frau Assessor Cogo weiter - existiert beim Südtiroler Gemeindenverband bereits ein Dienst zur Unterstützung der Gemeinden, der vom Trentiner Gemeindenverband als positiv angesehen wird.

Sodann wurde der Übergang zur Sachdebatte zur Abstimmung gestellt und bei 7 Jastimmen (Abg. Pardeller, Anderle, Chiocchetti, Nardelli, Noggler, Zeni und Zelger), 1 Gegenstimme (Abg. Seppi) und 2 Stimmenthaltungen (Abg. Borga und Penasa) von der Kommission gutgeheißen.

Im Laufe der Artikeldebatte wurden zu den oben angeführten Themenkreisen einige Änderungsanträge genehmigt, die von Frau Assessor Cogo sowie den Abg. Noggler, Schuler, Borga und Anderle eingebracht worden waren.

Im Rahmen der Debatte zu Artikel 1 diskutierte die Kommission über den Buchstaben d) des 1. Absatzes des von Frau Assessor Cogo eingebrachten Änderungsantrages zu Art. 1.

Im Verlauf der Diskussion wurde klar, dass es, will man den Bediensteten mit Vollzeitbeschäftigung die Ausübung der landwirtschaftlichen Tätigkeit ermöglichen, nicht ausreicht, aus dem Gesetzestext den Bezug auf die landwirtschaftliche Tätigkeit zu streichen, da es sich dabei nach wie vor um eine gewinnbringende Tätigkeit handelt.

Nach Abschluss der Debatte zu diesem Thema genehmigte die Kommission einen Änderungsantrag laut dem „die Ausübung der landwirtschaftlichen Tätigkeit ohne jegliche Ermächtigung erlaubt ist.“

Mit Bezug auf Art. 3 erläuterte Frau Assessor Cogo, dass dieser eingeführt worden ist, da der Südtiroler Gemeindenverband einen Beratungsdienst eingerichtet hat, welcher allen Südtiroler Gemeinden eine interne Kontrolle anbietet und dieser Dienst sehr wohl angenommen worden ist.

Die beanstandeten Punkte des Art. 6 wurden durch die einhellige Genehmigung eines Änderungsantrages beseitigt, laut dem die Kandidaten bei Wettwerben für die Besetzung von Stellen in der Provinz Bozen die Möglichkeit haben, die Sprache auszuwählen, in der sie die Prüfung abzulegen wünschen.

Anlass zu Diskussionen gaben auch die Art. 4 und 8 betreffend die Transparenz und die Veröffentlichung der Daten der örtlichen Körperschaften sowie Art. 11, welcher die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum Gegenstand hat.

Im Rahmen der Stimmabgabeerklärungen ergriff niemand das Wort.

Der Gesetzentwurf Nr. 28 wurde schließlich zur Endabstimmung gestellt und bei 7 Jastimmen (Abg. Pardeller, Anderle, Ferrari, Magnani, Noggler, Schuler und Zeni) und 6 Stimmenthaltungen (Abg. Borga, Heiss, Mair, Penasa, Seppi und Vezzali) von der Kommission gutgeheißen.

Der Gesetzentwurf wird nun zur weiteren Beratung an den Regionalrat weitergeleitet.

R e l a z i o n e

La I Commissione legislativa ha esaminato, nelle sedute del 16 marzo e del 13 aprile 2011, il disegno di legge n. 28: 'Modifiche all'ordinamento del personale delle amministrazioni comunali', presentato dalla Giunta regionale.

Sul merito il giorno 19 gennaio 2011 si è svolta un'audizione con i rappresentanti delle organizzazioni sindacali del personale dei comuni maggiormente rappresentative.

L'assessora Cogo, nell'illustrare il disegno di legge, ricorda che la Commissione ha recentemente approvato un provvedimento di recepimento dei principi di trasparenza e efficienza della pubblica amministrazione per il personale della Regione e che le due Province hanno riformato l'ordinamento del personale secondo gli stessi principi.

L'assessora riferisce di essere certa di aver rispettato le norme fondamentali della legge "Brunetta", di non aver derogato sui principi della trasparenza e di voler lasciare alla contrattazione il ruolo avuto finora, poiché la legge Brunetta tende a togliere alle parti sindacali il ruolo di un insieme di atti.

L'assessora sottolinea che la legge regionale si discosta dalla legge Brunetta anche nella regolamentazione del premio di produzione.

L'assessora evidenzia che per il personale a tempo pieno che svolge attività professionale il disegno di legge stabilisce che i compensi esterni non possono superare il 30% dello stipendio lordo e che, dopo confronti con le parti, la Giunta ha deciso di presentare un emendamento per mettere un tetto di 20.000 euro annui all'attività esterna, che deve essere autorizzata dal comune di appartenenza.

Ancora sul Capo I, l'assessora spiega che l'articolo 6 chiarisce le modalità di dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico e specifica quelle di scelta della lingua in cui i candidati sostengono le singole prove di esame.

L'assessora Cogo spiega che nel Capo II si è cercato di conciliare i tempi di vita con i tempi di lavoro per i dipendenti dei comuni con popolazione superiore ai 30.000 abitanti.

In riferimento al Capo III, l'assessora Cogo riferisce che esso norma la materia dei segretari comunali. In particolare vengono inquadrati i segretari delle comunità di valle della Provincia di Trento, per i quali ai fini giuridici vale l'inquadramento regionale e per la determinazione del trattamento economico opera il contratto collettivo.

La discussione generale ha riguardato principalmente le tematiche del premio di produttività, la lingua e le modalità di svolgimento dei concorsi in Alto Adige, l'organismo di valutazione, la nomina per la reggenza temporanea dei segretari comunali e il controllo interno dell'attività amministrativa, tematiche che vengono sviluppate anche in sede di discussione articolata.

Per quanto riguarda il premio di produttività, i consiglieri Borga, Seppi e Penasa ritengono che la norma nazionale sia strumento per differenziare il merito dei singoli dipendenti e abbia lo scopo di aiutare il responsabile ad operare delle scelte, poiché "non si può dare a tutti uguale".

Sull'articolo 6 vertente le modalità di espletamento dei concorsi in Alto Adige, che nella seconda parte specifica che "i candidati possono scegliere in quale lingua (italiana o tedesca) intendono sostenere le singole prove d'esame, con obbligo comunque di utilizzare entrambe le lingue", esprimono le loro posizioni differenziate i consiglieri Seppi e Zelger.

Sull'organismo di valutazione la consigliera Penasa chiede venga esplicitato il ruolo del segretario comunale nei piccoli comuni, mentre il consigliere Borga, pur non essendo contrario a tale organismo, paventa che esso sia un primo passo verso l'obbligo della gestione associata, determinando nei fatti una perdita di autonomia per i singoli comuni.

Il consigliere Chiocchetti fa notare che l'articolo 15 dà la possibilità che la nomina del segretario comunale per la reggenza temporanea venga fatta dal Presidente della Giunta provinciale anche per i comuni di prima e seconda classe, relativamente al personale in possesso del patentino di segretario, senza richiedere esperienza.

In merito al controllo interno dell'attività amministrativa, la consigliera Penasa chiede se con l'articolo 3 si intenda reintrodurre il controllo di legittimità, già abolito dalla normativa nazionale.

Sullo stesso argomento il consigliere Anderle riferisce di ritenere positiva l'introduzione di un soggetto super partes, poiché la mancanza del controllo della Giunta provinciale ha causato parecchi problemi.

I consiglieri Noggler e Schuler a tal proposito rendono noto che in Alto Adige l'80% dei comuni attua già il cosiddetto controllo interno e che da un anno i comuni hanno attivato la funzione della revisione interna e se ne dichiarano soddisfatti.

L'assessora Cogo risponde ai vari interventi affermando che lo spirito della legge è quello del potenziamento della trasparenza degli enti locali e dell'efficienza dell'apparato burocratico, come previsto dalla legge Brunetta, e che, non rilevando situazioni emergenziali, la Giunta ha ritenuto di recepire alcuni principi reputati interessanti.

L'assessora fa notare che il disegno di legge è stato redatto in collaborazione con esperti della Provincia di Trento e di Bolzano e dei Consorzi dei comuni delle due Province al fine di arrivare all'elaborazione di un testo che non fosse in contrasto con le norme delle due Province.

Riferendosi alle osservazioni dei consiglieri Borga e Penasa, l'assessora informa di aver presentato un emendamento volto a togliere l'organismo di valutazione, che aveva lo scopo di venire incontro ai comuni dal punto di vista economico e organizzativo, poiché ha ritenuto positivi i risultati ottenuti con i processi valutativi già in atto nei comuni.

L'assessora informa che non vi è alcuna volontà di istituire controlli, che l'introduzione dell'organismo era stata chiesta dai comuni e che presso il Consorzio dei Comuni di Bolzano esiste già un organismo di supporto ai comuni, giudicato positivamente dal consorzio dei Comuni di Trento.

Posto in votazione, il passaggio alla discussione articolata è approvato con 7 voti favorevoli (consiglieri Pardeller, Anderle, Chiocchetti, Nardelli, Noggler,

Zeni e Zelger), 1 voto contrario (consigliere Seppi) e 2 astensioni (consiglieri Borga e Penasa).

Nel corso della discussione articolata, anche sugli argomenti sopra evidenziati, sono stati approvati alcuni emendamenti presentati rispettivamente dall'assessora Cogo e dai consiglieri Noggler, Schuler, Borga e Anderle.

Nell'esame dell'articolo 1, i commissari si soffermano sulla lettera d) del comma 1 dell'emendamento modificativo dell'articolo 1, presentato dall'assessora Cogo.

Dal dibattito emerge che ai fini di rendere possibile al personale occupato a tempo pieno l'esercizio dell'attività agricola non è sufficiente espungere semplicemente dal testo dell'emendamento il riferimento all'attività agricola, in quanto si tratta pur sempre di un'attività lucrativa.

La Commissione, al termine dell'esame della problematica, approva un emendamento secondo il quale "è consentito, senza alcuna autorizzazione, esercitare l'attività agricola".

In merito all'articolo 3, l'assessora spiega che esso trova la sua ispirazione dal fatto che il Consorzio dei comuni di Bolzano ha istituito un organismo di consulenza che svolge attività di controllo interno a servizio di tutti i comuni dell'Alto Adige e che esso si è dimostrato una soluzione apprezzata.

Il nodo relativo all'articolo 6 è stato superato dall'approvazione all'unanimità di un emendamento secondo il quale i candidati ai concorsi per la copertura di posti nei comuni della Provincia di Bolzano hanno facoltà di scegliere la lingua in cui svolgere la prova d'esame.

Gli articoli 4 e 8 hanno generato particolare interesse per la tematica della trasparenza e la pubblicità dei dati degli enti locali, mentre l'articolo 11 ha scaturito un confronto sul tema della conciliazione delle esigenze familiari con quelle professionali.

Non vi sono dichiarazioni di voto.

Posto in votazione finale, il disegno di legge n. 28 risulta approvato con 7 voti favorevoli (consiglieri Pardeller, Anderle, Ferrari, Magnani, Noggler, Schuler e Zeni) e 6 astensioni (consiglieri Borga, Heiss, Mair, Penasa, Seppi e Vezzali).

Si rimette pertanto il disegno di legge all'ulteriore esame del Consiglio regionale.

PRÄSIDENTIN: Danke, Abg. Pardeller. Ich eröffne die Generaldebatte.
Abg. Penasa, Sie haben das Wort.

PENASA: Grazie Presidente. Il disegno di legge n. 28 credo che meriti un minimo di intervento anche per quanto riguarda la discussione generale. Intanto va detto che noi recepiamo la legge cosiddetta "Brunetta" con trenta mesi di ritardo, questo va detto e credo non faccia merito a questo Consiglio regionale, perché stiamo parlando di una legge che ha portato, nel settore del lavoro pubblico, ottimizzazione della produttività del lavoro pubblico, efficienza e trasparenza delle pubbliche amministrazioni. Evidenzio come ancora oggi effettivamente abbiamo delle forti inadempienze, specialmente su quello che

attiene alla trasparenza, che sarebbe stata materia da applicare immediatamente, in quanto abbiamo tutta una serie di dati che comunque non sono disponibili sui siti, come di fatto la legge andrebbe a disporre.

Di un aspetto importante, a mio avviso, in questa relazione non si è parlato e cioè di uno degli elementi che ha portato maggiore discussione su questa proposta di legge. Questa proposta di legge è entrata in Commissione con una previsione, per la quale si riteneva che anche il lavoro in campo agricolo dovesse essere subordinato ad autorizzazioni, nel momento in cui veniva espletato da dipendenti pubblici. Questa è stata una lunga discussione di cui qui non c'è traccia, ma comunque va ripresa.

Il fatto che delle forze politiche abbiano proposto questa restrizione, sostanzialmente, allo svolgimento di attività in campo agricolo, è una proposta rilevante, perché vuol dire che vi è poca sensibilità e poca attenzione per un elemento, che è assolutamente positivo ed importante, della componente socio-economica di questa nostra Regione. Cioè il fatto che molti dei nostri dipendenti, sia nel campo della pubblica amministrazione provinciale e regionale e forse soprattutto comunale, quando finiscono di lavorare si dedicano ad attività di tipo agricolo. Questo è stato visto come un effetto negativo. Sottolineo che le forze politiche che hanno prodotto quella proposta, che era quella della Giunta regionale, cioè quella che è entrata in Commissione, non credo che possano, in questo consesso, parlare di identità e di valori che contraddistinguono in senso assolutamente positivo la composizione sociale di questa nostra Regione, perché se c'è un elemento che ha sempre distinto davvero fortemente la nostra gente, era quello che, vicino ad un lavoro di un certo tipo, in questo caso poteva essere un lavoro di impiego nel settore pubblico, non si sono mai sottratti a completare una loro giornata con un ulteriore lavoro. Questo credo che vada a merito di questi soggetti e non certo a demerito, come veniva proposto nella formulazione originale, uscita dalla Giunta rispetto al lavoro agricolo.

Questo lo dico, perché l'esecutivo che compone la Giunta regionale è definito di centrosinistra autonomista. Allora, sul centrosinistra nulla ho da dire, ma sull'autonomista qualcosa devo dire, perché se è autonomista colui che propone il fatto di andare ad immettere un elemento di ostacolo al fatto che qui la popolazione potesse invece avere una predisposizione al lavoro assolutamente positiva, che ha sicuramente contribuito a dare vantaggi, anche dal punto di vista economico, alla nostra terra, ebbene qualche domanda su questa politica autonomista, che si esplica con proposte di questo tipo, sicuramente intendo porla, la pongo a me, ma la pongo anche a tutti voi.

Dopo lunga discussione questo elemento è stato completamente rimosso, anche perché la legislazione nazionale, e qui noi dovremmo avere l'orgoglio di avere una migliore proposta legislativa rispetto a quella nazionale, perché se è vero, come è vero, che il fattore qualificante della nostra autonomia è quello di poterci dare delle regole, che sono quanto più possibili vicino al nostro modo di vivere, al nostro aspetto culturale, alle nostre esigenze sociali ed economiche, ebbene ne siamo venuti meno. Di fatto, legislazione nazionale non ritiene di far rientrare in situazioni come queste, cioè di eventuali autorizzazioni necessarie, quelle che fanno parte delle attività agricole, proprio perché questo è un Paese che si basa sull'agricoltura, è un dato assolutamente importante e positivo per quanto riguarda la nostra realtà, in questo caso riferita alla legislazione italiana si parla della realtà italiana, ma credo che non

possiamo sicuramente affermare che sia un elemento meno importante per quanto riguarda la nostra realtà regionale.

Un altro elemento. Siamo stati in questa proposta legislativa assolutamente partecipativi e prepositivi, nel senso che molte cose sono state già recepite nella Commissione di quegli elementi che non ci piacevano, perché la proposta di avere un soggetto nuovo ed autonomo, per quanto riguardava la valutazione, ad esempio, del personale, compresa quella dei segretari comunali, ci sembrava davvero di voler regolamentare con questa legge qualche cosa che era sicuramente non così vicino alla nostra realtà, ma sembrava che stessimo scrivendo una legge per coloro i quali abitano un altro pianeta e non questo.

Sappiamo benissimo che nella Regione Trentino-Alto Adige/Südtirol i Comuni medi e piccoli sono in numero molto più rilevante che i Comuni grandi, che essi costituiscono una situazione organizzativa di cui dovremmo andare sicuramente orgogliosi e fieri e invece tutte le volte ci troviamo davanti a proposte di legge, che tendono a far rientrare invece queste istituzioni, riconosciute dalla Costituzione italiana, come degli elementi che arrecano solamente quasi un peso a quella che è la dotazione finanziaria di queste nostre Regione e Province. Su questo non sono per niente d'accordo.

Sono state emendate queste proposte, sono state tolte, è stato finalmente riconosciuto che è inutile parlare di funzionari, in una Regione nella quale il 99% delle figure apicali all'interno dei Comuni si chiamano "Segretari comunali" e sappiamo benissimo che i funzionari e i dirigenti sono realtà che riguardano solo i Comuni maggiori, che sono pochi, e quindi sarebbe opportuno che quando si vada a proporre delle leggi come queste, non prendessimo a riferimento il 2% della realtà di questa terra, ma forse sarebbe opportuno prendere a riferimento il 98% e chiamare le cose con il loro nome.

Anche per quanto riguarda in particolare la lettera e), dove si va a ridefinire e chiarire la materia dei contratti a tempo determinato con soggetti esterni, devo dire che quando ci apprestiamo a mettere mano alla legislazione provinciale, per quanto riguarda questi aspetti sulla spesa delle Province ed anche della Regione, se fossimo così rigorosi, credo che sicuramente saremmo molto bravi e ne risparmierebbero molti di soldi.

Quando si ridefinisce – è ancora uno degli elementi aperti in discussione – e chiarisce la materia dei contratti a tempo determinato con soggetti esterni all'ente per gli incarichi dirigenziali e di direzione per gli enti in cui sia prevista la dirigenza e negli altri enti locali. In ogni caso i contratti possono essere stipulati (con le modalità ed i limiti previsti dal regolamento sull'ordinamento degli uffici e dei servizi) solo per la copertura di posti (dirigenziali o direttivi) previsti nella dotazione organica e solo con persone di particolare e comprovata qualificazione professionale, non rinvenibile nei ruoli dell'amministrazione comunale. Non è più prevista la facoltà di concedere l'integrazione del trattamento economico con un'indennità *ad personam*.

Nella legislazione provinciale troviamo indennità *ad personam* che rappresentano il 198% dello stipendio base. Da una parte ammettiamo questo, abbiamo degli esempi: nel contratto della posizione apicale dell'ufficio stampa della Giunta provinciale, per quanto riguarda Trento, e poi nei Comuni non prevediamo il trattamento economico con indennità *ad personam*. Delle due l'una, o il rubinetto lo chiudiamo sempre e allora siamo sempre d'accordo, ma non possiamo prevedere dall'altra parte invece che per la Provincia possiamo

concepire indennità *ad personam* nella misura del 198% della retribuzione. E questo per noi è ancora una questione aperta, come è aperta la questione del controllo.

L'articolo 3 introduce una previsione di supporto e di revisione dell'attività amministrativa, che ci è stato ben spiegato dai colleghi della Provincia di Bolzano, i quali ci hanno chiarito di aver organizzato, all'interno del loro Consorzio dei Comuni, una situazione di questo tipo e di supporto. Sicuramente questo è un dato qualificante, per quanto li riguarda, perché questa era davvero la motivazione per cui dovevano essere nati i consorzi dei Comuni. Cosa che nella Provincia di Trento si è tradotta in una situazione molto diversa e quando in capo alle previsioni di questo ente si vogliono anche riferire una possibilità di attivare il controllo su richiesta di un certo numero di consiglieri, qui credo che dobbiamo ancora chiarire qualche aspetto.

Se è vero, come è vero, che la forma volontaria di richiesta di supporto di controllo e di revisione sull'attività amministrativa, laddove si è già attivata una organizzazione di controllo di gestione, può essere assolutamente positiva, però l'inserimento di questa attività di controllo, su richiesta di un certo numero di consiglieri – poi chiedo un chiarimento all'assessore competente – non lo ritrovo nella proposta legislativa, perché mi pare che ne avevamo parlato e, di fatto, è rimasta questa possibilità di supporto, controllo e revisione su base volontaria, che doveva essere poi stabilita all'interno di una convenzione. Perché io mi chiedo: se l'ente propone appunto questo tipo di attività, non può essere surrogato il fatto del ricorso, immagino in via gerarchica, da questa funzione che si intende attribuita sull'art. 3. Ma su questo chiedo un chiarimento, perché è un aspetto che in Commissione non è stato chiarito in maniera puntuale.

La disposizione prevista dall'art. 5 poi, dove si parla della riserva, il 50% è riservato all'esterno; anche qui pongo ai colleghi consiglieri una valutazione. Nel senso che sta succedendo, per quanto riguarda l'applicazione della legge Brunetta sui livelli provinciali e regionali, che questa riserva che viene bandita con concorso sull'esterno per il 50%, di fatto però fra i requisiti rientrano degli elementi che vengono richiesti e cioè l'espletamento di attività lavorativa presso la pubblica amministrazione per un determinato numero di anni.

Allora se vi è questo tipo di richiesta, non so fino a che punto, ad esempio, quel tipo di bando può essere considerato come riservato all'ingresso dall'esterno, se poi vi sono dei requisiti così stringenti. Anche questo è un ambito da chiarire in maniera più puntuale, perché mi pare che qui abbiamo recepito un po' quella che era la normativa proposta a livello provinciale e regionale, però si verificano poi nell'attuazione delle situazioni, come quelle che ho indicato, che portano qualche tipo di problematica ancora.

Poi abbiamo ancora l'art. 15 che si riferisce ai segretari comunali. Anche qui abbiamo questa proposta delle graduatorie; a parte che abbiamo rilevato anche in Commissione come il vero problema sia quello della mancanza di proposta formativa e possibilità per i giovani laureati di frequentare i corsi di formazione, magari in maniera annuale, in modo che questi giovani possano essere preparati a quella che è la funzione anche segretariale, perché sappiamo benissimo che i Comuni si trovano spesso in gravissima difficoltà, nel momento in cui i segretari hanno anche dei periodi di richieste di sospensione dal lavoro o cose di questo genere, oppure quando ci sono segretari che vanno

in pensione o che decidono di recedere il rapporto di lavoro, perché di fatto non c'è tutta questa disponibilità. È vero, ci sono stati molti iscritti in passato, perché molti dipendenti della pubblica amministrazione provinciale o regionale hanno frequentato questi corsi ma poi, di fatto, queste persone hanno un loro posto di lavoro e quindi non sono disponibili per i Comuni, nel momento in cui questi Comuni hanno bisogno di queste figure.

Quindi ci sono due livelli di formazione della graduatoria. La prima è riservata a coloro che sono in possesso dell'abilitazione all'esercizio delle funzioni segretarili e su questo nulla quaestio, perché se è stato frequentato il corso ed è stata acquisita l'abilitazione, non c'è nulla da dire. Nella seconda graduatoria, da utilizzare in caso di esaurimento della graduatoria dei candidati in possesso dell'abilitazione, sono inseriti coloro che, pur non essendo in possesso dell'abilitazione, hanno frequentato con profitto i corsi di preparazione alle funzioni di segretario comunale. Cosa vuol dire frequentare con profitto se non si ha l'abilitazione? E poi sappiamo benissimo che potrebbe essere questo un primo sistema di accesso e riteniamo che uno o la qualifica all'abilitazione di segretario ce l'ha, oppure non ce l'ha, perché non possiamo pensare di avere una terza categoria che sono praticamente i segretari che hanno frequentato con profitto, perché questo noi non lo riteniamo corretto e non si comprende come mai, se ci fosse una formazione continua ed adeguata per quanto riguarda questa importante professione, dovremmo trovarci nella situazione nella quale la prima graduatoria viene esaurita.

Queste sono ancora delle situazioni che, a nostro modo di vedere, durante la discussione di questa legge, dovranno trovare un momento di confronto, perché purtroppo le maglie dell'adeguamento delle leggi, per quanto riguarda sia la Regione che le Province, sono state davvero molto più ampie nel momento in cui si è andati a regolamentare appunto quel livello istituzionale, mentre invece mi sembra che l'esercizio vessatorio nei confronti dei Comuni sia un esercizio che in quest'aula si è frequentemente praticato e che non vede ancora una soluzione di maggiore equità. Perché rispetto alle proposte che erano venute, anche per quanto riguarda l'organizzazione interna, che poi, per fortuna, sono state cambiate, riviste e positivamente modificate, e quella, ad esempio, di questa integrazione dei contratti a tempo determinato, nel momento in cui questi siano necessari, non comprendo come mai ci sia un'invasione così forte da parte della regolamentazione di questa materia nei confronti dei Comuni, quando invece, ripeto, per quanto riguarda sia la Provincia che la Regione, in questo settore specifico la possibilità è davvero molto più ampia.

**ASSUME LA PRESIDENZA IL VICE PRESIDENTE DEPAOLI
VIZEPRÄSIDENT DEPAOLI ÜBERNIMMT DEN VORSITZ**

PRESIDENTE: Non ci sono altri interventi in discussione generale. L'assessore vuole replicare? La parola all'assessore Bizzo.

BIZZO: Molto brevemente. Collega Penasa, intanto la ringrazio, per quanto riguarda l'attività di controllo prevista dall'articolo 3, se mi consente, le darò un'adeguata risposta in sede di trattazione dell'articolo.

All'articolo 5 lei poneva la questione dell'accesso dell'apertura ai concorsi esterni. A me non risulta che vi sia la norma che prevede che i concorrenti esterni debbano comunque aver svolto un'attività di lungo periodo

all'interno della pubblica amministrazione. Anche qui però la rinvierei alla trattazione dell'articolato. Faccio una verifica e la vediamo in sede di articolato. Grazie.

PRESIDENTE: A questo punto votiamo il passaggio alla discussione articolata.

Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 10 astensioni, 3 voti contrari e tutti gli altri favorevoli il passaggio alla discussione articolata è approvato.

Art. 1

Modifiche alla legge regionale

23 ottobre 1998, n. 10

1. All'articolo 18 della legge regionale 23 ottobre 1998, n. 10 sono apportate le seguenti modificazioni:

- a) il comma 2 è sostituito dal seguente:
"2. Nell'ambito delle leggi e degli atti organizzativi, le determinazioni per l'organizzazione degli uffici e le misure inerenti l'organizzazione dei rapporti di lavoro sono assunte in via esclusiva dagli organi preposti alla gestione, tenuto conto nell'individuazione degli stessi organi di quanto eventualmente previsto nello statuto comunale ai sensi dell'articolo 4 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 e s.m., con la capacità e i poteri del privato datore di lavoro, fatta salva la sola informazione ai sindacati, ove prevista nei contratti collettivi.";
- b) il comma 4 è sostituito dal seguente:
"4. Nelle materie disciplinate dalla legge regionale, i contratti collettivi possono introdurre una diversa disciplina solo ove ciò sia espressamente consentito dalla legge stessa o qualora si tratti di materia riservata alla contrattazione ai sensi del comma 6-bis.";
- c) dopo il comma 6 è aggiunto il seguente:
"6-bis. È riservata alla contrattazione collettiva provinciale la determinazione dei diritti e degli obblighi pertinenti al rapporto di lavoro.";
- d) nel comma 9 alla lettera c) è aggiunto il seguente periodo: ". I comuni rendono pubbliche le disponibilità dei posti in organico da ricoprire attraverso passaggio diretto di personale da altro ente";
- e) nel comma 9 dopo la lettera d) è aggiunta la seguente nuova lettera:
"d-bis) qualora ne sussista l'interesse per l'amministrazione, mediante la riammissione in servizio di personale cessato, sulla base della disciplina regolamentare fissata dall'ente.";
- f) nel comma 29 le parole "La giunta comunale" sono sostituite dalle parole "L'organo preposto alla gestione individuato dall'ente";
- g) nel comma 34 le parole "della deliberazione" sono sostituite dalle parole "del provvedimento";
- h) nel comma 46 le parole "salvo quanto previsto dai commi 54, 55 e 56" sono sostituite dalle parole "salvo quanto previsto dalla legge regionale,";
- i) il comma 47 è sostituito dal seguente:
"47. La sottoscrizione definitiva dei contratti collettivi provinciali di lavoro è subordinata alla conformità delle disposizioni in materia disciplinare a

quanto previsto dall'articolo 7 della legge 4 marzo 2009, n. 15, e alla previsione dell'equipollenza fra l'affissione del codice disciplinare all'ingresso della sede di lavoro e la sua pubblicazione nel sito internet dell'ente.”;

- l) nel comma 49 le parole “, eccettuati quelli verbali, sono adottati con deliberazione dalla giunta comunale. I provvedimenti disciplinari verbali vengono adottati dal responsabile della struttura di assegnazione” sono sostituite dalle parole “sono adottati dall'organo preposto alla gestione individuato dall'ente. Nei comuni con popolazione superiore a 10.000 abitanti i provvedimenti disciplinari possono essere adottati anche da un organo tecnico collegiale individuato dall'ente.”;
- m) nel comma 50, le parole “alla giunta” sono sostituite dalle seguenti: “all'organo preposto alla gestione individuato dall'ente che decide sull'irrogazione della sanzione. Nelle amministrazioni dove per le ridotte dimensioni organizzative non sia possibile individuare una specifica struttura competente per i procedimenti disciplinari, la competenza è demandata al segretario comunale.”;
- n) nel comma 52, le parole “, di procedimento penale in corso e di indagini preliminari penali” sono soppresse;
- o) dopo il comma 52 è aggiunto il seguente nuovo comma:
“52-bis. Fermo restando quanto previsto dal comma 46, i rapporti tra procedimento disciplinare e procedimento penale sono disciplinati dall'articolo 55-ter del decreto legislativo 30 marzo 2001, n. 165. Nel caso previsto dal comma 2 dell'articolo 55-ter il procedimento disciplinare viene riaperto d'ufficio.”;
- o-bis) nel comma 57 dopo la lettera c) è aggiunta la seguente:
“c-bis) è consentito, senza alcuna autorizzazione, esercitare l'attività agricola;”;
- p) nel comma 57 nella lettera d) è aggiunto in fine il seguente periodo: “È consentito, previa autorizzazione ed escluso l'utilizzo delle strutture e dei mezzi dell'ente, esercitare saltuariamente al di fuori dell'orario di lavoro attività lucrative; l'autorizzazione è revocata qualora l'attività esercitata influisca sulla regolarità del servizio;”;
- q) nel comma 57 dopo la lettera d) è aggiunta la seguente:
“d-bis) non è consentito conferire incarichi a personale collocato in pensione di anzianità nel quinquennio successivo alla cessazione dal servizio, salvo incarichi nel periodo immediatamente successivo alla cessazione del rapporto, di durata complessiva non superiore a sei mesi, per indifferibili esigenze di servizio al personale cessato che ha già svolto la medesima attività, qualora tale competenza non sia immediatamente reperibile né all'interno né all'esterno dell'amministrazione.”;
- r) il comma 58 è sostituito dal seguente:
“58. Il personale con rapporto di lavoro a tempo parziale con orario non superiore al 50 per cento dell'orario a tempo pieno, viene autorizzato dall'organo preposto alla gestione individuato dall'ente all'esercizio di prestazioni di lavoro autonomo o subordinato che non arrechino pregiudizio alle esigenze di servizio e non siano incompatibili con le attività di istituto

della stessa amministrazione, sempreché l'ente non offra, entro un congruo termine, un impiego a tempo pieno. Per quanto non previsto si continuano ad applicare le norme statali in materia di incompatibilità e cumulo di impieghi.”;

- s) dopo il comma 61 sono aggiunti i seguenti:
“61-bis. I compensi e i proventi percepiti complessivamente per gli incarichi e le attività autorizzati ai sensi del comma 57, lettera d), compresi gli incarichi per la revisione economico-finanziaria, non possono superare annualmente l'importo lordo di euro 20.000,00. Il dipendente dichiara nella richiesta di autorizzazione il rispetto del suddetto limite.
61-ter. Il limite previsto dal comma 61-bis si applica agli incarichi e alle attività autorizzati a decorrere dal 1° luglio 2011.”;
- t) il comma 67 è sostituito dal seguente:
“67. La contrattazione collettiva è provinciale e decentrata e regola la determinazione dei diritti e degli obblighi pertinenti al rapporto di lavoro nonché le materie relative alle relazioni sindacali.”;
- u) nel comma 78 le parole “così come individuate dal comma 8 dell'articolo 45 del decreto legislativo 3 febbraio 1993, n. 29 e successive modificazioni” sono soppresse;
- v) dopo il comma 78 è aggiunto il seguente:
“78-bis. Gli accordi decentrati prima della loro sottoscrizione sono esaminati dall'organo di revisione per l'attestazione della loro compatibilità con i vincoli di bilancio. La mancanza dell'attestazione non consente la sottoscrizione degli accordi. Gli accordi sono inviati all'Agenzia provinciale per la contrattazione entro 5 giorni dalla sottoscrizione”;
- z) il comma 80 è sostituito dal seguente:
“80. I contratti collettivi hanno durata triennale sia per la parte normativa sia per quella economica, salva la diversa durata stabilita dalla contrattazione collettiva provinciale.”;
- aa) il comma 84 è sostituito dal seguente:
“84. La rappresentatività e la composizione delle delegazioni sindacali possono essere ridisciplinate con contratto collettivo.”;
- bb) dopo il comma 100 sono aggiunti i seguenti nuovi commi:
“100-bis. Spettano ai dirigenti, in base ai criteri fissati dall'ente, l'individuazione degli obiettivi, dei progetti e delle altre attività incentivabili, nonché la valutazione dei risultati collettivi e individuali conseguiti dal personale dipendente. I dirigenti dispongono in ordine alla valutazione del personale assegnato e attribuiscono, per quanto di competenza, i trattamenti economici accessori compresi i compensi di produttività, nel rispetto dei contratti collettivi, inclusi eventualmente quelli decentrati, nonché dei criteri e delle procedure stabilite dall'ente. Assumono la responsabilità in ordine alla verifica della produttività del personale. Sono responsabili dell'esecuzione di quanto previsto dalle disposizioni regionali e dagli atti consiliari in materia di trasparenza.”
“100-ter. La valutazione del personale dipendente e gli adempimenti di cui al comma 100-bis sono requisito essenziale al fine della valutazione dei dirigenti e conseguentemente la mancata attivazione delle relative

procedure comporta la non erogazione della retribuzione di risultato fino al completamento delle stesse.”

“100-quater. I dirigenti sono responsabili per la mancata segnalazione dei comportamenti di rilievo disciplinare del personale assegnato alle proprie strutture, per l’omessa vigilanza sulla produttività e sull’efficienza della propria struttura nonché per le violazioni degli obblighi previsti dal codice di comportamento e dalle norme in materia di incompatibilità. In tali casi la retribuzione di risultato spettante può non essere integralmente corrisposta in proporzione alla gravità delle inadempienze.”;

bb-bis) nel comma 101 è aggiunto in fine il seguente periodo: “Nei comuni ove è prevista la dirigenza, il regolamento organico definisce i rapporti tra predetti incarichi direttivi e quelli attribuiti a dipendenti con qualifica o abilitazione dirigenziale.”;

cc) dopo il comma 101 è aggiunto in fine il seguente nuovo comma:

“101-bis. I titolari di incarichi dirigenziali o di direzione, limitatamente in questo ultimo caso a quelli che svolgono tali incarichi nei comuni privi di figure dirigenziali, possono per periodi di tempo determinato e per specifiche e comprovate ragioni di servizio delegare ai dipendenti del rispettivo servizio che ricoprono le posizioni funzionali più elevate alcuni atti rientranti nella propria competenza.”;

dd) nel comma 108, le parole “dall’articolo 20 del decreto legislativo 3 febbraio 1993, n. 29” sono sostituite dalle parole “dall’articolo 21 del decreto legislativo 30 marzo 2001, n. 165”;

ee) il comma 114 è sostituito dal seguente:

“114. Il regolamento previsto dall’articolo 21 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1, negli enti in cui è prevista la dirigenza, stabilisce i limiti, i criteri e le modalità con cui possono essere stipulati con soggetti esterni all’ente contratti a tempo determinato per gli incarichi dirigenziali e di direzione previsti nella dotazione organica. Tali contratti, in misura non superiore rispettivamente al 20 per cento del totale della dotazione organica della dirigenza e al 10 per cento del totale della dotazione organica degli incarichi di direzione, e comunque rispettivamente per almeno una unità, sono stipulati con persone di particolare e comprovata qualificazione professionale, non rinvenibile nei ruoli dell’amministrazione, in possesso dei requisiti richiesti per la qualifica da ricoprire. Negli altri enti locali, il regolamento sull’ordinamento degli uffici e dei servizi stabilisce i limiti, i criteri e le modalità con cui possono essere stipulati contratti a tempo determinato con soggetti esterni all’ente per la copertura di incarichi di direzione previsti nella dotazione organica. Tali contratti, in misura complessivamente non superiore al 10 per cento della dotazione organica dell’ente, e comunque per almeno una unità, sono stipulati con persone di particolare e comprovata qualificazione professionale, non rinvenibile nei ruoli dell’amministrazione, in possesso dei requisiti richiesti per la qualifica da ricoprire. I contratti di cui al presente comma non possono avere durata superiore al mandato elettivo del sindaco in carica e sono rinnovabili. Il trattamento economico è equivalente a quello previsto dai vigenti contratti collettivi a livello provinciale per il personale degli enti locali. Il trattamento economico può essere integrato, con provvedimento motivato della giunta, da un’indennità ad personam, commisurata alla specifica qualificazione

professionale e culturale, anche in considerazione della temporaneità del rapporto e delle condizioni di mercato relative alle specifiche competenze professionali. Il quoziente derivante dall'applicazione delle percentuali previste dal presente comma è arrotondato all'unità inferiore se il primo decimale è inferiore a cinque, o all'unità superiore se esso è uguale o superiore a cinque.”;

- ff) nel comma 115 è aggiunto in fine il seguente nuovo periodo: ”Ai collaboratori assunti con contratto a tempo determinato si applicano i contratti collettivi a livello provinciale.”;
- gg) nel comma 116 dopo le parole “compiti dirigenziali” sono aggiunte le parole “o direttivi”.

PRÄSIDENTIN:

Art. 1
*(Änderungen zum Regionalgesetz
vom 23. Oktober 1998, Nr. 10)*

1. Im Artikel 18 des Regionalgesetzes vom 23. Oktober 1998, Nr. 10 werden nachstehende Änderungen vorgenommen:

- a) Absatz 2 wird durch den nachstehenden Absatz ersetzt:

„2. Im Rahmen der Gesetze und der organisatorischen Maßnahmen werden die Entscheidungen bezüglich der Organisation der Ämter und die Maßnahmen betreffend die Organisation der Arbeitsverhältnisse ausschließlich von den zuständigen Verwaltungsorganen mit der Fähigkeit und den Befugnissen eines privaten Arbeitgebers – unbeschadet lediglich der Mitteilung an die Gewerkschaften, sofern in den Tarifverträgen vorgesehen – getroffen. Bei der Bestimmung genannter Organe sind die in der Gemeindegatzung im Sinne des Artikels 4 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 mit seinen späteren Änderungen eventuell vorgesehenen Bestimmungen zu berücksichtigen.“;
- b) Absatz 4 wird durch den nachstehenden Absatz ersetzt:

„4. Auf den mit Regionalgesetz geregelten Sachgebieten kann durch Tarifvertrag nur dann eine anderslautende Regelung eingeführt werden, wenn dies ausdrücklich vom Regionalgesetz gestattet ist oder wenn das entsprechende Sachgebiet gemäß Absatz 6-bis den Tarifverhandlungen vorbehalten ist.“;
- c) Nach Absatz 6 wird nachstehender Absatz eingefügt:

“6-bis. Die Bestimmung der mit dem Arbeitsverhältnis verbundenen Rechte und Pflichten ist den Tarifverhandlungen auf Landesebene vorbehalten.“;
- d) Im Absatz 9 Buchstabe c) wird nachstehender Satz hinzugefügt: „. Die Gemeinden geben die Verfügbarkeit freier Planstellen öffentlich bekannt, die durch direkten Übergang von Personal anderer Körperschaften zu besetzen sind“;
- e) Im Absatz 9 wird nach Buchstabe d) der nachstehende Buchstabe hinzugefügt:

“d-bis) je nach Bedarf bei der Gemeindeverwaltung durch Wiedereinstellung von aus dem Dienst ausgeschiedenem Personal gemäß der von der Körperschaft festgelegten Regelung.“;
- f) Im Absatz 29 werden die Worte „Der Gemeindegatzung“ durch die Worte „Das von der Körperschaft bestimmte Verwaltungsorgan“ ersetzt;

- g) Im Absatz 34 werden die Worte „der Beschluß“ durch die Worte „die Maßnahme“ ersetzt;
- h) Im Absatz 46 werden die Worte „unbeschadet der in den Absätzen 54, 55 und 56 enthaltenen Bestimmungen“ durch die Worte „unbeschadet der im Regionalgesetz vorgesehenen Bestimmungen“ ersetzt;
- i) Absatz 47 wird durch den nachstehenden Absatz ersetzt:
- „47. Voraussetzung für die endgültige Unterzeichnung der Landestarifverträge ist die Übereinstimmung der Disziplinarbestimmungen mit den Bestimmungen laut Artikel 7 des Gesetzes vom 4. März 2009, Nr. 15 und die Gleichstellung des Aushangs der Disziplinarordnung am Eingang des Dienstsitzes mit deren Veröffentlichung auf der Internetseite der Körperschaft.“;
- l) Im Absatz 49 werden die Worte „– ausgenommen die mündlichen – werden mit Beschluß des Gemeindeausschusses verfügt. Die mündlichen Disziplinarmaßnahmen werden vom Verantwortlichen für die Organisationseinheit, der der Bedienstete zugeteilt ist, eingeleitet.“ durch die Worte „werden von dem von der Körperschaft bestimmten Verwaltungsorgan getroffen. In den Gemeinden mit einer Bevölkerung von über 10.000 Einwohnern können die Disziplinarmaßnahmen auch von einem von der Körperschaft bestimmten fachtechnischen Kollegialorgan getroffen werden.“ ersetzt;
- m) Im Absatz 50 werden die Worte „dem Gemeindeausschuß die Akte“ durch die Worte „die Akte dem von der Körperschaft bestimmten Verwaltungsorgan, das über die Verhängung der Disziplinarstrafe entscheidet. Bei kleineren Verwaltungen, die über keine für die Disziplinarverfahren zuständige Organisationseinheit verfügen, wird diese Zuständigkeit vom Gemeindesekretär ausgeübt.“ ersetzt;
- n) Im Absatz 52 werden die Worte „ , von laufenden Strafverfahren und von strafrechtlichen Vorermittlungen“ gestrichen;
- o) Nach Absatz 52 wird der nachstehende Absatz eingefügt:
- “52-bis. Unbeschadet der Bestimmungen laut Absatz 46 wird das Verhältnis zwischen Disziplinar- und Strafverfahren durch den Artikel 55-ter des gesetzesvertretenden Dekrets vom 30. März 2001, Nr. 165 geregelt. In dem im Artikel 55-ter Absatz 2 vorgesehenen Fall wird das Disziplinarverfahren von Amts wegen wieder eingeleitet.“;
- o-bis) Im Absatz 57 wird nach Buchstabe c) der nachstehend angeführte Buchstabe eingefügt:
- “c-bis) Die Ausübung der landwirtschaftlichen Tätigkeit ist ohne jegliche Ermächtigung erlaubt;“;
- p) Im Absatz 57 Buchstabe d) wird am Ende nachstehender Satz hinzugefügt: „Die gelegentliche Ausübung von Erwerbstätigkeiten außerhalb der Dienstzeit ist nach vorheriger Ermächtigung – unter Ausschluss der Nutzung von Einrichtungen und Mitteln der Körperschaft - erlaubt; die Ermächtigung wird widerrufen, wenn die ausgeübte Tätigkeit die ordnungsgemäße Dienstabwicklung beeinträchtigt.“;
- q) Im Absatz 57 wird nach Buchstabe d) der nachstehende Buchstabe hinzugefügt:

“d-bis) die Erteilung von Aufträgen an Bedienstete, welche die Dienstaltersrente beziehen, ist für fünf Jahre nach dem Ausscheiden aus dem Dienst untersagt. Ausgenommen sind Aufträge in der Zeit unmittelbar nach Beendigung des Dienstverhältnisses mit einer Gesamtdauer von höchstens sechs Monaten wegen unaufschiebbarer Diensterfordernisse an aus dem Dienst geschiedene Bedienstete, welche dieselbe Tätigkeit bereits durchgeführt haben, wenn Personen mit der erforderlichen Fachkompetenz weder innerhalb noch außerhalb der Verwaltung unmittelbar zur Verfügung stehen.“;

- r) Absatz 58 wird durch den nachstehenden Absatz ersetzt:
“58. Die Bediensteten mit Teilzeitbeschäftigung, deren Arbeitszeit höchstens fünfzig Prozent der Arbeitszeit des vollzeitbeschäftigten Personals entspricht, werden von dem von der Körperschaft bestimmten Verwaltungsorgan zur Ausübung einer selbständigen oder unselbständigen Erwerbstätigkeit ermächtigt, welche die Diensterfordernisse nicht beeinträchtigt und mit den institutionellen Tätigkeiten der Verwaltung vereinbar ist, wenn ihnen die Körperschaft nicht innerhalb einer angemessenen Frist eine Vollzeitbeschäftigung anbietet. Im Übrigen gelten weiterhin die staatlichen Bestimmungen betreffend die Unvereinbarkeit und die Häufung von Arbeitsverhältnissen.“;
- s) Nach Absatz 61 werden nachstehende Absätze eingefügt:
“61-bis. Die Vergütungen, die insgesamt für die im Sinne des Absatzes 57 Buchstabe d) genehmigten Erwerbstätigkeiten und Aufträge, einschließlich der Aufträge betreffend die wirtschaftlich-finanzielle Prüfung, bezogen werden, dürfen jährlich den Bruttobetrag in Höhe von 20.000,00 Euro nicht überschreiten. Der Bedienstete hat in seinem Antrag auf Ermächtigung die Einhaltung der oben genannten Höchstgrenze zu erklären.
61-ter. Die Höchstgrenze laut Absatz 61-bis wird auf die ab dem 1. Juli 2011 genehmigten Aufträge und Erwerbstätigkeiten angewandt.“;
- t) Absatz 67 wird durch den nachstehenden Absatz ersetzt:
“67. Die Tarifverhandlungen werden auf Landesebene sowie dezentral durchgeführt und regeln die Festlegung der mit dem Arbeitsverhältnis verbundenen Rechte und Pflichten sowie die Sachgebiete, welche die Beziehungen zu den Gewerkschaften betreffen.“;
- u) Im Absatz 78 werden die Worte „laut Artikel 45 Absatz 8 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. Februar 1993, Nr. 29 mit seinen späteren Änderungen“ gestrichen;
- v) Nach Absatz 78 wird nachstehender Absatz eingefügt:
“78-bis. Die dezentralen Abkommen werden vor ihrer Unterzeichnung vom Revisionsorgan zwecks Bestätigung ihrer Vereinbarkeit mit den Haushaltsauflagen überprüft. Bei fehlender Bestätigung können die Abkommen nicht unterzeichnet werden. Die Abkommen sind der Landesagentur für Kollektivvertragsverhandlungen innerhalb fünf Tagen nach ihrer Unterzeichnung zu übermitteln.“;
- z) Absatz 80 wird durch den nachstehenden Absatz ersetzt:
“80. Der rechtliche und der wirtschaftliche Teil der Tarifverträge gelten – vorbehaltlich einer anderen bei den Tarifverhandlungen auf Landesebene festgelegten Dauer – für einen Zeitraum von drei Jahren.“;
- aa) Absatz 84 wird durch den nachstehenden Absatz ersetzt:
“84. Die Repräsentativität und die Zusammensetzung der Gewerkschaftsdelegationen können mit Tarifvertrag neu festgesetzt werden.“;
- bb) Nach Absatz 100 werden nachstehende Absätze eingefügt:

“100-bis. Die leitenden Beamten sind für die Festsetzung der Ziele, der Projekte und der sonstigen förderbaren Tätigkeiten sowie für die Bewertung der von den Bediensteten erreichten kollektiven und individuellen Ergebnisse aufgrund der von der Körperschaft festgelegten Kriterien zuständig. Die leitenden Beamten entscheiden über die Bewertung des zugeteilten Personals und zuerkennen – sofern es in ihre Zuständigkeit fällt – unter Beachtung der Tarifverträge und der eventuellen dezentralen Tarifverträge sowie der von der Körperschaft festgelegten Kriterien und Verfahren die zusätzlichen Besoldungselemente einschließlich der Produktivitätsprämie. Sie tragen die Verantwortung für die Überprüfung der Produktivität des Personals. Sie sind für die Durchführung der regionalen Bestimmungen und der Ratsbeschlüsse auf dem Sachgebiet der Transparenz verantwortlich.

100-ter. Die Bewertung der Bediensteten und die Amtshandlungen laut Absatz 100-bis sind wesentliche Voraussetzung für die Bewertung der leitenden Beamten. Werden die diesbezüglichen Verfahren nicht eingeleitet, wird das Ergebnisgehalt bis zum Abschluss derselben nicht entrichtet.

100-quater. Die leitenden Beamten sind für die nicht erfolgte Meldung disziplinarwidrigen Verhaltens des der eigenen Organisationseinheit zugeteilten Personals, für die unterlassene Überwachung der Produktivität und Effizienz der eigenen Organisationseinheit sowie für die Verletzung der Verhaltensregeln und der Bestimmungen auf dem Sachgebiet der Unvereinbarkeit verantwortlich. In diesen Fällen ist es möglich, dass das zustehende Ergebnisgehalt je nach Schwere der Nichterfüllung nicht in voller Höhe entrichtet wird.“;

bb-bis) Im Absatz 101 wird am Ende der nachstehende Satz hinzugefügt: „In den Gemeinden, in denen leitende Beamte vorgesehen sind, werden die Beziehungen zwischen den genannten Direktionsaufträgen und den Aufträgen, die Bediensteten, die einen Führungsrang innehaben oder die Befähigung zur Ausübung von Führungsaufgaben besitzen, erteilt werden, in der Personalordnung festgelegt.“;

cc) Nach Absatz 101 wird nachstehender Absatz eingefügt:

“101-bis. Die leitenden Beamten und die Beamten mit Direktionsaufträgen – sofern Letztere einen Direktionsauftrag in einer Gemeinde ohne leitende Beamte haben – können für befristete Zeiträume und aus besonderen und begründeten dienstlichen Erfordernissen den Bediensteten der jeweiligen Dienststelle, welche die höheren Berufsklassen bekleiden, einige in ihre Zuständigkeit fallende Amtshandlungen übertragen.“;

dd) Im Absatz 108 werden die Worte „in Artikel 20 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. Februar 1993, Nr. 29“ durch die Worte „in Artikel 21 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 30. Mai 2001, Nr. 165“ ersetzt;

ee) Absatz 114 wird durch den nachstehenden Absatz ersetzt:

“114. In der Verordnung laut Artikel 21 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 werden für die Körperschaften, in deren Stellenplan Stellen für leitende Beamte vorgesehen sind, Grenzen, Kriterien und Modalitäten für den Abschluss befristeter Verträge mit verwaltungsexternen Personen zwecks Zuweisung der planmäßig vorgesehenen Stellen für leitende Beamte und für Beamte mit Direktionsaufträgen festgesetzt. Genannte Verträge werden für höchstens 20 Prozent der gesamten Planstellen für leitende Beamte bzw. für höchstens 10 Prozent der gesamten Planstellen für Beamte mit Direktionsaufträgen und jedenfalls jeweils für mindestens eine Stelle mit Personen mit besonderer und nachgewiesener, im Stellenplan der Verwaltung nicht vorhandener beruflicher Qualifikation abgeschlossen, welche die für die betreffende Stelle erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Bei den anderen öffentlichen Körperschaften werden in der Verordnung betreffend die Ordnung der Ämter und der Dienste Grenzen,

Kriterien und Modalitäten für den Abschluss befristeter Verträge mit verwaltungsexternen Personen zwecks Zuweisung der im Stellenplan vorgesehenen Direktionsaufträge festgesetzt. Genannte Verträge werden für höchstens 10 Prozent der gesamten Planstellen der Körperschaft und jedenfalls für mindestens eine Stelle mit Personen mit besonderer und nachgewiesener, im Stellenplan der Verwaltung nicht vorhandener beruflicher Qualifikation abgeschlossen, welche die für die betreffende Stelle erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Die in diesem Absatz vorgesehenen Verträge gelten nur bis zum Ablauf der Amtszeit des amtierenden Bürgermeisters und sind erneuerbar. Die Besoldung entspricht derjenigen, die in den geltenden Landestarifverträgen für das Personal der örtlichen Körperschaften vorgesehen ist. Die Besoldung kann mit begründeter Maßnahme des Gemeindeausschusses durch eine der beruflichen und kulturellen Qualifikation entsprechende Zulage ad personam unter Berücksichtigung auch der begrenzten Dauer des Arbeitsverhältnisses sowie der auf die spezifischen Fachkompetenzen bezogenen Marktverhältnisse ergänzt werden. Der Quotient, der sich aus der Anwendung der in diesem Absatz vorgesehenen Prozentsätze ergibt, wird auf die nächst niedrigere ganze Zahl abgerundet, wenn die erste Dezimalziffer kleiner als 5 ist; er wird auf die nächst höhere ganze Zahl aufgerundet, wenn sie gleich oder höher als 5 ist.“;

- ff) Im Absatz 115 wird am Ende nachstehender Satz hinzugefügt: „Auf die mit befristetem Arbeitsverhältnis eingestellten Mitarbeiter werden die Landestarifverträge angewandt.“;
- gg) Im Absatz 116 werden die Worte „mit Führungsaufgaben“ durch die Worte „mit Führungs- oder Direktionsaufgaben“ ersetzt.

**PRÄSIDENTIN ZELGER THALER ÜBERNIMMT DEN VORSITZ
ASSUME LA PRESIDENZA LA PRESIDENTE ZELGER THALER**

PRÄSIDENTIN: Es gibt hier einen Änderungsantrag zum Art. 1, Prot. Nr. 1349, eingebracht vom Abg. Noggler und Rosa Thaler:

1. Im Artikel 1 Buchstabe r) wird am Ende der nachstehende Satz hinzugefügt: „Die Ausübung der landwirtschaftlichen Tätigkeit ist ohne jegliche Ermächtigung erlaubt.“.

Emendamento prot. n. 1349, primo firmatario il consigliere Noggler e Rosa Thaler, recita:

1. Nella lettera r) del comma 1 dell'articolo 1 è aggiunto in fine il seguente periodo: “È consentito, senza alcuna autorizzazione, esercitare l'attività agricola.”

Gibt es eine Stellungnahme? Ich sehe keine. Dann stimmen wir über den Änderungsantrag ab...

...bitte, Abg. Noggler, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

NOGLLER: Der Änderungsantrag ist deshalb eingereicht worden, weil bereits im vorhergehenden Buchstaben für Beamte mit Vollzeitbeschäftigung (o-bis) in der Kommission der Passus eingefügt worden ist, dass die Ausübung der landwirtschaftlichen Tätigkeit ohne jeglicher Ermächtigung möglich ist. Es ist deshalb auch folgerichtig, wenn auch bei Beamten in Teilzeit dieser Passus mit aufgenommen wird.

Deshalb der Antrag auch hier, weil dies bereits bei Beamten mit Vollzeit vorgesehen ist.

PRÄSIDENTIN: Danke! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir stimmen über den Änderungsantrag ab...

...bitte, Abg. Borga, Sie haben das Wort.

BORGA: Grazie Presidente. Innanzitutto volevo cogliere l'auspicio dell'assessore Bizzo di poter leggere delle leggi statali che finalmente siano comprensibili a tutti; faccio presente che la Giunta ha presentato un articolo, composto da un solo comma, per il quale le lettere dell'alfabeto non sono state sufficienti, siamo arrivati alla lettera gg), perciò è un invito che mi sento sollecitato a mia volta di rivolgere alla Giunta provinciale, di fare dei testi intelleggibili ad un comune cristiano.

Detto questo, dato che ci sono degli emendamenti presentati dall'assessore, avrei dei chiarimenti da chiedere in merito, ma credo che li esporrà, senza sollecitazioni, l'assessore. Quando sarà il momento di discutere il mio emendamento, faccio presente che è stato già presentato il 13 aprile in Commissione, sotto forma di sub-emendamento all'emendamento 564/1, all'epoca presentato dalla Giunta, è stato bocciato quell'emendamento, concernente i segretari delle Comunità di valle, l'ho ripresentato pari pari ed avrò modo di illustrarlo al momento opportuno.

Ora chiedo, nell'anticipare il voto favorevole all'emendamento presentato dalla Presidente e dal collega Noggler, che fine fa la lettera o-bis)? Perché non ho trovato emendamenti soppressivi, tecnicamente come funziona? C'è un emendamento che dice esattamente la stessa cosa e lo inserisce in un punto diverso della legge? Nell'articolo 1, comma 1, la lettera o-bis), nel testo uscito dalla Commissione, dice: "è consentito, senza alcuna autorizzazione, esercitare l'attività agricola." È lo stesso contenuto dell'emendamento presentato ora e che viene invece inserito dopo la lettera o), non introducendo una lettera nuova. Quindi credo, non lo so, che vada soppressa questa lettera o-bis), oppure no?

PRÄSIDENTIN: Bitte, Abg. Bizzo.

BIZZO: Grazie, Presidente. L'articolo o-bis) si riferisce all'esercizio dell'attività agricola durante il tempo pieno. L'emendamento si riferisce al tempo parziale. Quindi è una specificazione.

PRÄSIDENTIN: Danke! Bitte, Abg. Penasa.

PENASA: Grazie, Presidente. Credo che vada fatta una sottolineatura sull'articolo 1, perché su questo articolo è successa una rivoluzione, ma è successa per effetto della legge nazionale, bisogna dare atto, perché sostanzialmente viene sottratta alla contrattazione sindacale l'organizzazione degli uffici...

(interruzione)

PRÄSIDENTIN: ...scusa, collega Penasa, dopo viene l'articolo, siamo sull'emendamento...

PENASA: ...ah siamo sull'emendamento! Mi scusi Presidente.

PRÄSIDENTIN: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, stimmen wir über den Antrag der Abg. Noggler und Zelger Thaler ab. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Mit 2 Enthaltungen und den restlichen Stimmen dafür ist der Änderungsantrag genehmigt.

Wir kommen jetzt zum nächsten Änderungsantrag, Prot. Nr. 988, eingebracht vom Abg. Giovanazzi, unterstützt vom Abg. Borga:

Absatz 61-bis, eingeführt mit Buchstabe s) des Art. 1, wird wie folgt ersetzt:

„61-bis. Die Vergütungen und die Einkünfte, die insgesamt für die im Sinne des Abs. 57 Buchst. d) genehmigten Erwerbstätigkeiten und Aufträge, einschließlich der Aufträge betreffend die wirtschaftlich-finanzielle Prüfung, bezogen werden, dürfen jährlich die von den Zugehörigkeitsprovinzen für die eigenen Bediensteten festgeschriebenen Grenzen nicht überschreiten. Der Bedienstete hat in seinem Antrag auf Ermächtigung die Einhaltung der oben genannten Höchstgrenze zu erklären.“

Emendamento prot. n. 988, primo firmatario il consigliere Giovanazzi, recita:

Il comma 61-bis introdotto dalla lettera s) dell'articolo 1 è sostituito dal seguente:

“61-bis. I compensi e i proventi percepiti complessivamente per gli incarichi e le attività autorizzati ai sensi del comma 57, lettera d), compresi gli incarichi per la revisione economico-finanziaria, non possono superare annualmente i limiti fissati dalle Province di appartenenza per il proprio personale. Il dipendente dichiara nella richiesta di autorizzazione il rispetto del suddetto limite.”.

Qualcuno vuole spiegare l'emendamento?

Bitte, Abg. Giovanazzi.

GIOVANAZZI: Grazie Presidente. Diciamo che questo emendamento ha avuto un iter piuttosto tortuoso, anche perché inizialmente in Commissione erano state fatte proposte diverse, cioè si era optato per definire, in termini di euro, a quanto si poteva arrivare per quello che riguarda le prestazioni o le attività fuori dal ruolo lavorativo. Devo dire che, guardando un po' la legislazione nazionale, per quanto riguarda la legge del 23 dicembre 1996, n. 662, per i Comuni del Trentino-Alto Adige, per le aziende pubbliche per i servizi alla persona, case di riposo eccetera, prevedeva la possibilità di svolgere attività per un importo massimo di 103.000,00 euro. Praticamente, in ogni anno solare il dipendente può percepire, per lo svolgimento di attività istituzionale autorizzata dall'amministrazione, emolumenti e compensi lordi non superiori a 103.000,00 euro.

Poi, la Provincia autonoma di Trento, con un decreto del Presidente della Giunta provinciale del 1998, ha previsto che, fermo restando il divieto generale di cui all'articolo 1, i dipendenti provinciali possono svolgere, fuori dall'orario di servizio, specifici incarichi attribuiti e conferiti da terzi solo se preventivamente autorizzati da parte della Provincia, su richiesta del dipendente

interessato e del soggetto pubblico o privato che intende conferire l'incarico. Poi specifica che: *“Ai dipendenti provinciali non è consentita l'apertura di partita IVA, tranne che si tratti di soggetti esercitanti l'attività agricola. La Giunta provinciale può inoltre autorizzare il possesso di partita IVA per l'esercizio di altre attività, se praticate senza utilizzare lavoro altrui o senza specifiche strutture immobiliari, purché compatibili con il rapporto di lavoro e quest'ultimo sia prestato a tempo parziale con orario non superiore al 50 per cento di quello prestato a tempo pieno e nei limiti di fatturato e reddito imponibile da essa fissati in misura comunque non superiore alla metà della retribuzione annua lorda relativa alla figura professionale rivestita”*.

Ho presentato questo emendamento, che inizialmente aveva sottoscritto anche il collega Borga, perché penso che sarebbe la soluzione migliore prevedere una norma che faccia riferimento alla normativa provinciale, per quanto riguarda i Comuni. Non è che con una legge regionale proponiamo due trattamenti diversi; sappiamo anche che, ad esempio, se guardiamo in termini di indennità, i sindaci dell'Alto Adige hanno un'indennità diversa rispetto a quelli del Trentino. Credo che introdurre questo emendamento, formulato come è stato proposto, potrebbe risolvere il problema, perché si allinea, diventa una normativa unica per tutta la Provincia e fa riferimento ai Comuni che ricadono nei territori delle due Province, ma è anche una norma che può essere considerata di carattere regionale, perché tiene in considerazione le differenti situazioni che ci sono in Trentino e in Alto Adige.

Questa era la proposta, evitando di introdurre limiti in termini di cifre, di euro, eccetera e mi sembrava che fosse una proposta accettabile.

PRÄSIDENTIN: Bitte, Assessor Bizzo, Sie haben das Wort.

BIZZO: Grazie Presidente. Collega, credo che, soprattutto in questo momento, nel quale, fra l'altro, la disoccupazione inizia a far sentire i propri riflessi, non solamente a livello nazionale, ma anche a livello locale, in maniera pesante, quello di cercare di limitare il lavoro, all'esterno dell'amministrazione, di dipendenti pubblici a casi estremamente eccezionali e comunque ad importi modesti, tali che garantiscano ed assicurino che la prestazione del dipendente sia quasi esclusivamente all'interno dell'amministrazione pubblica, mi pare doveroso.

Detto questo, il legare il limite dell'importo ad una percentuale dello stipendio sarebbe sperequativo, perché questo significherebbe che il dirigente, quello che ha maggiori responsabilità all'interno di una pubblica amministrazione, potrebbe lavorare all'esterno più di un dipendente di grado inferiore. Per cui non si ritiene accoglibile l'emendamento proposto.

PRÄSIDENTIN: Dann stimmen wir über diesen Änderungsantrag ab....

GIOVANAZZI: Faccio presente, assessore Bizzo, che il Consiglio regionale è composto dai consiglieri delle due Province e la considerazione che ha fatto lei...

(interruzione)

PRÄSIDENTIN: Scusa, collega Giovanazzi, dopo la replica dell'assessore non sarebbe più previsto intervenire...

GIOVANAZZI: ...intervengo brevemente per dire che lei ha fatto un'affermazione... non sei tu Presidente! Ho accettato interventi tuoi che erano estremisti e li ho sopportati!

KNOLL: Die Regeln sind für alle gleich. Das habe ich auch im Landtag gefordert und das fordere ich auch hier im Präsidium. Wenn er die Redezeit nicht hat, dann bitte ich das Präsidium dafür zu sorgen und nicht irgendwelche Ausreden zu suchen. Es reden heute Leute teilweise über eine Minute, obwohl die Zeit schon abgelaufen ist.

Ich bitte, die Geschäftsordnung einzuhalten.

PRÄSIDENTIN: Lieber Kollege Sven Knoll, ich habe jedes Mal darauf aufmerksam gemacht und ich bitte Dich, das zur Kenntnis zu nehmen.

Wir stimmen jetzt über diesen Änderungsantrag ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Mit 4 Jastimmen, 4 Enthaltungen und den restlichen Stimmen dagegen ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zu den nächsten Änderungsanträgen, Prot. Nr. 989/1 und 989/2. Diese sind zurückgezogen.

Ich verlese den nächsten Änderungsantrag, Prot. Nr. 1621/1, eingebracht von Assessor Bizzo:

Änderungsantrag zum Art. 1: Im Artikel 1 Absatz 1 wird der Buchstabe v) gestrichen.

Emendamento prot. n. 1621/1, a firma dell'assessore Bizzo, recita: Nel comma 1 dell'articolo 1 la lettera v) è soppressa.

Bitte, Assessor Bizzo, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

BIZZO: Grazie. Il comma v) prevedeva che dopo l'articolo 78 fosse aggiunto l'articolo 78-bis il quale prevede che gli accordi decentrati prima della loro sottoscrizione dovessero essere esaminati dai revisori dei conti per attestarne la validità. Poiché gli accordi decentrati avvengono tramite una contrattazione sul contratto di lavoro tra i rappresentanti dell'ente pubblico e i rappresentanti delle forze dei lavoratori, pareva una limitazione eccessiva quella poi di risottoporli ancora ai controlli da parte dei revisori dei conti. È una libera contrattazione delle parti che avviene in termini di libera contrattazione.

PRÄSIDENTIN: Bitte, Abg. Borga.

BORGA: Grazie Presidente. Per esprimere il voto contrario all'emendamento del nostro gruppo. L'assessore Bizzo non ha spiegato che la norma non prevedeva alcun controllo di merito sul contenuto degli accordi decentrati, che sono lasciati alla libera contrattazione delle parti; prevedeva invece che l'organo di revisione dovesse attestare la contabilità di tali accordi con i vincoli di bilancio.

A noi non pare che in questa maniera fosse minata in alcun modo la libertà delle parti di raggiungere gli accordi che meglio ritenevano opportuni, fermo restando, ci mancherebbe altro, il rispetto dei vincoli di bilancio.

Solo a questo era finalizzato il controllo dell'organo di revisione, francamente non si capisce, se non le pressioni sindacali che ci saranno sicuramente state, non si capisce perché un controllo di questo genere dovrebbe venire meno.

Quindi noi esprimiamo il nostro voto negativo; riteniamo preferibile la formulazione originaria e non vediamo ragione, ripeto, il perché dovrebbe essere modificato questo articolo con la soppressione della lettera v).

PRÄSIDENTIN: Danke, Abg. Penasa, Sie haben das Wort.

PENASA: Grazie Presidente. Anch'io concordo con il collega Borga, anche perché se c'erano dei principi, adesso purtroppo non ho trovato immediatamente riferimento, che anche la normativa nazionale poneva, era proprio che queste contrattazioni, comunque, avessero un limite che era la compatibilità con la spesa.

È molto strano che da una compagine politica, che è forza di opposizione al Governo nazionale, dove si chiede rigore, si chiede serietà e non mancano, di giorno in giorno, gli attacchi per quanto riguarda la situazione nella quale sono state prese anche determinate decisioni, a riguardo di manovre piuttosto serie e costose, per quanto riguarda la finanza pubblica, mi chiedo come mai invece queste forze politiche, quando si trovano a governare, tolgano questi aspetti, dove si chiede che gli accordi rispettino comunque i vincoli di bilancio. Perché è stato proprio a forza di non rispettare i vincoli di bilancio che il nostro Stato si trova ora nella situazione di cui abbiamo conto ogni giorno, ebbene vediamo che ciò che si chiede quando si è all'opposizione, le stesse forze politiche lo negano quando sono al governo.

Questo non mi pare un atteggiamento molto responsabile e credo che anche se questa norma era aggiuntiva, credo non ci sia un momento come questo per aggiungere norme al rigore di bilancio, al rigore finanziario.

Quindi davvero credo che non deponga a favore di un aspetto di buona amministrazione, rigorosa amministrazione quello di aver proposto la soppressione di questa previsione.

PRÄSIDENTIN: Danke! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann gebe ich das Wort Assessor Bizzo für die Replik.

BIZZO: Molto rapidamente, per aggiungere solamente una cosa, non è che sia la soppressione di un momento di controllo, è la soppressione di un momento di un passaggio pleonastico, perché ogni Comune deve essere libero di decidere se destinare le proprie risorse, in un dato momento, al personale oppure all'effettuazione di un'opera pubblica. Il bilancio poi viene ogni anno verificato e garantito dai revisori dei conti. Per cui non si tratta di eliminare un controllo di legittimità sul bilancio, si lasciano i Comuni liberi di decidere, tramite contrattazione sindacale, se in un momento privilegiare il personale piuttosto che altre spese di tipo ordinario o altri investimenti.

PRÄSIDENTIN: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann stimmen wir über den Änderungsantrag von Assessor Bizzo ab. Wer ist dafür? Dagegen? Enthaltungen?

Mit 9 Enthaltungen, 8 Gegenstimmen und den restlichen Stimmen dafür ist der Änderungsantrag genehmigt.

Ich denke, dass die Zeit fortgeschritten ist und dass es nicht mehr ausgeht, weitere Änderungsanträge, die vorliegen, zu beschließen. Ich bedanke mich bei allen für die gute Zusammenarbeit und wünsche einen schönen Abend.

(ore 17.57)

INDICE**INHALTSANGABE**

DISEGNO DI LEGGE N. 38: Modifiche alla legge regionale 21 settembre 2005, n. 7 e successive modifiche concernente "Nuovo ordinamento delle Istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza - Aziende pubbliche di servizi alla persona" (presentato dalla Giunta regionale) pag. 9	GESETZENTWURF NR. 38: Änderungen zum Regionalgesetz vom 21. September 2005, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen betreffend „Neuordnung der öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen – Öffentliche Betriebe für Pflege- und Betreuungsdienste“ (eingebracht vom Regionalausschuss) Seite 9
DISEGNO DI LEGGE N. 31: Modifica della legge regionale 14 gennaio 2000, n. 1 "Attuazione della direttiva 89/646 di data 15 dicembre 1989 del Consiglio delle Comunità Europee relativa al coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative riguardanti l'accesso all'attività degli enti creditizi e il suo esercizio e recante modifica della direttiva 77/780/CEE del 12 dicembre 1977" (presentato dal Consigliere regionale Magnani) pag. 9-43	GESETZENTWURF NR. 31: Änderungen zum Regionalgesetz Nr. 1 vom 14. Jänner 2000: „Durchführung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 15. Dezember 1989 Nr. 89/646 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute und zur Änderung der Richtlinie vom 12. Dezember 1977, Nr. 77/780/EWG“ (eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Magnani) Seite 9-43
PROPOSTA DI DELIBERA N. 15: Proposte di modifica al regolamento interno del Consiglio regionale (presentata dall'Ufficio di Presidenza) pag. 47	BESCHLUSSFASSUNGSVORSCHLAG NR. 15: Änderungsvorschläge zur Geschäftsordnung des Regionalrates (eingebracht vom Präsidium) Seite 47
DISEGNO DI LEGGE N. 28: Modifiche all'ordinamento del personale delle amministrazioni comunali (presentato dalla Giunta regionale) pag. 54	GESETZENTWURF NR. 28: Änderungen zur Personaldienstordnung der Gemeindeverwaltungen (eingebracht vom Regionalausschuss) Seite 54
INTERROGAZIONI E INTERPELLANZE pag. 89	ANFRAGEN UND INTERPELLATIONEN Seite 89

INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI VERZEICHNIS DER REDNER
--

STOCKER Martha (SVP SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	pag.	9-13-27-35-39-41
FIRMANI Bruno (MISTO)	"	11-24-42
DOMINICI Caterina (P.A.T.T. PARTITO AUTONOMISTA TRENINO TIROLESE)	"	14-33
PENASA Franca (LEGA NORD)	"	19-24-33-37-42-46- 53-69-83-87
CASNA Mario (LEGA NORD)	"	21-26-38
LEONARDI Giorgio (IL POPOLO DELLA LIBERTÀ PER IL TRENINO)	"	22
FERRARI Sara (PARTITO DEMOCRATICO DEL TRENINO-ALTO ADIGE/SÜDTIROL)	"	23
VIOLA Walter (IL POPOLO DELLA LIBERTÀ PER IL TRENINO)	"	32-40
MORANDINI Pino (IL POPOLO DELLA LIBERTÀ PER IL TRENINO)	"	34
BORGA Rodolfo (IL POPOLO DELLA LIBERTÀ PER IL TRENINO)	"	46-83-86
BIZZO Roberto (PARTITO DEMOCRATICO DEL TRENINO-ALTO ADIGE/SÜDTIROL)	"	55-73-83-85-86-87
PARDELLER Georg (SVP SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	"	63
NOGLER Josef (SVP SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	"	82
GIOVANAZZI Nerio (MISTO)	"	84-85
KNOLL Sven (SÜD-TIROLER FREIHEIT)	"	86